



Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Neue Generation Internet –
grenzenlos frei?

Claudia Lampert, Jan-Hinrik Schmidt
Jugendliche im Social Web

Petra Grimm
Gewalt im Internet

Alexander Filipović
Netzpolitik

Andreas Büsch
Medienerziehung 2.0

Christoph Schuck
Netzfreiheit – Nutzen und Missbrauch



Sozialinstitut Kommende Dortmund
3/2010



Impressum

4. Jahrgang 2010 Heft 3

Herausgeber

Prälat Dr. theol. Peter Klasvogt, Dortmund

Sozialinstitut Kommende

Prof. Dr. Markus Vogt, München

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Bochum

Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethiker

Prof. Dr. Peter Schallenberg, Mönchengladbach

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Stefan Lunte, F-Bresson/B-Brüssel

Redaktion

Dr. phil. Dr. theol. Richard Geisen (Kommende, Dortmund)

Dipl.-Theol. Detlef Herbers (Kommende, Dortmund)

Dr. phil. Wolfgang Kurek (KSZ, Mönchengladbach)

Konzept Schwerpunktthema

Dr. theol. Alexander Filipović

Redaktionsanschrift

Sozialinstitut Kommende, Redaktion Amosinternational,

Brackeler Hellweg 144, D-44309 Dortmund

Mail redaktion@amosinternational.de

Internet amosinternational.de

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich

(Februar, Mai, August, November)

ISSN 1867-6421

Verlag und Anzeigenverwaltung

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 31

Anzeigen: Petra Landsknecht, Tel. (0251) 69 01 33

Anzeigenschluss: am 20. vor dem jeweiligen Erscheinungsmonat

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Münster

Bezugsbedingungen

Preis im Abonnement jährlich: 49,80 €/sFr 85,-

Vorzugspreis für Studenten, Assistenten, Referendare:

39,80 €/sFr 69,20

Einzelheft: 12,80 €/sFr 23,30; jeweils zzgl. Versandkosten

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Abonnements gelten, sofern nicht befristet, jeweils bis auf Widerruf.

Kündigungen sind mit Ablauf des Jahres möglich, sie müssen bis

zum 15. November des laufenden Jahres eingehen.

Bestellungen und geschäftliche Korrespondenz

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 36

Druck

Druckhaus Aschendorff, Münster

Printed in Germany

Umschlaggestaltung

freistil – Büro für Visuelle Kommunikation, Werl



Editorial	<i>Joachim Wiemeyer (Bochum)</i> Schöne neue Welt des Internets? Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Claudia Lampert (Hamburg), Jan-Hinrik Schmidt (Hamburg)</i> Jugendliche im Social Web Empirische Befunde zu Nutzungspraktiken	3
	<i>Petra Grimm (Stuttgart)</i> Gewalt im Internet Eine medienethische Herausforderung	11
	<i>Alexander Filipović (Münster)</i> Netzpolitik Entwicklungsstand und sozialetische Perspektiven	18
	<i>Andreas Büsch (Mainz)</i> Medienerziehung 2.0 Neue Antworten auf neue Herausforderungen?	24
Arts & ethics	<i>Gabi Weiss (Wehingen)</i> Computer	28
Interview	<i>Christoph Schuck (Dortmund)</i> „Autoritären Systemen die Maske herunter ziehen“ Gespräch über Nutzen und Missbrauch des Web 2.0	34
Buchbesprechungen	Markt, Mensch und Freiheit Europa als Wertegemeinschaft Prinzip Nachhaltigkeit Christliche Sozialethik Sozialethik an der LMU München	42 44 45 46 48
Positionen und Perspektiven	<i>Johannes J. Frühbauer (Luzern)</i> Wider den dunklen Durst der Rache Zur Todesstrafe als Instrument staatlichen Gewalthandelns	49
Bericht	Ethik der Entwicklung Forum Sozialethik 2010	53
Der Überblick	Summaries Résumés	55 56
Impressum	U2	



Joachim Wiemeyer

In kaum einem anderen gesellschaftlichen Bereich hat es in den letzten 25 Jahren so grundlegende Änderungen gegeben wie im Mediensektor. War in den 80er Jahren noch die Einführung des Privatfernsehens umstritten, gab es über das Satellitenfernsehen schon bald eine schnelle Vervielfältigung empfangbarer Fernsehkanäle.

Noch grundlegender war die Revolution im Medienbereich durch die Einführung des Internets und der darauf basierenden Dienste. Durch schnelle Übertragungstechniken (DSL) erhöhen sich die übertragbaren Datenmengen stark, was vor allem visuelle Dienste (Fotos, Videos) begünstigt. Die Verbreitung weiter entwickelter Handys, die das Aufnehmen von Fotos und Videos, den Internetempfang etc. ermöglichen, erhöht die Produktion wie die Verbreitung von Informationsmengen. Immer neue Angebote wie Google, YouTube, Twitter, Facebook, schülerVZ, studiVZ etc., die auf dem Internet basieren, werden entwickelt und stellen einen bedeutsamen Wirtschaftszweig dar. Da den Menschen für die tägliche Mediennutzung nur ein begrenztes Zeitbudget zur Verfügung steht, kommt es zur Verschiebung hin zu den neuen Medien, indem z.B. Zeitungslektüre und Fernsehkonsum gerade in der jüngeren Generation abnehmen. Während man die Inhalte in den traditionellen Medien wie Fernsehen und Radio nur passiv rezipieren konnte, kann nun jeder einzelne durch den Aufbau eigener Internetseiten, das Einstellen von Texten, Fotos und Filmen ins *world wide web*, sein eigener Medienproduzent werden. Dies kann eigene schöpferische Fähigkeiten zur Entfaltung bringen und Medien von einem Konzernprojekt und einer Expertenproduktion

Schöne neue Welt des Internets?

zu einem stärker interaktiven und partizipativen Medium machen.

Doch auch bei den neuen Medien wird deutlich, dass es in der menschlichen Entwicklung keinen einlinigen Fortschritt gibt, sondern dieser immer mit Ambivalenzen verbunden ist. Solche Ambivalenzen hängen z.B. mit Gewaltspielen und Gewaltdarstellungen, pornographischen Darstellungen, die auch Kindern und Jugendlichen zugänglich sind, zusammen. Ganz neue Herausforderungen zum Schutz der Privatsphäre stellen sich, während gleichzeitig veränderte Formen des Mobbings per Internet entstehen. Solche Ambivalenzen rufen nach ethischer Reflexion. Damit sind die Problemlagen dieses Hefts umrissen.

Claudia Lampert und Jan-Hendrik Schmidt zeigen das Medienverhalten Jugendlicher im „Social Web“ auf, wobei die fast tägliche Nutzung durch fast alle Jugendliche mit Hinweisen auf gewisse Divergenzen zwischen Mädchen und Jungen sowie nach Bildungsstand der Jugendlichen verdeutlicht wird.

Die stark unter Kindern und Jugendlichen verbreiteten Gewaltdarstellungen und Cyber-Mobbing im Internet stellen eine besondere medienethische Herausforderung dar. *Petra Grimm* widmet sich dieser Problemlage.

Aus sozialetischer Sicht stellt die gesellschaftliche Gestaltung des Internets eine Herausforderung dar, scheint sich das Internet durch seinen internationalen Charakter und seine technische Ausgestaltung den herkömmlichen Zugriffen von Recht und Politik zu entziehen. Die Problematik wurde deutlich, als die frühere Bundesfamilienministerin von der Leyen gegen

Kinderpornographie im Netz vorgehen wollte. Massenpetitionen erheblicher Größenordnung und der relative Wahlerfolg der Piratenpartei mit 2% bei der letzten Bundestagswahl zeigen, dass hier „unbeschränkte Freiheit“ im Internet vielen als höchstes Gut erscheint. Solchen Fragen einer „Netzpolitik“ geht *Alexander Filipović* nach. Es wird deutlich, dass die Christliche Sozialethik auf diesem Gebiet angemessene sozialetische Kriterien finden und diese (z.B. Freiheit und Sicherheit) gegeneinander abwägen muss.

Um Kinder und Jugendliche zu befähigen, kritisch und verantwortungsbewusst mit Medien umzugehen, hat es immer schon Medienpädagogik geben. Angesichts der Dynamik der medialen Revolution stellt sich die Frage, ob auch eine Weiterentwicklung der herkömmlichen Medienpädagogik erforderlich ist, die bisher die Mediennutzer lediglich als Konsumenten betrachtet hat, während gerade im *Web 2.0* die Nutzer maßgeblich selbst zu Produzenten der Inhalte werden, wenn sie z.B. selbst gedrehte Filme in YouTube einstellen. *Andreas Büsch* geht dieser Problematik nach.

Die Bedeutung und Aktualität der Auseinandersetzung mit dem *Web 2.0* wird auch darin deutlich, dass der Bundestag in dieser Wahlperiode sowohl eine Enqueté-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wie einen parlamentarischen Unterausschuss „Neue Medien“ eingesetzt hat, und auch die EU-Kommission an einer digitalen Agenda für Europa arbeitet.



Jugendliche im Social Web

Empirische Befunde zu Nutzungspraktiken

Zahlreiche Angebote und Plattformen des Internets eröffnen Möglichkeiten zur Kommunikation und Zusammenarbeit. Gerade für Heranwachsende sind die Angebote des Social Web von Interesse, weil diese für die Identitätsarbeit, Beziehungspflege und Informationssuche eingesetzt werden können. Ergebnisse einer repräsentativen Studie zur Onlinenutzung von 12- bis 24-Jährigen verweisen auf die große Bedeutung von Social-Web-Angeboten im Medienalltag, wobei sich in einigen Bereichen deutliche geschlechtsspezifische, seltener und weniger ausgeprägt auch bildungsspezifische Unterschiede finden lassen. Das Internet unterstützt Jugendliche dabei, altersspezifische Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, verändert gleichzeitig aber auch das Umfeld, in dem persönliche Informationen geteilt und verbreitet werden.

Die Generation der „digital natives“

In den vergangenen Jahren haben sich durch eine Reihe innovativer Software-Anwendungen die Praktiken der Online-Nutzung maßgeblich verändert. Wikipedia oder YouTube, Facebook oder Twitter, Flickr oder MySpace machen es ihren Nutzern auf je eigene Weise leichter, Informationen zu recherchieren, die eigenen Interessen, Vorlieben, Kompetenzen oder Erlebnisse darzustellen und onlinebasierte Inhalte mit anderen Menschen zu teilen und weiter zu bearbeiten. Bereits jetzt ist zu beobachten, dass diese noch relativ jungen Entwicklungen einen tiefgreifenden Einfluss auf gesellschaftliche Öffentlichkeiten, aber auch auf Identitätsarbeit und Beziehungspflege haben.

In der öffentlichen Diskussion dient der Begriff „Web 2.0“ als Chiffre für die Veränderungen in der Technik und den damit einhergehenden Geschäftsmodellen. Da dieser Terminus es aber nahelegt, es habe in den letzten Jah-

ren ein tiefgreifendes Update des Internets gegeben, obwohl sich in Wirklichkeit die Entwicklungsschritte doch eher schrittweise vollzogen haben und nach wie vor auch viele Bereiche des Internets eher „1.0“ sind, ziehen wir im Folgenden die Bezeichnung „Social Web“ vor. Sie verweist darauf, dass das Internet keine bloße Technologie für Mensch-Computer-Interaktion oder das Durchführen von Transaktionen in E-Commerce und Online-Banking mehr ist, sondern sich als Kommunikationswerkzeug für den Austausch zwischen Menschen etabliert hat.

Besonders deutlich kann man dies im Medienalltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beobachten, für die das Internet – wie im Folgenden auch noch empirisch belegt werden wird – zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Augenscheinlich bewegen sie sich als „digital natives“ (Prensky 2001, Palfrey/Gasser 2008), als Eingeborene der digitalen Räume, mühe-



Claudia Lampert



Jan-Hinrik Schmidt

in den komplexen und konvergenten Medienumgebungen, wo den „digital immigrants“ nur der staunende Blick des Fremden und neu Hinzugekommenen bleibt, der sich an die Praktiken und Sprachen der Welt des Social Web erst gewöhnen muss. Diese populäre Gegenüberstellung, die sich vorrangig am Alter der Nutzer festmacht, ist aber ebenfalls zu holzschnittartig und wird sowohl den existierenden Unterschieden innerhalb der Gruppe der unter 30-Jährigen als auch den vielen aktiven Nutzern über dieser Altersschwelle nicht gerecht. Dies wird besonders deutlich, wenn man einen tieferen Blick auf die Nutzungsweisen und den Stellenwert des Internets für die jüngeren Nutzer wirft.

Dieser Beitrag stellt dazu in einem ersten Schritt einige empirische Daten aus dem Projekt „Heranwachsen mit dem Social Web“ vor, das vom Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg und der Universität Salzburg 2008/2009 im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfa-



len (LfM) durchgeführt wurde. Neben einer Reihe von Gruppendiskussionen und vertiefenden Einzelinterviews wurde im Rahmen der Studie auch eine bevölkerungsrepräsentative Befragung von 12- bis 24-Jährigen in Deutschland durchgeführt (Feldzeit: Oktober/November 2008), aus der sich die folgenden Tabellen und Abbildungen speisen (die ausführlichen Ergebnisse sind in Schmidt/Paus-Hasebrink/Hasebrink 2009 dokumentiert). Dabei werden für die Zwecke dieses Beitrags jeweils weib-

liche und männliche Befragte sowie Personen mit unterschiedlichem schulischen Ausbildungsniveau¹ miteinander kontrastiert, um mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten identifizieren zu können. In einem zweiten Schritt wird aus einer kommunikationssoziologischen Perspektive die Bedeutung des Social Webs für Heranwachsende erläutert und beispielhaft diskutiert, wie sich die verschwimmenden Grenzen zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit auswirken.

einzelnen Aktivitäten fragt, denn diese sind unterschiedlich weit verbreitet (vgl. Tabelle 2). Neun von zehn Personen nutzen zumindest einmal die Woche Suchmaschinen und auch die interpersonale Kommunikation über E-Mail (83 Prozent) bzw. Instant-Messaging-Dienste wie ICQ oder MSN (75 Prozent) ist sehr weit verbreitet. Allgemeine sowie themenspezifische Recherche nach Informationen und das Musikhören über das Internet gehören ebenfalls zu den weit verbreiteten Nutzungsweisen, die zwei Drittel und mehr der Befragten zumindest einmal die Woche zeigen. Deutlich wird auch, dass es eine große Diskrepanz zwischen einer aktiv-produzierenden und einer eher passiv-rezipierenden Haltung gibt. Ob es um das Lesen vs. Schreiben in Wikis wie der Wikipedia (56 vs. 2 Prozent), das Anhören vs. selbst Einstellen von Musik (67 vs. 7 Prozent) oder das Anschauen vs. Einstellen von Filmen und Videos (48 vs. 3 Prozent) geht: Jeweils nur ein sehr kleiner Anteil der User nutzt die erleichterten technischen Möglichkeiten für die Teilhabe an den Medien- und

Das Internet wird für Information und Kommunikation genutzt

Ähnlich wie andere repräsentative Studien zur Mediennutzung Jugendlicher (z.B. die regelmäßig durchgeführten JIM-Studien des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest) bestätigt auch die hier vorgestellte Befragung, dass das Internet einen zentralen Platz im Medienrepertoire der jungen Menschen einnimmt. Nahezu alle Deutschen zwischen 12 und 24 Jahren (95 Prozent) nutzen das Internet zu-

zent; wobei auch das Lesen von Online-Tageszeitungen eingeschlossen ist) sowie Zeitschriften und Magazine (50 Prozent) hat das Internet in dieser Altersgruppe bereits hinter sich gelassen. Zwischen den Geschlechtern und zwischen Personen mit unterschiedlich hoher Schulbildung gibt es im Hinblick auf die Internetnutzung an sich auch keine besonders stark ausgeprägten Unterschiede.

Tabelle 1: Häufigkeit ausgewählter medienbezogener Aktivitäten nach Geschlecht und Schultyp (in %)

N = 650	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Fernsehen, egal ob an einem Fernsehgerät, über das Internet oder über einen anderen Weg	96,7	96,9	99,1	96,3	96,5	96,8
Sich mit Freunden bzw. Leuten treffen	96,7	96,5	97,4	96,8	96,2	96,6
Internet bzw. Onlinedienste nutzen, z.B. auch Emails, chatten, Instant Messenger, egal ob an einem PC, über Handy oder einen anderen Weg	94,9	94,0	93,9	93,7	95,1	94,5
Radio hören, egal ob an einem Radiogerät, über das Internet oder über einen anderen Weg	76,0	84,9	75,4	79,5	82,6	80,3
Tageszeitung/Zeitung lesen, egal, ob die gedruckte Zeitung oder im Internet	70,8	66,0	58,8	68,9	71,4	68,5
Zeitschriften bzw. Magazine lesen	50,9	48,7	54,4	43,2	52,0	49,8

Erläuterung: Die Antwortvorgaben reichten von „täglich“ über „mehrmals in der Woche“, „einmal in der Woche“, „einmal in 14 Tagen“, „einmal im Monat“ und „seltener“ bis „nie“. Angegeben sind die Werte für „einmal in der Woche“ und häufiger.

mindest einmal die Woche. Es erreicht also in etwa die Durchdringung des Fernsehens und ist auch ähnlich weit verbreitet wie das „sich mit Freunden treffen“ (vgl. Tabelle 1). Andere etablierte Massenmedien wie das Radio (80 Prozent), die Tageszeitung (69 Pro-

Erste Diskrepanzen lassen sich allerdings erkennen, wenn man die Internetnutzung weiter differenziert und nach

Informationsräumen auch im weitgehenden Sinn aus und wird selbst produzierend aktiv.

¹ Dabei unterscheiden wir zwischen „Hauptschule“ (HS), „Realschule“ (RS) sowie „Gymnasium“ (GYM). Grundlage für die Einteilung sind die Fragen nach der derzeit besuchten Schule bzw. nach dem höchsten schulischen Abschluss.

Tabelle 2: Ausgewählte Internetaktivitäten nach Geschlecht und Schultyp (in %)

N = 650	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Suchmaschinen nutzen	92,4	88,9	88,6	92,1	90,5	90,7
E-Mails empfangen und senden	79,5	86,3	77,2	84,7	83,5	82,8
Instant-Messenger wie z. B. ICQ/MSN nutzen	78,1	72,6	84,2	75,3	72,8	75,4
Online Communities nutzen, wie SchülerVZ, StudiVZ, facebook, Xing usw.	71,6	76,3	76,3	75,8	72,3	73,9
Nachrichten bzw. aktuelle Informationen abrufen	76,1	66,7	69,6	71,7	72,0	71,5
Nach Informationen zu einem bestimmten Thema für sich selbst (nicht für Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf) suchen	72,6	64,6	69,6	68,8	68,5	68,7
Musik/Sounddateien anhören	71,2	62,0	66,7	67,9	66,2	66,7
In Wikis lesen, wie z. B. in Wikipedia	60,7	52,0	64,0	60,0	52,0	56,4
Filme/Videos anschauen	62,5	32,8	46,5	52,6	46,0	48,0
Musik/Sounddateien einstellen	9,2	4,9	7,0	7,4	6,7	7,1
Filme/Videos einstellen	4,8	1,1	1,8	3,7	3,2	3,0
In Wikis schreiben, wie z. B. in Wikipedia	2,1	2,8	1,8	1,6	3,2	2,4

Erläuterung: Die Antwortvorgaben reichten von „täglich“ über „mehrmals in der Woche“, „einmal in der Woche“, „einmal in 14 Tagen“, „einmal im Monat“ und „seltener“ bis „nie“. Angegeben sind die Werte für „einmal in der Woche“ und häufiger.

Tabelle 3: Nutzung ausgewählter Social-Web-Angebote nach Geschlecht und Schultyp (in %)

N = 650	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Google	94,3	86,8	87,7	88,4	93,0	90,6
YouTube	81,3	58,5	73,7	69,5	69,3	70,2
Wikipedia	60,5	48,9	60,0	52,1	54,6	54,9
ICQ	50,9	47,2	50,9	50,0	48,1	49,1
schülerVZ	41,7	36,5	46,5	37,9	37,6	39,2
studiVZ	28,3	32,4	27,2	30,0	31,3	30,3
MySpace	16,9	11,7	12,3	15,7	14,5	14,3
Wer kennt wen	9,6	14,8	11,4	12,6	12,2	12,2
Facebook	2,4	3,2	3,5	3,1	2,6	2,8
Regelmäßige Nutzung von Communities*	71,0	74,8	77,2	73,2	71,4	72,8

Erläuterung: Die Antwortvorgaben reichten von „täglich“ über „mehrmals in der Woche“, „einmal in der Woche“, „einmal in 14 Tagen“, „einmal im Monat“ und „seltener“ bis „nie“. Angegeben sind die Werte für „einmal in der Woche“ und häufiger.

* Mindestens eine der abgefragten Communities werden einmal wöchentlich oder häufiger genutzt.

Zwischen den Geschlechtern sind hier einige Unterschiede zu erkennen – so sind in fast allen Bereichen etwas höhere Anteile von Jungen und jungen Männern zu finden, mit Ausnahme der E-Mail-Nutzung sowie des Gebrauchs von Online-Communities wie SchülerVZ oder Facebook. Unter den Personen mit formal höherer Bildung finden sich etwas größere Anteile, die sich an Wikis beteiligen oder selbst Filme on-

line stellen (wenngleich auf ebenfalls sehr niedrigem Niveau), während unter Hauptschülern bzw. Hauptschulabsolventen die Nutzung der Wikipedia und

Google, YouTube und Wikipedia – die meist verbreiteten Anwendungen

Fragt man nach spezifischen Anwendungen und Plattformen, zeigen sich

von Online-Communities stärker verbreitet ist als unter Realschülern und Gymnasiasten.

weitere Unterschiede (vgl. Tabelle 3). An die Verbreitung von Google, das



Tabelle 4: Aktivitäten auf Netzwerkplattformen nach Geschlecht und Schultyp (in %)

	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Anderen Nutzern private Nachricht schreiben	61,1	69,2	66,7	65,3	64,3	65,1
Stöbern in Profilen anderer Mitglieder	54,5	58,5	59,1	59,7	53,8	56,5
Schreiben von Einträgen auf die Pinnwand oder in das Gästebuch von anderen Profilen	49,1	58,2	48,2	54,7	54,5	53,5
Suche nach Kontakten, Bekannten	43,1	39,1	44,7	46,3	37,1	41,1
Suche nach Informationen	27,4	23,0	27,2	25,7	24,6	25,2
Aktualisierung des eigenen Profils	23,8	21,7	27,2	20,9	22,3	22,8
Eigene Fotos hochladen	12,3	15,7	16,7	16,3	11,8	14,0

Erläuterung: Die Antwortvorgaben reichten von „täglich“ über „mehrmals in der Woche“, „einmal in der Woche“, „einmal in 14 Tagen“, „einmal im Monat“ und „seltener“ bis „nie“. Angegeben sind die Werte für „einmal in der Woche“ und häufiger.

90 Prozent der Befragten mindestens einmal pro Woche nutzen, reicht keines der anderen Angebote heran, doch YouTube erreicht immerhin beeindruckende 70 Prozent der 12- bis 24-Jährigen in Deutschland, und die Wikipedia (55 Prozent) sowie ICQ (49 Prozent) haben ebenfalls beachtliche Reichweiten. Jeweils für sich genommen, können Communities wie schülerVZ, studiVZ, MySpace, Wer kennt Wen oder Facebook² diese Werte nicht erreichen, doch der Angebotstyp „Netzwerkplattform“ gehört zu den populärsten Gattungen des Social Web: Nahezu drei Viertel aller 12- bis 24-Jährigen in Deutschland (73 Prozent) nutzen zumindest eine der entsprechenden Plattformen zumindest einmal pro Woche.

Erneut sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern stärker ausgeprägt als zwischen den unterschiedlichen Bildungsniveaus: Deutlich mehr Jungen und junge Männer als Mädchen und junge Frauen nutzen YouTube sowie die Wikipedia, und auch bei Google und ICQ lässt sich eine Diskrepanz zwischen den Geschlechtern finden. Nutzerinnen sind dagegen bei den Netzwerkplattformen leicht überrepräsentiert, auch wenn einzelne Angebote bei den Jungen vorne liegen mögen. Unter den Nutzern mit niedriger formaler Bildung finden sich leicht höhere Anteile bei der Nutzung von YouTube, der Wikipedia sowie von Netzwerkplattformen.

Netzwerkplattformen als Prototypen des „Social Web“

Die repräsentative Befragung erlaubt auch Aussagen über konkrete Nutzungsweisen auf den Netzwerkplattformen wie schülerVZ oder Facebook, die aufgrund ihrer Möglichkeiten der Selbstpräsentation, der Vernetzung und des Austausches mit Anderen prototypisch für das Social Web stehen. Das gemeinsame Grundprinzip dieser Angebote, die sich in Design, Zielgruppe und Funktionalitäten durchaus voneinander unterscheiden, lässt sich im Anschluss an Boyd/Ellison (2007) wie folgt beschreiben: Nutzer legen auf Netzwerkplattformen (a) ein Profil an, in dem sie Informationen über die eigene Person, ihre Vorlieben, Kompetenzen o. ä. veröffentlichen. Ausgehend von diesem Profil können Nutzer (b) soziale Beziehungen zu anderen registrierten Mitgliedern explizit machen, indem sie diese als „Freunde“ oder „Kontakte“ hinzufügen (was in der Regel von der anderen Person bestätigt werden muss, sodass reziproke Beziehungen entstehen) und dann (c) mit Hilfe dieses explizit gemachten sozialen Netzwerks innerhalb der Plattform navigieren, zum Beispiel indem man sich zu Freunden von Freunden

„durchklickt“ oder eigene Fotos, Videos etc. nur den eigenen bestätigten Kontakten zugänglich macht. Hinzu kommen meist noch weitere Optionen wie plattforminterne Mailprogramme oder themenspezifische Foren.

Die gezielte Abfrage einzelner Aktivitäten zeigt auch, dass gerade diese kommunikativen Plattformfunktionen häufig genutzt werden: Zwei Drittel der Nutzer schreiben zumindest einmal pro Woche plattforminterne Nachrichten an andere Mitglieder, und mehr als die Hälfte nutzen regelmäßig die Möglichkeit, auf dem Profil anderer Personen einen Pinnwand- bzw. Gästebucheintrag zu hinterlassen. Das eher zufällige Stöbern in den Profilen anderer Mitglieder tritt häufiger auf als die gezielte Suche nach Kontakten bzw. Bekannten. Unter den Nutzerinnen finden sich etwas höhere Anteile bei den kommunikativen Funktionen, während bei den männlichen Befragten die gezielte Suche nach Kontakten oder Informationen etwas häufiger vorkommt. Unter den Personen mit gymnasialem Hintergrund sind die Nutzungshäufigkeiten der meisten Funktionen etwas niedri-

² Der sehr niedrige Wert der regelmäßigen Facebooknutzer spiegelt die Feldzeit der Umfrage – Ende 2008 – wider. Zwischenzeitlich ist die amerikanische Plattform auch in Deutschland sehr weit verbreitet und hat in Bezug auf die registrierten Mitglieder alle anderen Netzwerkplattformen hinter sich gelassen.

Tabelle 5: Anzahl und Zusammensetzung der Netzwerkplattform-Kontakte nach Geschlecht und Schultyp (in %)

N = 495	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Durchschnittliche Kontaktanzahl in meistgenutzter Community	129	134	117	137	133	131
<i>Von den Kontakten habe ich schon mal persönlich getroffen...^(a)</i>						
Die meisten	82,3	87,2	85,6	81,2	86,8	84,9
Etwa die Hälfte und weniger	17,7	12,8	14,4	18,8	13,2	15,1
<i>Von den Kontakten zählen zu meinen engen Freunden...^(a)</i>						
Die meisten	14,8	14,7	16,9	11,4	15,5	14,7
Etwa die Hälfte und weniger	85,2	85,3	83,1	88,6	84,5	85,3

(a) Die Antwortoptionen waren „die meisten“, „etwa die Hälfte“, „weniger als die Hälfte“ sowie „praktisch niemand“.

Tabelle 6: Zustimmung zu Aussagen über Internetnutzung nach Geschlecht und Alter (in %)

N = 650	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Ich achte darauf, dass keine Inhalte von mir im Internet stehen, die mir schaden könnten.	61,4	73,9	66,7	71,1	65,9	67,5
Es ist mir wichtig, mich im Internet so zu zeigen, wie ich wirklich bin.	59,6	70,1	66,7	66,3	63,3	64,8
Bestimmte Informationen über mich sind nur für meine Freunde bzw. Kontakte zugänglich.	48,2	64,2	64,9	56,8	52,6	56,0
Ich habe auch Profile, in denen ich mich ganz anders darstelle, als ich wirklich bin.	3,0	3,5	0,9	4,2	3,8	3,2

Erläuterung: Die Antwortvorgaben reichten von „stimme voll und ganz zu“ über „stimme weitgehend zu“ und „stimme weniger zu“ bis „stimme gar nicht zu“. Angegeben sind die Anteile, die „voll und ganz“ oder „weitgehend“ zustimmen.

ger, sieht man von der Ausnahme des Schreibens auf Profil-Pinnwände ab.

Im Durchschnitt hatten die Nutzer von Netzwerkplattformen Ende 2008 131 bestätigte Kontakte auf derjenigen Netzwerkplattform, die sie am häufigsten nutzen (vgl. Tabelle 5). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind dabei nur gering, während Personen mit höherer formaler Bildung eine deutlich höhere absolute Zahl von Kontakten aufweisen als solche mit Hauptschulhintergrund. Deutlich wird auch, dass der Großteil der explizit gemachten sozialen Beziehungen eher entfernte Bekannte umfasst, zu denen aber auch außerhalb des Internets eine Beziehung besteht: Mehr als 80 Prozent der Befragten sagen, sie hätten die meisten ihrer Kontakte bereits persönlich getroffen, doch gleichzeitig meinen nur etwa 15 Prozent, die meisten ihrer Kontakte seien

auch tatsächlich enge Freunde. Auch in dieser Hinsicht sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den verschiedenen Gruppen nicht sonderlich stark ausgeprägt: Ein etwas höherer Anteil der Nutzerinnen gibt an, bereits die meisten ihrer Kontakte auch offline getroffen zu haben. Unter Realschülern bzw. Personen mit Realschulabschluss ist der Anteil etwas niedriger; gleichzeitig gibt auch ein kleinerer Anteil von ihnen an, dass die meisten der Kontakte auch enge Freunde seien.

Erfahrungen mit dem Internet

In der öffentlichen Diskussion werden Netzwerkplattformen meist im Zusammenhang mit Fragen des Datenschutzes bzw. möglicher Verletzungen der Privatsphäre ihrer Nutzer thematisiert. Hierfür ist einerseits der Umstand ver-

antwortlich, dass online vorgehaltene Informationen persistent, durchsuchbar und kopierbar sind und so auf bislang unbekannt Art und Weise gespeichert und kombiniert werden können. Andererseits beruhen die Geschäftsmodelle der Betreiber meist darauf, möglichst viele persönliche Informationen über ihre Nutzer und ihr Verhalten zu sammeln, um diese für personalisierte Werbung o. ä. vermarkten zu können. In den Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen spiegeln sich diese Umstände teilweise wider (vgl. Tabelle 7): Etwa zwei Drittel (68 Prozent) geben an, darauf zu achten, dass im Internet keine schädlichen Informationen über sie zu finden sind, und mehr als die Hälfte (56 Prozent) gibt an, zumindest bestimmte Informationen nur den bestätigten Freunden bzw. Kontakten zugänglich zu machen. Gleichzeitig wird deutlich, dass

Tabelle 7: Negative Erfahrungen mit dem Internet nach Geschlecht und Alter (in %)

N = 650	M	W	HS	RS	GYM	Gesamt
Befragte/r ist schon mal von jemandem im Internet belästigt worden	27	30	32	29	27	28
Jemand hat schon mal Fotos oder Informationen über Befragte/n ins Internet gestellt hat, mit denen er/sie nicht einverstanden war	14	11	15	13	12	13
Befragte/r hat selbst schon einmal Dinge ins Internet gestellt, über die sich dann jemand beschwert hat	12	5	9	9	9	9

Tabelle 8: Korrespondenz von biographischen Entwicklungsaufgaben und Social-Web-Praktiken

Entwicklungsaufgabe	Kernfrage	Handlungskomponente	Beispielhafte Praktiken
Selbsteinwanderung	Wer bin ich?	Identitätsmanagement	Ausfüllen einer Profilsseite auf Facebook Führen eines Weblogs über sein Au-Pair-Jahr im Ausland
Sozialaueinanderung	Wo stehe ich in meinem sozialen Umfeld?	Beziehungsmanagement	Bestätigen oder Ablehnen einer Kontaktanfrage Kommentieren der Fotos einer Klassenfahrt
Sachaeinanderung	Wie orientiere ich mich in der Welt?	Informationsmanagement	Bewerten eines Videos auf YouTube Recherchieren eines schulischen Themas in der Wikipedia

es den Befragten mehrheitlich um eine authentische Selbstdarstellung geht – 65 Prozent wollen sich so zeigen wie sie wirklich sind, und nur drei Prozent führen auch Profile mit unauthentischen Selbstdarstellungen.

Nutzerinnen zeigen sich zumindest ihren Selbsteinschätzungen nach vorsichtiger als männliche Befragte, was die Preisgabe von Informationen im Internet angeht, und sie bemühen sich auch zu einem größeren Anteil um eine authentische Selbstdarstellung. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind demgegenüber sehr gering; Befragte mit Hauptschulhintergrund geben häufiger an, bestimmte Informationen nur einem eingeschränkten Kreis zugänglich zu machen und haben deutlich seltener „Fake-Profile“ als Personen mit Realschul- oder Gymnasialbildung.

Explizit nach problematischen Erfahrungen bei der Internetnutzung gefragt, sagen 28 Prozent der 12- bis 24-Jährigen, dass sie im Internet schon einmal belästigt worden seien

(wobei in der Frage keine Vorgaben formuliert waren, was als Belästigung aufzufassen sei). Der Anteil ist unter weiblichen Befragten sowie unter Personen mit Hauptschulhintergrund etwas höher. 13 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ha-

ben schon einmal erlebt, dass andere Personen problematische Informationen über sie selbst ins Internet gestellt haben; hier ist der Anteil unter den männlichen Befragten sowie erneut unter denen mit Hauptschulhintergrund etwas höher.

Worin liegt der Reiz des neuen Netzes?

Die bis hierher vorgestellten empirischen Befunde geben zwar Aufschluss über die Verbreitung spezifischer Aspekte der Internet- und Social-Web-Nutzung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, können aber für sich alleine noch nicht verdeutlichen, wie diese Praktiken zu erklären sind: Wie kommt es, dass Angebote des Social Web, und hier insbesondere die Netzwerkplattformen, einen solchen Reiz ausüben? Aus einer kommunikationssoziologischen Sicht, die individuelles (Medien-)Handeln immer in soziale Bezüge eingebettet versteht, lautet die Antwort: Das Social Web stellt Werk-

zeuge bereit, um spezifische biographische Entwicklungsaufgaben zu bewältigen (vgl. die Übersicht in Tabelle 8). Hinter dieser Erklärung steht die Einsicht der Sozialisationsforschung, dass Menschen im Prozess des Heranwachsendens Antworten auf drei zentrale Fragen finden müssen:

- „Wer bin ich?“, also die Frage der Auseinandersetzung mit dem Selbst, den eigenen Wünschen, Hoffnungen und Vorstellungen für Gegenwart und Zukunft,
- „Wo stehe ich in meinem sozialen Umfeld?“, also die Frage nach der eigenen sozialen Einbettung und



Position in Netzwerken von Bekannten und Freunden inklusive der Pflege von partnerschaftlichen Beziehungen, sowie

- „Wie orientiere ich mich in der Welt?“, also die Frage nach der Orientierung und Verarbeitung von Informationen und Wissen um die Welt und von eigenen Erfahrungen mit ihr.

Diese drei zentralen Entwicklungsaufgaben sind zwar nicht per se auf die Jugendphase beschränkt, sondern können sich mehr oder weniger drängend auch in älteren Lebensphasen stellen. Doch gerade im Übergang von der Kindheit über das Jugendalter in das Erwachsen-Sein stellen sich diese Herausforderungen in besonderem Maße. Anwendungen des Social Web stellen medial vermittelte Kommunikations- und Interaktionsräume zur Verfügung, in denen Nutzer für ganz unterschiedliche Zwecke Identitäts-, Beziehungs- und Informationsmanagement betreiben können und somit – meist implizit – an Entwicklungsaufgaben „arbeiten“ können.

Aus dieser Perspektive ist beispielsweise das Ausfüllen einer Profilstelle auf einer Netzwerkplattform hochgradig relevant für das eigene Selbstbild: Was ist mir wichtig? Was macht mich aus? Was möchte ich Anderen zeigen? Solche Praktiken des Identitätsmanagements sind meist nicht zu trennen vom Beziehungsmanagement, weil die Selbstdarstellung im Social Web in aller Regel für ein (zu-

mindest vorgestelltes) Publikum geschieht, genauso wie Menschen ganz allgemein ihr Selbstbild immer nur in Auseinandersetzung mit wahrgenommenen Fremdbildern konzipieren können. Hinzu kommen Aspekte des explizit-Machens von Kontakten und sozialen Beziehungen, inklusive der neu zu entwickelnden Konventionen für den Umgang mit möglicherweise unerwünschten Anfragen, die Social-Web-Nutzern ein Gefühl dafür geben, welche Position sie innerhalb ihrer sozialen Netzwerke haben. Schließlich liefert das Internet zahlreiche Werkzeuge, um sich in den ausufernden Informationswelten der Gegenwart zu orientieren und unter Umständen auch selbst Orientierungs- und Filterfunktionen zu übernehmen. Das kann bis zur aktiven Mitarbeit an onlinebasierten Wissensbeständen wie der Wikipedia reichen, doch bereits das Bewerten eines Videos auf YouTube liefert nachfolgenden Nutzern eine Orientierung, ob es sich nun um einen sehenswerten Clip handelt oder nicht.

Die technischen Innovationen des gegenwärtigen Internets vereinfachen gewisse Praktiken des Identitäts-, Beziehungs- und Informationsmanagements, erfordern aber auch spezifische Kompetenzen, um die Entwicklungsaufgaben erfolgreich bewältigen und potenzielle Risiken so weit als möglich minimieren zu können. Dies sei beispielhaft am sich wandelnden Verhältnis von Privatsphäre und Öffentlichkeit verdeutlicht: Netzwerkplattformen (und andere Räume des Social Webs)

versetzen Nutzer in die Lage, sich ihre eigene persönliche Öffentlichkeit zu schaffen: Informationen werden nach dem Kriterium der persönlichen Relevanz ausgewählt und aufbereitet, unterliegen also nicht notwendigerweise journalistischen Selektions- und Präsentationskriterien. Der kommunikativen Absicht nach richten sich Nutzer damit an ein relativ kleines Publikum aus Freunden und Bekannten, die dem Sender als „bestätigte Kontakte“ auch bekannt sind. Während journalistische Öffentlichkeiten für ein disperses und unbekanntes Publikum publiziert werden, geht es in den persönlichen Öffentlichkeiten eher um das „Konversation treiben“. Neuigkeiten werden mitgeteilt, um das eigene erweiterte soziale Netzwerk auf dem Laufenden zu halten, Feedback zu bekommen und in Dialog zu treten.

Aufgrund der Merkmale der onlinebasierten Kommunikation – Informationen sind dauerhaft gespeichert, kopierbar und durchsuchbar – lässt sich die wahre Reichweite der eigenen Äußerungen oder Daten jedoch oft nicht abschätzen, das tatsächliche Publikum bleibt unsichtbar. Dies kann nicht nur dazu führen, dass unter Umständen solche Personen Zugriff auf Informationen haben, die gerade von den Heranwachsenden nicht erwünscht sind (z.B. die eigenen Eltern oder Lehrer), sondern auch zu Problemen führen, die erst nach einer gewissen Zeit sichtbar werden. Nach Monaten oder Jahren mit Äußerungen und Verhaltensweisen aus der Vergangenheit konfrontiert zu wer-

LITERATUR

Boyd, Danah/Ellison, Nicole (2007). Social network sites: Definition, history, and scholarship, in: *Journal of Computer-Mediated Communication*, Jg. 13, Nr. 1, Artikel 11. Online abrufbar unter: <http://jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd.ellison.html> [30.6.2010].

Palfrey, John/Gasser, Urs (2008): *Generation Internet. Die Digital Natives. Wie sie leben, was sie denken, wie sie arbeiten*, München.

Prensky, Marc (2001): *Digital Natives, Digital Immigrants, Part II: Do They Really Think Differently?*, in: *On the Horizon*, Vol. 9, No. 6.

Schmidt, Jan-Hinrik/Paus-Hasebrink, Ingrid/Hasebrink, Uwe (Hg.) (2009): *Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen*, Berlin.

den, ob nun Einblicke in den Seelenzustand oder Eindrücke von der wilden Party, kann durchaus peinlich, im schlimmsten Fall aber auch problematisch bei Bewerbungsgesprächen sein.

Nutzungspraktiken von morgen

Bereits jetzt sind einige Entwicklungen erkennbar, die die Gestalt des Internets und damit den Medienalltag der Jugendlichen von morgen prägen werden. Im Bereich der Kommunikation und der Beziehungspflege haben Netzwerkplattformen eine dominierende Position, die sich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch ausbauen wird. Insbesondere der Marktführer Facebook verfolgt die Strategie, sich innerhalb des Internets als zentrale Anlaufstelle von kommunikativen Aktivitäten seiner Nutzer zu etablieren. Dazu bietet die Plattform einerseits Schnittstellen, sodass beispielsweise andere Anbieter Spiele oder Werkzeuge für die projektbezogene Zusammenarbeit und Koordination in Facebook einbetten können. Andererseits stellt Facebook auch Funktionen zur Verfügung, um Inhalte direkt auf anderen Webseiten bewerten zu lassen; diese „gefällt mir“-Information wird dann wiederum innerhalb von Facebook weiter verarbeitet.

Kombiniert man diese Entwicklungen mit der immer stärkeren Einbindung von Ortsinformationen, weil mobile Endgeräte den Standort ihres Nutzers kennen und sich dadurch dem Ort angepasste Inhalte ausgeben lassen, wird ein Szenario absehbar, in dem Menschen jederzeit wissen können, was ihre Freunde und Bekannten gerade wo tun, gut finden oder erleben. Für viele Nutzer wird es durchaus einen Reiz haben, Informationsbedürfnisse a lá „Welche Filme kann ich heute in den Kinos im Umkreis von 30 Minuten Fahrzeit sehen, und welche davon haben meine Freunde empfohlen?“ befriedigen zu können. Gleichzeitig entstehen in solchen vernetzten Öffentlichkeiten auch bislang unvorstellbare Datenbanken mit teilweise sehr detaillierten Informationen über den Einzelnen. Es wird daher in Zukunft eher noch dringlicher, die Reflexionsfähigkeit der Jugendlichen (aber nicht nur deren) im Hinblick auf den Umgang mit den Werkzeugen des Social Web zu stärken, also Medienkompetenz über die bloße technische Bedienkompetenz hinaus zu vermitteln.

KURZBIOGRAPHIE

Jan-Hinrik Schmidt (*1972) ist wissenschaftlicher Referent für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg. Seine Forschungsinteressen liegen auf Entwicklungen der Onlinemedien und ihren Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Seine jüngste Monographie „Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0“ ist 2009 im UVK-Verlag erschienen. Weitere Informationen finden sich in seinem Weblog unter <http://www.schmidtmitdete.de>.

KURZBIOGRAPHIE

Claudia Lampert (*1972) ist wissenschaftliche Referentin am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen u.a. die Nutzung digitaler Medien durch Kinder und Jugendliche sowie Chancen und Risiken der Onlinekommunikation. Weitere Informationen finden sich unter <http://www.hans-bredow-institut.de/de/mitarbeiter/dr-claudia-lampert>.

Fazit

Das Internet ist im Medienalltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen voll integriert. Insbesondere Anwendungen des Social Web sind sehr populär, weil sie viele Möglichkeiten für die Auseinandersetzung mit sich selbst, den Aufbau und die Pflege sozialer Beziehungen sowie die Informationssuche bieten. Aus kommunikationssoziologischer Sicht liefern sie Werkzeuge und kommunikative Räume, mit deren Hilfe Jugendliche Entwicklungsaufgaben bewältigen. Sie können aber auch Risiken schaffen, wenn beispielsweise die Reichweite, die Öffentlichkeit, die Nachhaltigkeit oder die (Eigen-)Dynamik des Internets unterschätzt werden. In den persönlichen Öffentlichkeiten des Social Web verschwimmen daher die bisherigen Grenzen zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit.



Gewalt im Internet



Eine medienethische Herausforderung

Petra Grimm



Die Fortentwicklung des Internets zum Web 2.0 bietet den Nutzern neue Chancen, aber auch Risiken. Vor allem Kinder und Jugendliche, für die das Netz integraler Bestandteil ihrer alltäglichen Lebenswelt ist, geraten gewollt oder ungewollt an Gewaltvideos oder werden Opfer von Cyber-Mobbing. Auf der Basis empirischer Studien zur Internetgewalt können die Verantwortungsbereiche der betroffenen Akteure (z. B. Internetindustrie, Nutzer und Eltern) sowie deren Handlungsoptionen reflektiert werden. Die Entwicklung und Anwendung effektiver technischer Schutzmaßnahmen durch die Betreiber ist dabei nur eine Maßnahme zur Abwendung der Gefahren. Als genau so wichtig erweist sich die Stärkung der Selbstkontrolle auf Seiten der Nutzer. Es gilt, die medienethische Urteilsfähigkeit und Wertekompetenz der Jugendlichen zu fördern sowie den Nutzen ethischer Kommunikations- und Verhaltensregeln im Netz, kurz: den Nutzen einer „Et(h)ikette“, aufzuzeigen.

Das Internet hat sich seit der Einführung von Flatrates und der Verbreitung von DSL sowie aufgrund seiner technischen Weiterentwicklung zum Web 2.0 qualitativ verändert. Das Netz ist damit schneller, kostengünstiger und vor allem visueller geworden, denn Videos und Fotos lassen sich problemlos auffinden, up- und downloaden sowie weiter verschicken. Aus der Nutzerperspektive bedeutet dies, dass das Internet neue attraktive Kommunikations- und Selbstdarstellungsmöglichkeiten bietet. So ist unter dem Begriff *Web 2.0* aus der Nutzerperspektive eine Erweiterung des Internets zu verstehen, die „1. die Gestaltung oder Mitgestaltung von Webangeboten und 2. die Verwendung des Inter-

nets als öffentliche Kommunikationsplattform“ umfasst (Trump/Gerhards/Klingler 2008: 209). Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene sind im Web 2.0 vertreten: Sie kommunizieren vermehrt über Web 2.0-Angebote, insbesondere in Sozialen Netzwerken (wie z. B. Facebook, SCHÜLERVZ), und besuchen auch regelmäßig Videoportale (z. B. YOUTUBE). Sie drehen Handyvideos und stellen diese ins Internet, schreiben Kommentare, designen ihr Profil in sozialen Netzwerken, suchen nach Musik, Clips bzw. Filmen, kommunizieren mit ihrer Peergroup per Facebook, öffnen Links, die sie von ihren Freunden erhalten – und werden ungewollt mit Cyber-Mobbing und gewalthaltigen Webinhalten konfrontiert.

ality-TV, Affekttalkshows etc.) und ein verändertes Zuschauerverhalten (z. B. „Zapping“). Man sprach in diesem Zusammenhang von einem „Urknall“ im Mediensystem. Allerdings war mit diesem neuen Rundfunksystem immer noch eine massenmediale Kommunikationsstruktur („One-to-Many“) gegeben, die eine Regulierung der Medien nach wie vor im nationalen Rahmen ermöglichte. Die in den 1990er Jahren geführte mediale Gewaltdebatte, die sich im Kontext neuer Formate, wie z. B. dem Reality-TV, entfachte, führte zu einer neuen Rundfunkaufsichtsstruktur, die auch auf eine „freiwillige Selbstkontrolle“ der Anbieter setzte, und damit einen effektiveren Jugendmedienschutz ermöglichte. Das massenmediale System blieb jedoch in sich geschlossen und garantierte eine senderseitige Kontrolle problematischer Medieninhalte.

Ein epochaler Medienwandel?

Mit der Ausweitung der Massenmedien wurde ein Prozess in Gang gesetzt, den Krotz (2008) „Mediatisierung“ der Gesellschaft nennt. Mediatisierung bedeutet in diesem Zusammenhang, „[...] dass sich die Strukturen, Abläufe und Prozesse von Politik und (Arbeits-)Organisationen, von Alltag und Identität, sozialen Beziehungen, Erwerbsarbeit und Konsum sowie gesellschaftlichen Institutionen und Geschlechterver-

hältnissen zusammen mit den Medien und der darauf bezogenen Kommunikation immer weiter entwickeln“ (Krotz 2008: 3).

Einen ersten Schub erhielt der Mediatisierungsprozess mit Einführung des Privatfernsehens Mitte der 1980er Jahre. Verbunden damit war ein Ökonomisierungsschub im Mediensystem („Quote vor Qualität“) sowie die Entstehung neuer Programmformate (Re-

Mit der Entwicklung der neuen Web-Technologien erhielt der Prozess der Mediatisierung einen zweiten Schub. Die Grenzen zwischen der Individual- und Massenkommunikation wurden mit dem Web 1.0 aufgebrochen, die interaktiven Nutzungsmöglichkeiten wurden größer und die Verbreitung und Vernetzung globaler Medieninhalte beschleunigte sich. Allerdings wurde das Internet in dieser Einführungs-

phase von der Mehrheit der User immer noch passiv genutzt und dessen audiovisuelles Medienangebot hielt sich aus technischen Gründen in Grenzen. Erst mit der Fortentwicklung des Netzes zum Web 2.0 (oder Internet zweiter Ordnung) wandelte sich das Internet aus der Nutzerperspektive zu einem echten „Mit-mach-Web“, das für die digital interessierte Bevölkerung neue Produktions- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine soziale Netzwerk-Kommunikation bot. Der Konsument wurde zum „Prosumenten“ und damit zum aktiven User, der auch selbst Inhalte produziert, ins Netz stellt und vernetzt kommuniziert. Mit der zunehmenden Mobilisierung der Internetkommunikation (z. B. über das Handy oder den Zugang über Hotspots an öffentlichen Räumen) ist auch eine



Das Web 2.0 verändert den Alltag der Menschen, die Beziehungen, die Arbeit, den Konsum, die Politik

raum- und zeitunabhängige Internetnutzung möglich: *anywhere, anytime* – oder anders ausgedrückt: konvergent, mobil und parallel. Insofern lässt sich seit Einführung des Web 2.0 (im Jahr 2004) ein in unserer Gesellschaft spürbarer Medienwandel erkennen, der nun tatsächlich einen „Urknall“ in der Mediengesellschaft bedeutet, da sich neue Nutzungs- bzw. Aneignungsmuster der Medien abzeichnen, die den Alltag der Menschen (während der Arbeit und Freizeit), den Konsum, die sozialen Beziehungen sowie die politischen Prozesse und Strukturen maßgeblich beeinflussen. Die neu entstandenen medialen und kommunikativen Handlungsmöglichkeiten bringen eine Fülle von Veränderungen mit sich, die als komplex zu bezeichnen sind und die Frage nach der Verantwortung der beteiligten Akteure – auch aus ethischer Sicht – schwieriger machen. Als Prosument ist der Einzelne nicht mehr nur in der Rolle des Rezipienten, sondern auch in der Rolle des Produzen-

ten von Inhalten. Die damit gewonnene größere Freiheit medial zu handeln ist aber auch verbunden mit einem *Mehr* an Verantwortung, in rechtlicher und moralischer Sicht. Der Prosument steht

vor der Aufgabe, sich medienkompetent im Netz zu verhalten, das heißt, die Chancen des Internets zu nutzen und sich vor Risiken zu schützen.

Chancen und Risiken des Wandels

Als Chancen zu verstehen sind

- die neuen Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten, die eine Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bieten (Digital Governance),
- die Ausweitung von Informationsfreiheit (mit der Folge, dass z. B. Zensurmaßnahmen in nicht-demokratischen Ländern erschwert werden) und
- die Möglichkeiten, soziale Barrieren durch den freien und leichten Zugang zu Wissen zu überwinden (Chancengleichheit in der Wissensgesellschaft).

Allerdings birgt das Internet auch Risiken, die damit verbunden sind, dass

- extrem problematische Inhalte grenzüberschreitend verbreitet werden und Kinder bzw. Jugendliche zufällig oder absichtlich mit diesen

„toxischen“ Web-Inhalten in Berührung kommen (z. B. Gewaltvideos und pornografische Inhalte),

- ein un-ethisches Kommunikationsverhalten (Stichwort „Cybermobbing“) keine Seltenheit mehr ist,
- Kinder und Jugendliche zum Teil selbst problematische Inhalte produzieren und verbreiten (z. B. das Phänomen „Happy Slapping“ oder die Veröffentlichung selbstproduzierter intimer/sexualisierter Videos) und
- der Schutz der Privatsphäre im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken, wie z. B. bei Facebook, nicht mehr selbstverständlich ist.

Da insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene im Web 2.0 aktiv sind, stellt sich die Frage, wie aus Sicht des Jugendmedienschutzes wie auch der Medienpädagogik auf diese neuen Ri-

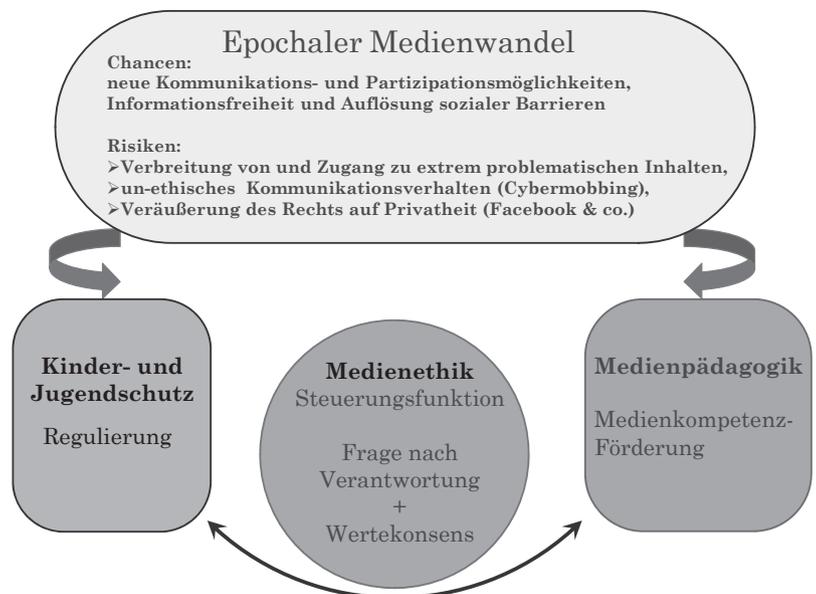


Abb. 1



siken reagiert werden soll. Auch für die Medienethik bringen diese Entwicklungen neue Herausforderungen mit sich, schon allein deshalb, weil sich die Verantwortungsfrage in Bezug auf die Akteure komplexer stellt, die Wertefrage nicht mehr nur das Medienangebot des „Senders“, sondern auch das des Nutzers betrifft und die Durchsetzung von Regulierungsmaßnahmen hinsichtlich global verbreiteter Inhalte im nationalen Alleingang nur bedingt möglich ist. Der Bedarf an Orientierung, Selbstkontrolle und ethischen Kodices wird deshalb zusehends größer.

Aufgabe der Medienethik ist es, eine Steuerungsfunktion zu erfüllen, indem sie die Verantwortungsbereiche der Akteure reflektiert, Hilfestellungen gibt, welche Werte und Normen gelten sollen und die Förderung der Wertekompetenz im Umgang mit Medien unterstützt. Zudem kann die Medienethik ein Verbindungsglied zwischen dem Jugendmedienschutz und der Medienpädagogik sein, indem sie Grundlagen und Handlungsoptionen für eine „normative Mediennutzung“ reflektiert und die Akteure für ein ethisches Handeln sensibilisiert (vgl. Abb. 1).

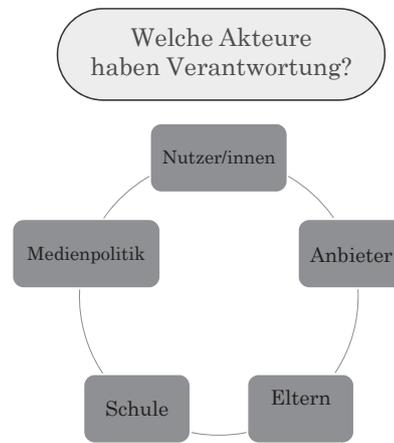


Abb. 2

Ein Schlüsselbegriff in der Medienethik ist *Verantwortung*. Welche Akteure tragen Verantwortung? Zu nennen sind die Anbieter, die Medienpolitik, die Nutzerinnen und Nutzer des Internets (wobei Kinder und Jugendliche im Unterschied zu Erwachsenen schon aus rechtlichen Gründen weniger Verantwortung übernehmen können), die Schule und die Eltern (vgl. Abb. 2). Alle sitzen in einem Boot und tragen Verantwortung für den Kurs, den unsere Mediengesellschaft zukünftig nehmen wird.

Internetnutzung der Kinder und Handlungsoptionen der Eltern

Für Kinder und Jugendliche ist das Internet heute nicht mehr ein von ihrer Lebenswelt getrennter „virtueller“ Raum, vielmehr fungiert es als integrierter Bestandteil ihrer alltäglichen Lebenswelt, in dem sie kommunizieren, spielen, sich selbst darstellen und Informationen suchen, aber auch mit unangenehmen Dingen, wie Beschimpfungen, Belästigungen oder Gewaltvideos, konfrontiert werden.

Der Hauptort der Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen ist das eigene Zuhause. Gefragt nach dem Ort der häufigsten Internetnutzung nennt fast die Hälfte der Kinder und Jugendlichen das eigene Zimmer. Die Kinder und Jugendlichen, die einen eigenen

Computer und Internetzugang besitzen, nutzen demnach den PC auch hauptsächlich in ihrem Zimmer. Daraus lässt sich folgern, dass der Computer Teil ihres privaten Refugiums ist, zu dem die Eltern nicht ohne weiteres Zugang finden. Wenn Eltern mit ihren Kindern über Risiken im Internet ins Gespräch kommen wollen (und dies auch sollten), ist es hilfreich, sich bewusst zu machen, dass das Handy wie auch der PC bei zahlreichen Jugendlichen analog dem Tagebuch als ‚total privat‘ gilt. Vor diesem Hintergrund ist auch zu bedenken, dass die Jugendlichen häufig befürchten, ihre Eltern könnten das Internet insgesamt ‚verteufeln‘. Fragt man die Jugendlichen nach möglichen Schutz-

maßnahmen, so sehen sie jedoch die Eltern als Dreh- und Angelpunkt für die Eindämmung der Gewalt, die mit der Internetnutzung verbunden sein kann. Gerade für Jüngere, die sie für besonders schutzbedürftig halten, stellen Eltern eine Autorität dar; auch der Einsatz von Kindersicherungen für die Jüngeren wird von den befragten Jugendlichen als sinnvoll eingestuft. In diesem Kontext ist auch die mangelnde elterliche Kontrolle zu problematisieren und die Frage nach deren Verantwortung zu stellen: Mehr als zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen werden von ihren Eltern, was die Dauer der Internetnutzung betrifft, nie oder selten limitiert. Was den *Inhalt* der genutzten Seiten betrifft, geben sogar 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, dass ihre Eltern nie oder selten die Seiten kontrollieren, die sie im Internet nutzen. Nur bei rund einem Drittel der Kinder und Jugendlichen sind einige Seiten durch Software gesperrt. Die meisten Eltern beaufsichtigen also den Internetkonsum sowohl hinsichtlich der Dauer als auch der Inhalte nie oder nur selten.

Auch wenn die Eltern vielleicht nicht über die technische Versiertheit im Umgang mit dem Internet verfügen, können sie ihre Kinder dabei unterstützen, Gewaltdarstellungen medienkritisch zu beurteilen und eine eigene

Eltern helfen eher durch Anleitung zum medienkritischen Urteil als durch Verbote

Wertekompetenz zu entwickeln. Nachhaltig Erfolg versprechend sind gerade nicht Verbote, sondern pädagogische und medienethische Maßnahmen, deren Ausgangs- und Ansatzpunkt die Jugendlichen selbst und ihre jeweiligen Nutzungsweisen und Nutzungsmotive sind. Hiervon ausgehend muss versucht werden, den Jugendlichen alternative Handlungsorientierungen und Identifikationsmöglichkeiten in Bezug auf das Internet und das Handy zu erschlie-



Ben. Gerade bei den männlichen Jugendlichen (Grimm/Rhein 2007: 168–172) scheint die Empathiefähigkeit nicht ausreichend entfaltet. Die Konsequenz, die sie aus der Rezeption der Leiden des Opfers ziehen, ist, dass es nicht gut ist, selbst Opfer zu werden und dass sie deshalb erleichtert sind, dass sie es auch nicht sind. Aus die-

ser Haltung ergeben sich jedoch keine Impulse für ein Handeln gegen die Gewalt. Die Empathiefähigkeit der Jugendlichen muss deshalb auch seitens der Eltern gefördert werden. Die Jugendlichen sollten dabei unterstützt werden, auch eine ethische Urteilsfähigkeit zu entwickeln.

absichtlich mit solchen Gewaltvideos konfrontiert werden, sollten sie dazu befähigt werden, sich im Internet vor ungewollten Mails, Videoempfehlungen, Übertragungen etc. zu schützen. Es geht darum, ihnen Mut zum Neinsagen zu machen, wenn sie einen Link nicht haben oder sehen wollen.

Mediale Gewalt spielt im Freundeskreis eine Rolle

Signifikant für Kinder und Jugendliche, die das Internet nutzen, ist, dass sie auch überwiegend Onliner im Freundeskreis haben. Wer also selbst das Internet nutzt, hat eher auch „Digital Natives“ als Freunde. Die „Digital Natives“ kann man auch als so genannte *Konvergenzgeneration* (also die 95plus-Geborenen) bezeichnen. Im Unterschied zur davon abgrenzbaren TV-Generation (den 85plus-Geborenen), die vor allem mit dem Privatfernsehen in der Kindheit aufwuchs und mit dem PC und dem Internet erst in der Pubertät vertraut wurde, ist die Konvergenzgeneration schon in der Kindheit mit dem Computer und dem Handy aufgewachsen und hat diese neuen Medien sozusagen mit ‚der Muttermilch eingesaugt‘. Dies verstärkt die Bedeutung des Internets in der Peergroup. Im Kontext der Gewaltproblematik ist auch die Peergroup relevant: So erfahren in 70 Prozent der Fälle die Kinder und Jugendlichen, die Gewalt im Internet kennen, durch ihre Freunde bzw. ihre Peergroup von den entsprechenden Seiten. Das heißt, die Kinder und Jugendlichen tauschen sich in ihrem sozialen Umfeld über Gewalt im Internet aus (Peer to Peer) und gelangen so gezielt an die entsprechenden Inhalte. Der zweithäufigste Zugang zu Gewaltdarstellungen erfolgt über Links. Zufällig geraten immerhin rund die Hälfte der Kinder und Jugendlichen auf derartige Seiten. Dass sie über Suchmaschinen oder über öffentliche Chats auf gewalthaltige Inhalte stoßen, sagen jeweils rund ein Drittel der Befragten aus (vgl. Abb. 3).

Wenn Jugendliche gezielt bzw. absichtlich nach Gewaltinhalten suchen oder diese untereinander austauschen, stellt sich die Frage, wie Eltern und/oder Pädagogen darauf reagieren sollen. In einem ersten Schritt sollten sie versuchen, Reflexionsprozesse der Jugendlichen in Hinblick auf die Gewalt im Web 2.0 sowie das eigene Mediennutzungsverhalten in Gang zu setzen. Jugendliche sollten für die vielen unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt und somit auch für die Problematik der Gewaltvideos bzw. der gefilmten Gewaltakte sensibilisiert werden. Wichtig ist auch, den Jugendlichen die Ursachen von Gewalt sowie medialer Gewalt bewusst zu machen. Da Jugendliche auch häufig un-

Konfrontation der Jugendlichen mit Gewaltvideos im Internet

Im Zuge der Entwicklung zum Web 2.0 haben sich auch die Aneignungsmuster der medialen Gewalt verändert: Nicht mehr allein die Rezeption von gewalthaltigen Inhalten, sondern auch deren Produktion, Bearbeitung und Verbreitung im Internet (Verlinkung und Verschlagwortung) sowie deren ständige Verfügbarkeit auf dem Handy sind für die aktuelle Gewaltproblematik signifikant. Das Zusammenspiel von Handy und Internet im Kontext von gewalthaltigen Inhalten kann als *violente Konvergenz* (Grimm/Rhein 2007) bezeichnet werden.

Ergebnis unserer quantitativen Befragung in der Studie „Gewalt im Web 2.0“ ist, dass ein Viertel der 12- bis 19-jährigen Jugendlichen (n = 804),

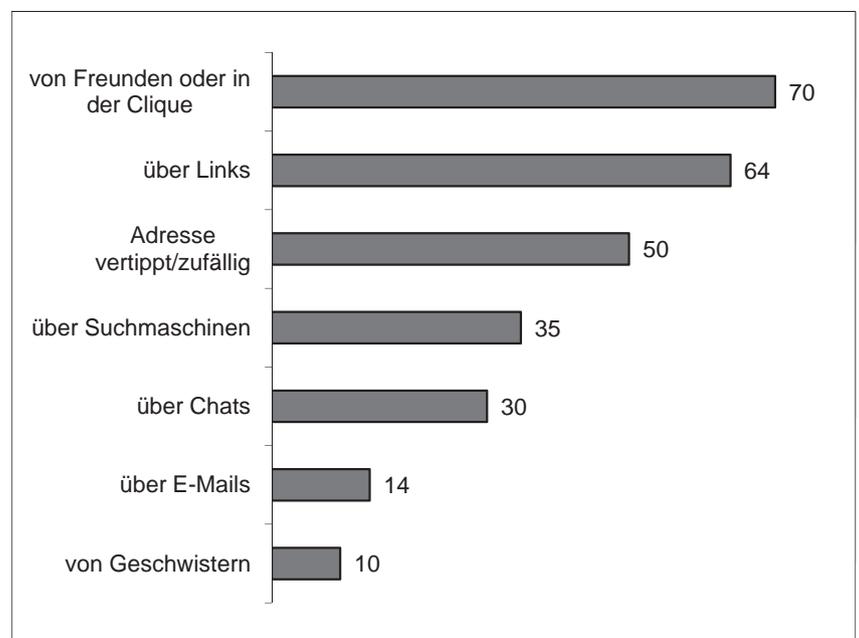


Abb. 3: Zugang zu Gewaltdarstellungen

die das Internet nutzen, schon einmal Gewalt im Netz gesehen haben. 48 Prozent der Kinder und Jugendlichen hat Freunde oder Mitschüler, denen gewalthaltige Seiten bekannt sind. Jungen haben insgesamt eher als Mädchen mit Gewalt im Internet zu tun. Je älter die Kinder und Jugendlichen sind, desto häufiger kennen sie gewalthaltige Internetseiten. Der Bildungsfaktor spielt hinsichtlich des Gewaltkonsums im Internet kaum eine Rolle. Die Internetaktivitäten im Hinblick auf violente Inhalte sind generell thematisch und kulturell in den jeweiligen sozialen Kontext eingebunden: Wer selbst Gewaltdarstellungen im Internet konsumiert, kennt in der Regel auch andere, die dies tun, nutzt diese gemeinsam mit ihnen und spricht mit diesen darüber. Diejenigen, die violente Inhalte selbst nicht nutzen und eher ablehnen, bewegen sich meist auch in einem sozialen Umfeld, in dem weder der Internetgewaltkonsum eine gängige Aktivität ist, noch Gewaltdarstellungen ein regelmäßiges Gesprächsthema sind.

Die meisten von denen, die gewalthaltige Internetseiten kennen, sind mit fiktionaler Gewalt konfrontiert worden (vgl. Abb. 4): Bilder aus *Horrorfilmen* (81,7%), *Gewalt in Spielfilmen* aus dem Internet (73,3%), *nachgestellte extreme Gewalt* (66,8%) und *Musikvideos mit Gewalt* (62,9%). Vor dem Hintergrund, dass reale bzw. realistische Gewaltdarstellungen ein höheres Wirkungsrisiko bei Kindern und Jugendlichen haben, ist der relativ hohe Anteil der Befragten, die authentische bzw. als ‚echt‘ einzustufende Videos gesehen haben, als problematisch zu bewerten: So haben 50,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die Gewalt im Internet kennen, schon Happy Slapping-Videos im Netz gesehen. Auch den Jugendlichen in den qualitativen Gruppeninterviews fallen auf die Frage, ob sie schon einmal Klopp- bzw. Prügelvideos im Internet gesehen haben, zahlreiche Beispiele ein. Dabei handelt es sich um Videos mit fremden oder auch bekannten

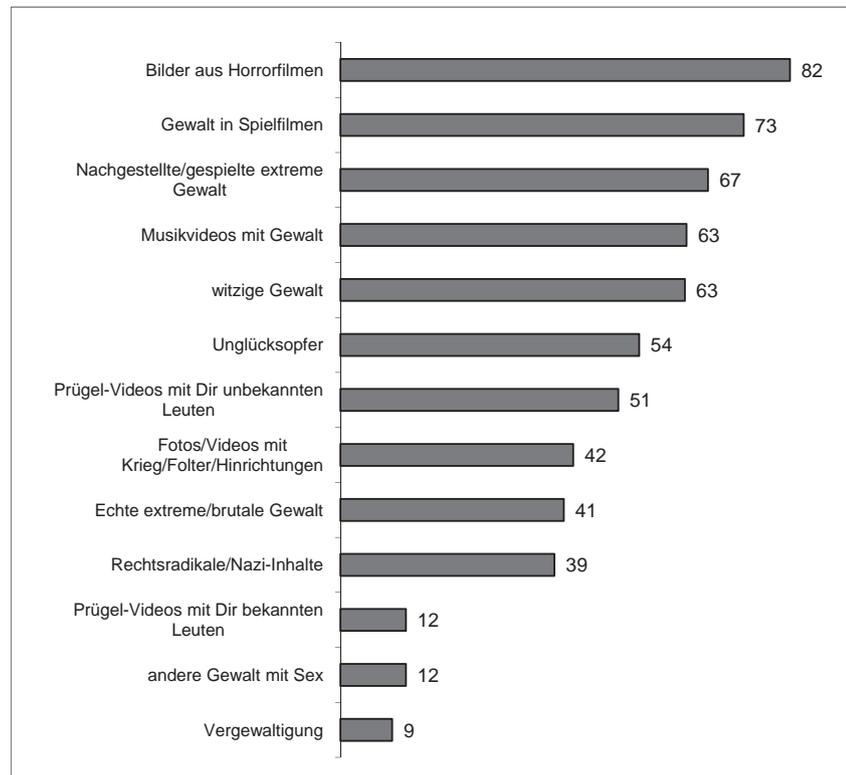


Abb. 4: Konfrontation mit verschiedenen Formen der Gewaltdarstellung

Akteuren, die sie aus ihrem sozialen Umfeld kennen. Als Quelle wird häufig YouTube genannt. Ersichtlich wird bei den Gruppeninterviews, dass die Jugendlichen – abhängig davon, welche Einstellungen sie zur Gewalt haben – tendenziell auf Happy Slapping unterschiedlich reagieren: Entweder gehen sie damit relativ distanziert um oder sie reagieren auf die dargestellten Prügeleien betroffen. Letzteres ist z. B. dann der Fall, wenn sie sich subjektiv mit dem Opfer identifizieren können oder Empathie empfinden.

Aufklärung seitens der Anbieter wäre notwendig

Verantwortung haben in diesem Kontext insbesondere die Anbieter von Videoportalen. Um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit solchen Gewaltvideos konfrontiert werden, wäre eine *Erhöhung der Aufklärungspflichten* seitens der Anbieter notwendig, z. B. in Form einer Verankerung

Im Unterschied zu den Prügelvideos sind die Videos, die echte extreme/brutale Gewalt zeigen, für alle Jugendlichen mit starken emotionalen Reaktionen verbunden. Wie die quantitative Untersuchung zeigt, haben Fotos bzw. Videos mit Krieg, Folter und/oder Hinrichtungen 42,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen gesehen und Darstellungen von echter extremer/brutaler Gewalt 40,6 Prozent. In den qualitativen Interviews schildern die Jugendlichen für sie schwer verdauliche Szenen von Exekutionsvideos, die sie u. a. im Irak und Iran verorten.

von verbindlichen Aufklärungspflichten auf Videoportalen, die über die Gefahren und Risiken informieren. Diese aufklärenden Hinweise sollten bereits auf der Eingangsseite platziert werden (nicht irgendwo, wo man sie nicht findet). Eine Information der Eltern sollte verbindlich sein, so dass die Eltern das



Angebot und seine Risiken für ihr Kind beurteilen können. Web 2.0-Angebote sollten für Eltern nach Risikofaktoren gelabelt werden, so dass deren Einordnung erleichtert wird. Ohne Jugendliche kriminalisieren zu wollen, wenn sie

Gewaltvideos verschicken oder downloaden, ist es dennoch notwendig, die Jugendlichen über die mögliche Strafbarkeit und deren Konsequenzen aufzuklären.

die online oder via Handy gegenüber anderen Nutzern ausgeübt werden – sei es per SMS, in Chatforen, via Instant Messenger oder E-Mail sowie in Social Communitys oder auch in Online-Computerspielen. Cyber-Mobbing kann nicht nur in schriftlicher Form erfolgen, auch mittels Fotos und Videos kann jemand erpresst, gehänselt, bloßgestellt oder sexuell belästigt werden. Ergebnis unserer „Gewalt im Web 2.0“-Studie (2008) ist, dass rund jedes dritte Kind bzw. jeder dritte Jugendliche (34 Prozent) im Alter zwischen 12 und 19 Jahren schon unangenehme Erfahrungen im Internet per E-Mail, Instant Messaging oder in Chatrooms gemacht hat. Die Jugendlichen nehmen Gewalt *via* Internet überwiegend als „psychische Gewalt“ wahr. Darunter verstehen sie „schriftliche Gewalt“, „Gewalt in Textform“ oder peinliche „Fototakes reinstellen von irgendwelchen Leuten“, die nichts davon wissen und/oder auch nicht gefragt wurden, ob sie damit einverstanden sind. Das Hochladen von Fotos und Videos, bei denen man unvorteilhaft aussieht oder einem ein Missgeschick passiert ist, scheint keine Seltenheit zu sein. Je nach Situation wird diese Praxis von den Jugendlichen als psychische Gewalt empfunden, vor allem, wenn es sich um intime Bilder handelt. Die tatsächlichen und möglichen Folgen werden in diesen Fällen, bei denen intime Fotos ohne Wissen eingestellt wurden, von den Jugendlichen als relativ gravierend geschildert. Beispielhaft hierfür ist ein Fall, bei dem ein Mädchen, das unter dem Rock fotografiert wurde, unter den Folgen der Veröffentli-

Fähigkeit der Jugendlichen zur Medienkritik stärken

Ein Ansatzpunkt, um medienethische Reflexionsprozesse bei Jugendlichen im Hinblick auf die Gewalt im Web 2.0 und das eigene Mediennutzungsverhalten in Gang zu setzen, ist die Tatsache, dass bei einem Teil von ihnen durchaus Kritikpotenzial gegenüber realer Gewalt vorhanden ist. So wurde in den Gesprächen mit den Jugendlichen ersichtlich, dass sie sich im Nachhinein emotional und gedanklich mit den Gewaltvideos beschäftigen. Kritisiert bzw. moralisch verurteilt werden die gezeigte Tat und die oft als skrupellos beschriebenen Täter, wie es z. B. Robert in Bezug auf ein Enthauptungsvideo ausdrückt: „Und wenn man das dann auf einmal sieht, dass es dann wirklich solche Leute gibt, die dann so skrupellos sind und sich nichts dabei denken und auch nicht irgendwie bestraft werden oder so dann. Schon heftig.“ Ebenso kritisieren sie das Fil-

men von Situationen, in denen anderen weh getan wird, sie sich verletzt oder sterben. Auch das Veröffentlichende, Weitersenden und Zugänglichmachen der Inhalte im Internet wird hinterfragt. Die eigene Rezeption solcher Inhalte wird allerdings oft weniger kritisch reflektiert. Eine Ausnahme bildet Peter. So kritisiert er Volker, der öfters Klopplideos anschaut: „Du guckst dir das an und lachst die aus. Das ist doch genauso schlimm.“ Volker: „Ja“. Peter: „Im moralischen Sinne bist du da mitschuldig.“

Ausgehend von diesen moralischen Beurteilungsaspekten könnten Maßnahmen sinnvoll sein, die Jugendliche in ihrer medienethischen Urteilsfähigkeit und Wertekompetenz stärken und sie dazu veranlassen, ihre Kompetenzen Peer to Peer (ggf. als Medienscouts in Schulen oder Jugendeinrichtungen) weiterzugeben.

Cyber-Mobbing – aus Sicht der Jugendlichen „psychische“ Gewalt

Mit der Mediatisierung der jugendlichen Alltagswelt haben sich leider auch die Möglichkeiten, jemanden zu mobben, medial erweitert. Mittels Handy und Internet bleibt Mobbing nicht mehr

nur auf den Schulbereich begrenzt, sondern kann zeit- und raumunabhängig fortgesetzt werden. Bei *Cyber-Mobbing* handelt es sich um teils anonyme Formen eines aggressiven Verhaltens,

LITERATUR

- Grimm, Petra/Rhein, Stefanie (2007): Slapping, Bullying, Snuffing! Zur Problematik von gewalthaltigen und pornografischen Videoclips auf Mobiltelefonen von Jugendlichen, Berlin.
- Grimm, Petra/Rhein, Stefanie/Clausen-Muradian, Elisabeth (2008): Gewalt im Web 2.0: Der Umgang Jugendlicher mit gewalthaltigen Inhalten und Cyber-Mobbing sowie die rechtliche Einordnung der Problematik, Berlin.

- Trump, Thilo/Gerhards, Maria/Klingler, Walter (2008): Web 2.0: Begriffsdefinition und Nutzertypen, in: Dittler, Ulrich/Hoyer, Michael (Hg.): Aufwachsen in virtuellen Medienwelten. Chancen und Gefahren digitaler Medien aus medienpsychologischer und medienpädagogischer Perspektive, München, 209–222.

chung im Internet zu leiden hatte. Die befragten Jugendlichen schätzen auch die langfristigen Folgen für das Opfer als schwerwiegend ein.

Bedarf an ethischer Usability und Et(h)ikette

Was kann man gegen Cyber-Mobbing tun? Sowohl die Anbieter bzw. die IT-Industrie als auch die Nutzer selbst könnten das Cyber-Mobbing in den Griff bekommen. Hinsichtlich der Anbieter wäre die Förderung und Forderung technischer Schutzmaßnahmen eine effektive Maßnahme: So sollten die technischen Konfigurationen und Sicherheitstools (insbesondere für die Social-Network-Communities bzw. vergleichbare Angebote) verbessert und in Form konkret formulierter Mindeststandards verbindlich vorgegeben werden. Beispielsweise wären sichere Grundeinstellungen im Hinblick auf die Privatsphäre und Kontakte nötig, die nur begrenzt geändert werden können. Um die Anbieter resp. die Internetindustrie zu motivieren, ihre technischen Schutzstandards – Filterprogramme und Systeme zur Identitäts- und Altersverifikation bei Minderjährigen – zu verbessern, sollten (auch finanzielle) Anreize für die Anbieter geschaffen werden. Letztendlich müsste ein Konsens dahingehend erreicht werden, dass eine ethische „Usability“ notwendig ist, also eine Benutzerfreund-

KURZBIOGRAPHIE

Petra Grimm (*1962), Dr. phil., Studium der Germanistik (Schwerpunkt: Filmphilologie), Kommunikationswissenschaft und Theaterwissenschaften; seit 1998 Professorin für Medienforschung und Kommunikationswissenschaft an der Hochschule der Medien in Stuttgart; zuvor Dezernentin für Programmaufsicht und Medienforschung bei der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien in Kiel; Arbeitsschwerpunkte: Gewalt in den Medien, Handynutzung, Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen, TV-Programmanalysen; (Mit)Herausgeberin der Schriftenreihe Medienethik im Franz Steiner Verlag; aktuelle Veröffentlichungen: (mit St. Rhein u. M. Müller): *Porno im Web 2.0. Die Bedeutung sexualisierter Web-Inhalte in der Lebenswelt von Jugendlichen*, Berlin 2010; (mit E. Clausen-Muradian): *Cyber-Mobbing – psychische Gewalt via Internet*. In: *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis* 2009, Nr. 2, S. 33–37; *Gewalt im Web 2.0 – ein Anknüpfungspunkt für medienethische Reflexionsprozesse bei Jugendlichen?* In: *Neue Kommunikation und Interaktionsformen als Herausforderung der Medienethik*, Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik 2009, Nr. 1.

lichkeit des Internets im Sinne einer werteorientierten Programmierung, um Cyber-Mobbing zu erschweren.

Aber auch die Jugendlichen selbst sollten kompetent gemacht werden im Umgang mit Cyber-Mobbing und ihnen sollten Hilfsangebote (auch via Netz) zur Verfügung gestellt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Internet-Plattform www.juuuport.de. Hier beraten „Scouts“ andere Jugendliche bei ihren Problemen im Web. Vor dem Hintergrund, dass es den Jugendlichen oft unangenehm bzw. peinlich ist, ihren Eltern davon zu erzählen, wenn sie negative Erfahrungen im Web gemacht haben, z. B. Opfer von Hass- oder Mobbing-Aktionen geworden sind, stellt *juuuport* ein effektives Instrument

dar, um Lösungen selbstständig und gemeinsam mit anderen Jugendlichen zu erarbeiten.

Dieses Beispiel zeigt, wie man die Selbstkontrolle der Nutzer mobilisieren kann. Da die Online-Kommunikation vor allem durch die Nutzer selbst geprägt wird, sollten Jugendliche sowohl von den Eltern als auch von den Pädagogen dafür sensibilisiert werden, dass eine kommunikative *Et(h)ikette* im Netz, die auf Toleranz und Akzeptanz des Anderen basiert, verhindern kann, sich selbst und Anderen zu schaden. Positiv gesehen können ethische Kommunikations- und Verhaltensregeln sich auch „lohnend“, da sie vertrauensbildend wirken und soziale Kommunikation erleichtern.



Netzpolitik

Entwicklungsstand und sozialetische Perspektiven

Netzpolitik ist ein entscheidendes Politikfeld der Zukunft. Wichtige gesellschaftliche Bereiche wie Wirtschaft, Medien und Kultur finden im Netz statt. Das neue Internet mit seinen schnellen Leitungen, den mächtigen Anwendungen, den mobilen Diensten und der grenzenlosen Informationsfülle wird damit zu einem anspruchsvollen und wichtigen Feld gesellschaftlicher Gestaltung. Dieses Bewusstsein hat sich mittlerweile auch in der deutschen Politik durchgesetzt und ernsthafte politische Bemühungen, wie die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, lösen die unglücklichen Versuche der letzten Jahre ab. Das Themenfeld Netzpolitik erweist sich dabei als breit und umfassend und berührt neben wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen auch bildungs- und sozialpolitische Gebiete. Nach einem Überblick über diese netzpolitischen Bemühungen werden Freiheit und gerechte Teilhabe als sozialetische Perspektiven der Netzpolitik vorgestellt und erläutert.



Alexander Filipović

Das Thema Internet ist inzwischen in der deutschen Politik angekommen. Nachdem im Jahr 2009 die Bundesregierung mit dem „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ zwar gute Absichten verfolgt, aber politisch eher einen Blechschaden produziert hatte, gibt es mittlerweile viel versprechende Bemühungen auf höchster politischer Ebene. So hat die Bundesregierung eine neue Informations- und Kommunikationstechnologie-Strategie für den Sommer 2010 unter dem Namen „Deutschland Digital 2015“ angekündigt. Die Ergebnisse der vier Dialogveranstaltungen des Bundesinnenministers zu Perspektiven der Netzpolitik (Januar bis Juni 2010, vgl. <http://www.e-konsultation.de/netzpolitik>) sollen in diese Initiative eingehen. Zusätzlich wurde vom Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt (konstituierende Sitzung im Mai 2010).

Es wird immer deutlicher, dass Netzpolitik (Internetpolitik, Internet Governance) zu einem wichtigen, wenn nicht zu dem entscheidenden Politikfeld der nächsten Jahrzehnte wird. Wenn neben

dem alltäglichen auch das wirtschaftliche, kulturelle, mediale und politische Leben mehr und mehr und in anderer Weise im „neuen“ Internet stattfindet, dann muss die politische Gestaltung dieses Bereichs in den Vordergrund rücken. Der Beitrag möchte einen Über-

blick über dieses Politikfeld und die darin enthaltenen Gestaltungsaufgaben geben und christlich-sozialetische Perspektiven benennen, mit denen den Herausforderungen begegnet werden kann.

Grenzen nationalstaatlicher Regulierungsbemühungen

Das Internet als Gegenstand politischer Gestaltungsbemühungen entzieht sich einem ausschließlich nationalstaatlichen Zugriff. Das Netz, seine Möglichkeiten und Angebote überschreiten die Grenzen von Nationalstaaten. Den einzelnen Ländern ist es unmöglich, internetpolitische Alleingänge zu absolvieren. Vielmehr haben sie die globale Entwicklung zu berücksichtigen und müssen diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Licht der nationalen Auswirkungen gestalten. Nimmt man die übernational agierenden Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteure hinzu, so kann man kaum mehr von internationalen, sondern eher von transnationalen Bemühungen um eine nachhaltige Internetpolitik sprechen.

Im Vergleich zu den inter- und transnationalen internetpolitischen Initiativen kommen die jüngsten deutschen Bemühungen recht spät. Einige Streitpunkte deutscher Internetpolitik wurden schon von der internationalen Gemeinschaft beim Weltgipfel zur Informationsgesellschaft im Jahr 2003 in Genf besprochen, z. B. ob man bei der Kontrolle wichtiger Internetressourcen eher der Regierung oder eher dem privaten Sektor vertrauen soll. Eine während des Gipfels angestoßene Arbeitsgruppe (UN Working Group on Internet Governance) legte 2005 einen Kompromiss vor, der seitdem gilt: Regulierung und Gestaltung des Internets ist nur als ein gemeinsames Zusammenwirken staatlicher, zivilgesellschaftlicher, privatwirtschaftlicher und technischer Akteure



sinnvoll möglich. Jeder Akteur ist in bestimmter Weise verantwortlich, aber nur gemeinsam kann den Herausforderungen begegnet werden.¹

Auf europäischer Ebene gibt es schon seit 1985 einen Kommissar für die Informationsgesellschaft, wobei die Ressortbezeichnung nahezu mit jedem Amtsträger gewechselt hat. Zurzeit ist Neelie Kroes Kommissarin für die Digitale Agenda. Die „Digitale Agenda für Europa“² ist eine der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020, mit denen insgesamt die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise (ab 2008) bewältigt werden sollen. Die Digitale Agenda wurde aufgestellt, um die grundlegende Rolle zu definieren, die dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) darin zukommen soll. Internetpolitik steht hier vorrangig im Dienst europäischer Wirtschaftspolitik. Dennoch geht es auch um die Entfaltung des sozialen Poten-

zials, das dem Internet als einem bedeutenden Träger wirtschaftlicher und sozialer Prozesse zukommt.

Neben der Bedeutung des Internets für das Geschäfts- und Arbeitsleben sind damit auch soziale Aktivitäten wie das Spielen, das Kommunizieren allgemein und die freie Meinungsäußerung angesprochen. Sieben vorrangige Aktionsbereiche sind in der Digitalen Agenda vorgesehen:³ Schaffung eines digitalen Binnenmarkts, größere Interoperabilität, Steigerung von Vertrauen und Sicherheit im Internet, schnellere Internetverbindungen, verstärkte Investitionen in die Forschung und Entwicklung, Verbesserung der digitalen Kompetenzen und der digitalen Integration sowie Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel und Bevölkerungsalterung.

Netzpolitik in der jüngeren deutschen Politik

Der deutsche politische Zugang zum Internet der letzten Jahre (bis 2009) ist vor allem von Unsicherheit und Pannen geprägt und hat zum Teil zu scharfen Debatten geführt.⁴ Die Bemühungen der ehemaligen Familienministerin von der Leyen beim *Zugangerschwerungsgesetz*, oder des ehemaligen Bundesinnenministers Schäuble zur *Vorratsdatenspeicherung* sind ein Beleg für diese These. Sie führten auch dazu, dass eine neue politische Kraft die Bühne betrat, das Thema „Netzpolitik“ erfolgreich besetzte und schließlich als die „Piratenpartei Deutschlands“ bei der Bundestagswahl 2009 2% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Nicht wenige Kommentatoren verglichen den Erfolg dieser „Themenpartei“ mit den in den 1970er Jahren beginnenden parteipolitischen Aktivitäten der ökologischen Bewegung.

Das Zugangerschwerungsgesetz ist zwar als Gesetz verabschiedet, wird aber de facto nicht angewandt.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2009 beschlossen Union und FDP, die Internetsperren zunächst auszusetzen und votierten für eine Löschung z. B. kinderpornographischer Inhalte. Das Gesetz sieht dagegen vor, dass das Bundeskriminalamt eine Sperrliste mit Internetadressen führt und große Internetzugangsprouder gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Seiten für ihre Kunden zu sperren. Auch die Kritiker des Gesetzes bekannten sich klar zum Kampf gegen den Missbrauch an Kindern. Sie führten aber gegen das Gesetz vor allem erstens ins Feld, dass es Kinderpornographie nicht wirksam einschränken könne, und zweitens monierten sie, dass mit einem solchen Gesetz

die Möglichkeit staatlicher Zensur des Internets ohne jegliche demokratische Legitimation vorgesehen werde. Das Vorhaben stelle damit eine immense Gefährdung des Grundrechts auf Informationsfreiheit (GG Art. 5) dar. Die gegen das Gesetz beim Deutschen Bundestag eingereichte ePetition erhielt schon nach wenigen Wochen die zu einer öffentlichen Anhörung benötigten 50.000 Mitzeichner und hatte bis zum Ende der Frist 134015 Mitzeichner.

Die Vorratsdatenspeicherung war in Deutschland durch das „Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“ eingeführt worden. Es wurde im Dezember 2007 vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler unterzeichnet. Im Vergleich mit der EU-Richtlinie erweitert die deutsche Umsetzung den Einsatzbereich der Vorratsdatenspeicherung. Das Gesetz wurde durch das Bundesverfassungsgericht am 2. März 2010 wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz für nichtig erklärt. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts bezog sich auf die Unverletzlichkeit des Brief- sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (GG Art. 10 (1)). Die öffentliche und stark engagierte Kritik an dem Gesetz warnte vor einem Überwachungsstaat, vor der Gefahr des Missbrauchs der Daten und vor der abschreckenden Wirkung einer Speicherung von Kommunikationsdaten auf die freie und ungehemmte Kommunikation auch zu politischen Themen. Nicht zuletzt ginge dies zu Lasten einer funktionierenden Zivilgesellschaft und einer journalistischen Kultur und ihrem Prinzip der Pressefreiheit und des Informantenschutzes.

¹ Vgl. für einen Überblick zur Geschichte und den aktuellen Herausforderungen interoder besser transnationaler Internetpolitik Hofmann 2010.

² Vorläufer dieser Agenda sind die Strategien „i2010 – European Information Society for growth and employment“ (2005–2010) und der „eEurope Action Plan“ (2000–2005).

³ Vgl. http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/.

⁴ Vgl. dazu beispielsweise Kleinwächter 10.05.2010.



Die Regierungsinitiativen zu Internetsperren und zur Vorratsdatenspeicherung haben bisher mehr Probleme verursacht als gelöst

Bei beiden Initiativen handelt es sich also um Versuche, die weniger Probleme gelöst als verursacht haben. Das Thema Netzpolitik wurde bis Ende 2009 politisch zu wenig oder ungenügend berücksichtigt. Das liegt natürlich auch an der Dynamik des technologischen und sozialen Wandels: Das Netz und die Gebrauchsweisen digitaler Angebote und Möglichkeiten haben sich in einer Weise entwickelt, die politisch und rechtlich wenig vorhergesehen werden konnte. Politik steht immer, aber hier besonders vor der Herausforderung, neue und dynamische gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten. Eine Kapitulation vor den komplexen und schnellen Veränderungen der digitalen Gesellschaft ist nicht angebracht. Dafür ist das Politikfeld inzwischen zu wichtig geworden.

Das scheinen zurzeit auch die politischen Akteure begriffen zu haben. Die momentane politische Beschäftigung mit dem Internet wirkt aber bisweilen überengagiert. Beispielsweise gibt es nicht nur die angesprochene Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und die Bemühungen im Bundeswirtschaftsministerium, sondern nahezu zeitgleich wurde auch der „Unterausschuss Neue Medien“ im Deutschen Bundestag gebildet. Die grundsätzlichen Themen sollen in der Enquete-Kommission besprochen werden, um mittel- und langfristige Perspektiven zu entwickeln. Im Unterausschuss stehen dagegen tagespolitische Fragen auf der Tagesordnung. Personelle Überschneidungen in der Besetzung der beiden Gremien können zwar garantieren, dass beide Arbeitsgruppen voneinander wissen, unterstreichen aber andererseits das Gefühl des netzpolitischen Aktionismus.

Netzpolitische Themenvielfalt

Die Themen der Enquete-Kommission gliedern sich gemäß des verabschiedeten Einsetzungsantrags⁵ in die Bereiche Kultur und Medien (z. B. Medien- und Meinungsfreiheit, Medienkompetenz), Wirtschaft und Umwelt (z. B. globale Internetkonzerne, Veränderungen der Arbeitswelt durch neue Medien, grüne IT), Bildung und Forschung (Medienerziehung, Open-Access-Initiativen), Verbraucherschutz (Rechtssicherheit im elektronischen Handel) Rechts- und Innenpolitik (Wahrung des Grundrechtsschutzes, Netzneutralität, Jugendschutz) und Gesellschaft und Demokratie (Open-Data-Strategien, neue Formen der Bürgerbeteiligung). Mittlerweile sind drei Projektgruppen gebildet worden, die sich mit den Themen Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz beschäftigen. Diese Struktur verrät zugleich die Schwerpunkte der Arbeit der Kommission. Offenbar sollen die anderen

Themen in den (öffentlichen) Arbeitssitzungen behandelt werden.

Der angesprochene Aktionismus kann aber auch anders interpretiert werden: Daran könne beobachtet werden, wie sich angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen politisches Handeln formiert. Auf den unterschiedlichen Ebenen der Parteien, in der Zivilgesellschaft, in der staatlichen Administration und in der Bundespolitik entstehen Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Interessengruppen, Kommissionen und Initiativen, die sich dem Thema nähern und sich um das Thema herum institutionalisieren.

Insgesamt ist sicherlich festzuhalten, dass die thematische Erweiterung und integrierte Perspektive der Netzpolitik auf die Felder Wirtschaft, Technik, Kultur, Bildung, Sozialpolitik und allgemein sozialkommunikative Fragen ein deutlicher Fortschritt nicht nur in Bezug auf die politischen Fragen des Internets, sondern auch in Bezug auf die gesamte politische Lage ist.

Freiheit und Partizipation: Christlich-sozialethische Orientierungen für die Netzpolitik

Die Christliche Sozialethik hat den Anspruch, gesellschaftliche Gestaltungsherausforderungen zu erkennen, unter der Maßgabe der Personenwürde und der Gerechtigkeit zu evaluieren und den politisch-ethischen Diskurs durch eigene Optionen und Orientierungen wissenschaftlich zu befördern. Christlich-sozialethische Orientierungen für eine zukunftsfähige Netzpolitik können aus den etablierten Bereichen sozialer Reflexion, wie z. B. aus der Wirtschaftsethik, der Technikethik,

der politischen Ethik und der Medienethik gewonnen werden. Zwar lassen sich die entsprechenden Erkenntnisse nicht direkt auf die Netzpolitik übertragen, können aber hieran angepasste Impulse und Leitbilder vermitteln.⁶

Mir erscheinen die Optionen für Freiheit und gerechte Teilhabe und Beteiligung wichtige Perspektiven für dieses thematisch sehr breite Politikfeld zu sein. Mit dem Begriff der Freiheit werden die netzpolitisch grundlegenden Fragen einer politischen Ethik ge-

⁵ Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Drucksache 17/950. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 03.03.2010. Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>.

⁶ Die folgenden netzpolitischen Orientierungen können an dieser Stelle nicht theologisch-ethisch fundiert und im politisch-ethischen Diskurs situiert werden. Vgl. daher zu den ethischen Grundkategorien einer Netzpolitik aus christlich-sozialethischer Perspektive z. B. Hausmanning 2005 und Filipović 2009, aus allgemein philosophischer Perspektive die Beiträge in Hausmanning et al. 2002 und Nagenborg 2005.

stellt. Partizipation beleuchtet die kulturellen und demokratischen Herausforderungen der Netzgesellschaft.

Freiheit des Internets und Freiheit im Internet

Im Verständnis des Menschen als Person, in den Menschenrechten und z. B. im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland spielen die individuellen Freiheitsrechte die entscheidende Rolle. Die Freiheit der Menschen, das menschliche Potenzial der Selbstentwicklung und -entfaltung zu schützen und zu fördern, muss das Ziel jeder Politik sein und ist Legitimationsgrund für staatliches Handeln. Daher stellen das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Informations- und Presse- bzw. Rundfunkfreiheit und das Zensurverbot auch für die Netzpolitik die entscheidenden Normen dar. Das Internet muss als ein freiheitlicher und pluraler Kommunikationsraum geschützt werden.

Die Sicherung der genannten Rechte obliegt vor allem dem Staat, der über gesetzliche Regelungen und Vorschriften die entsprechenden Ansprüche der Menschen zu garantieren hat. Das bedeutet wiederum nicht, dass staatliche Akteure sämtliche detaillierten Regelungen im Internet alleine zu treffen und auszuführen hätten. Das Kriterium der Freiheit betrifft nämlich auch die Setzung der Normen und Regeln, die diese Freiheit sichern sollen und die daher frei möglich sein soll. Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sind die verschiedenen Formen sozialer Assoziation, ob ökonomisch, zivilgesellschaftlich oder staatlich-politisch, zu berücksichtigen. Respektiert werden soll also die Vielfalt der sich von unten her aufbauenden gesellschaftlichen Kräfte. Ihre jeweils unterschiedlichen Eigenfunktionen sollen geachtet und geschützt werden. Die Selbstbeschränkung des regulierenden Staates ist besonders dort wichtig, wo die Freiheit von Kommunikationsräumen wesentliche Bedingung für eine funktionieren-

de politische Öffentlichkeit ist. Um die Demokratie zu schützen und um die innovativen Regelungspotentiale anderer Akteure nicht zu ersticken, ist regulierende Zurückhaltung seitens des Staates angebracht und notwendig. Der Staat muss aber selbstverständlich dort intervenieren, wo die Eigentätigkeit der Akteure die Freiheitsrechte von Individuen bedroht oder der freiheitliche Charakter des Internets insgesamt zur Debatte steht.



Wirtschaftlich starke Unternehmen dürfen beim Internetversand von Informationen nicht bevorzugt werden

Beim Thema Netzneutralität ist die subsidiäre Verantwortung für die *Freiheit des Internets* besonders bedeutsam. Netzneutralität bezeichnet die Forderung, dass alle Inhalte, die im Internet angeboten und verschickt werden, gleichberechtigt zu behandeln sind.⁷ Einzelne Anbieter von Informationen, z. B. Google oder Facebook, haben unter Umständen ein Interesse daran, dass ihre Inhalte bevorzugt behandelt werden und z. B. bei der Durchleitung mit einer Priorität versehen werden. Anbieter von Leitungskapazitäten oder anderen Internetinfrastrukturen, wie z. B. die Deutsche Telekom, wollen von Anbietern Gebühren für deren erhöhtes Datenaufkommen verlangen. Diese Forderungen werden auch deswegen momentan erhoben, weil die steigende Bedeutung mobiler Internetnutzung die dafür notwendigen Kapazitäten herausfordert.

So sehr die Forderung nach einer zumindest teilweisen Relativierung der Netzneutralität aus der Perspektive von Unternehmen schlüssig sein mag, so sehr geht damit aber auch die Gefahr einher, dass Unternehmen über die Relevanz von Informationen entscheiden oder dass bestimmte Infor-

mationen, bzw. deren schneller Bezug nur gegen höhere Kosten zur Verfügung stehen. Neben dem legitimatorischen Problem der Informationsbewertung durch wirtschaftliche Akteure geht es also auch um die Abwehr der Gefahr eines Zwei-Klassen-Internets, das in einen teuren und nur wenigen zur Verfügung stehenden Premiumbereich und eine Restkategorie zerfällt. Ein offenes und damit freies Internet steht und fällt mit der Netzneutralität. Die politische Aufgabe ist es, diese sicher zu stellen und sich auch in den internationalen Gremien dafür einzusetzen. Die Freiheit des Internets steht hier eindeutig vor der Freiheit von Internetunternehmen. Deshalb erscheint eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität auch gegen unternehmerische Interessen sozialetisch angezeigt. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ist aber zunächst an die Selbstregulierung der Anbieter zu appellieren und es sind dazu entsprechende Anreize zu setzen.

Ähnliche Zurückhaltung ist vom Staat gefordert, wenn es um die so genannten digitalen Bürgerrechte geht. Dabei handelt es sich um das Recht auf die freie, also ungehinderte Entfaltung der Persönlichkeit, insofern diese in der modernen digitalen Welt von verschiedenen Seiten behindert oder bedroht wird.⁸ Angesprochen ist damit also die individuelle *Freiheit im Internet* bzw. im digitalen Zeitalter. Das gilt für die oben angesprochene Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsbereich, aber auch für die Speicherung von persönlichen Daten, seien es Einkommensdaten, Gesundheitsdaten oder Aufenthaltsdaten. Das Kernelement der digitalen Bürgerrechte, die informationelle Selbstbestimmung, ist im Zusammenhang mit dem so genannten Volkszählungsurteil von 1983 vom Bundesverfassungsgericht formuliert worden: „Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft

⁷ Vgl. zur Netzneutralität z. B. van Schewick, Farber 2009.

⁸ Vgl. Schulzki-Haddouti 2003.

LITERATUR

- Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 15.12.1983, Aktenzeichen 1 BvR 209, 269, 362, 420, 440, 484/83, „Volkszählungsurteil“.
- Filipović, Alexander (2009): Die Informationsfreiheit und der Zusammenhang von Abwehr- und Anspruchsrechten. Korreferat zu Karsten Weber, in: Dabrowski, Martin/Aufderheide, Detlef (Hg.): Internetökonomie und Ethik. Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven des Internets, Berlin, 35–43.
- Hausmanninger, Thomas (2005): Mediale Öffentlichkeit und Beteiligung, in: Heimbach-Steins, Marianne (Hg.): Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch. Band 2: Konkretionen, Regensburg, 254–280.
- Hausmanninger, Thomas/Capurro, Rafael (Hg.) (2002): Netzethik. Grundlegungsfragen der Internetethik, München.
- Hofmann, Jeanette (2010): Formierung und Wandel des Politischen in der Regulierung des Internet, in: Bergemann, Ulrike (Hg.): Das Planetarische. Kultur – Technik – Medien im postglobalen Zeitalter, München 175–186.
- Kleinwächter, Wolfgang (2010): Internet Governance in Deutschland, in: Telepolis, 10.05.2010. Online verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32603/1.html>.
- Nagenborg, Michael (2005): Das Private unter den Rahmenbedingungen der IuK-Technologie. Ein Beitrag zur Informatio-
nsethik, Wiesbaden.
- Schulzki-Haddouti, Christiane (2003): Sicherheit im Netz und digitale Bürgerrechte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Jg. 49–50, 13–19.
- van Schewick, Barbara/Farber, David (2009): Point/Counterpoint. Network neutrality nuances, in: Communications of the ACM, Jg. 52, H. 2, 31–37.

gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. [...] Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“ (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 15.12.1983)

Die informationelle Selbstbestimmung steht weiterhin und immer dringlicher zur Debatte, weil die technischen Bedingungen und Möglichkeiten staatliche und andere Akteure in die Lage versetzen, Daten über unzählige persönliche Aktivitäten zu sammeln und zu speichern. Die Analyse, dass das kritische Bewusstsein der Menschen gegenüber diesen Bedrohungen in den vergangenen Jahren zurückgeht, ist nicht von der Hand zu weisen. Für menschenwürdige Bedingungen und für ein funktionierendes politisches Gemeinwesen gilt daher, dass der Staat seiner Verantwortung für den Schutz der Persönlichkeitsrechte im digitalen Zeitalter gerecht werden muss.

Zwischen Freiheit und Sicherheit

Natürlich sind mit der Option für die Freiheit nicht alle Probleme gelöst, sondern es ist damit „nur“ die entscheidende ethische Perspektive für die Netzpolitik skizziert. Schwierig wird es da, wo die Freiheitsperspektive nicht zu eindeutigen Handlungsempfehlungen führt. Das ist meistens dort der Fall, wo Freiheitsrechte mit anderen Interessen kollidieren. So ist es wohl typisch für demokratische Gesellschaften, dass sie in Zeiten des transnationalen Terrorismus das Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit nur sehr schwer finden. Die Berücksichtigung staatlicher wie auch privater Sicherheitsinteressen schränken Freiheitsspielräume ein. Persönliche Sicherheit ist aber eine Grundbedingung von Freiheit im Sinne eines freien und unbedrohten Entfal-

tungsraumes. Eine gewisse Sicherheit gegenüber terroristischen Anschlägen ist eine wesentlich Bedingung für die Grundvollzüge eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die konkrete Freiheitsspielräume schafft. Die Netzpolitik ist ein Feld, auf dem diese Schwierigkeiten paradigmatisch auftreten und um deren Lösung verantwortlich im öffentlichen politischen Streit unter Einbeziehung möglichst vieler politischer Akteure gerungen werden muss. Mehr Sensibilität für die Gefahr einer schleichenden Erosion individueller Freiheitsrechte und für die Bedeutung des freien Internets ist aus sozialetischer Perspektive dafür sicher notwendig.

Gerechte Teilhabe und Beteiligung

Für die Netzpolitik ist neben der ethischen Perspektive der Freiheit die Frage nach der gerechten Teilhabe und Beteiligung ein weiteres entscheidendes sozialetisches Kriterium. Die Erweiterung des netzpolitischen Themenfeldes der jüngeren politischen Aktivitäten ist in diesem Sinne zu würdigen:

Netzpolitik ist nicht nur Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, sondern berührt auch Fragen der Bildung, der Kultur, des Verbraucherschutzes und der Zukunft politischer Beteiligungsfragen.

Mit dem Thema Teilhabe und Beteiligung ist angesichts der Tatsache, dass sich das gesellschaftliche Leben



immer mehr auch im Internet abspielt, die Frage verbunden, wer von dieser Interaktionsform unnötig oder in ungerechter Weise ausgeschlossen wird. Zwar zeigt sich, dass der kostenintensive Zugang zu den benötigten Geräten und Anschlüssen weiterhin eine zentrale Voraussetzung für eine Beteiligung ist. Wichtiger werden aber zunehmend individuelle Ressourcen und Kompetenzen wie Know-how, Urteilsfähigkeit, Sprachmächtigkeit, Konzentrationsfähigkeit, experimentierendes Problemlösen und Motivation. Das ist natürlich eine sozialpolitisch relevante Bildungsfrage. Menschen brauchen

Bildung, damit sie sich auf die Herausforderungen des Internets und der digitalen Gesellschaft einstellen und diese bewältigen können. Wesentlich geht es um die Befähigung der Menschen, Risiken und Gefährdungen, die das Netz zweifellos enthält, von den von ihm gebotenen Chancen und Möglichkeiten zu unterscheiden. Ziel jeder Bildungsarbeit sollte die Vermittlung einer Kompetenz sein, durch die der Einzelne einen jeweils optimalen Nutzen aus seiner Teilhabe am Netz ziehen kann. Gerade aus christlicher Perspektive darf diese Fähigkeit nicht einigen Wenigen vorbehalten sein.

Aktive digitale Elite und passives analoges Prekariat

Aus dem technisch induzierten digitalen Graben der Frühzeit des Internets ist mittlerweile ein Kompetenz- und Motivationsgraben geworden. Auf der einen Seite stehen die gut ausgebildeten und jungen, smarten Menschen, die vor der Schnelligkeit der Informationen nicht kapitulieren, die Kurznachrichtendienste und Weblogs für ihre privaten und beruflichen Interessen nutzen, Kontakt zu Freunden und Bekannten in aller Welt über Facebook pflegen, kurzerhand durch ihre Kommentare eine sachliche Online-Diskussion bereichern und durch ihre Beteiligung das Netz bunter und vielleicht interessanter machen. Auf der anderen Seite stehen die reinen Youtube-Surfer, die sich nicht ausdrücken wollen, weil sie vielleicht sprachlich unsicher sind, die mangels Interesse politische Informationen wegklicken, nicht genau herausfinden können, wie authentisch eine Information ist, die Werbung nicht von redaktionellen Inhalten trennen können und die kulturell im Wesentlichen vom Fernsehprogramm abhängig sind, das für diejenigen, die auf der anderen Seite des Grabens stehen, schon lange kaum eine Option mehr ist.

Wenn also, überspitzt formuliert, für eine Gruppe nur noch der analoge Rest erreichbar ist, das Leben der Zu-

kunft sich aber in der digitalen Welt bewegt, dann spaltet sich die Gesellschaft in eine aktive digitale Elite und ein passives analoges Prekariat. Das wäre ein Schreckensbild und stellt eine große Herausforderung für die Netzpolitik dar. Die digitale Integration der Gesellschaft der Zukunft, neue Formen der Solidarität, ein möglichst großer Kreis von Menschen, die über Fragen des Guten und Richtigen und über politische Entscheidungen mitreden können und wollen – das wäre ein Leitbild für die Gestaltung der digitalen Gesellschaft und damit auch ein Leitbild für eine Netzpolitik der Zukunft.

Fazit

Netzpolitik (Internetpolitik, Internet Governance) wird zu einem wichtigen, wenn nicht zu dem entscheidenden Politikfeld der nächsten Jahrzehnte. Dabei werden die Grenzen nationalstaatlicher Politik deutlich: Einzelne Nationalstaaten können keine internetpolitischen Alleingänge absolvieren. Vielmehr haben sie die globale Entwicklung zu berücksichtigen.

Die jüngste thematische Erweiterung und integrierte Perspektive der Netzpolitik auf die Felder Wirtschaft,

KURZBIOGRAPHIE

Alexander Filipović (*1975), Dr. theol., Studium der Kath. Theologie, Kommunikationswissenschaften und Germanistik in Bamberg; Akademischer Rat am Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der WWU Münster; Forschungsschwerpunkte: Philosophischer Pragmatismus und Christliche Sozialethik, Beteiligungsgerechtigkeit als soziale Gerechtigkeit, Sozialethik und das Neue Internet, Anthropologie und Sozialethik. Veröffentlichungen: Öffentliche Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Sozialethische Analysen. Bielefeld 2007; zus. mit Christiane Eckstein und Klaus Oostenryck (Hg.): Beteiligung, Inklusion, Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft. Münster 2007; Das demokratische Ethos als Praxis. Der philosophische Pragmatismus und die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, Jg. 50, 133–164.

Technik, Kultur, Bildung, Sozialpolitik und allgemein sozialkommunikative Fragen ist ein deutlicher Fortschritt in Bezug auf die politischen Fragen des Internets.

In sozialethischer Perspektive muss das Internet als ein freiheitlicher und pluraler Kommunikationsraum geschützt werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Möglichkeiten des Internets nur von einer kleinen digitalen Elite genutzt werden können. Dem ist anhand des Kriteriums der gerechten Teilhabe entgegenzuwirken.





Medienerziehung 2.0

Neue Antworten auf neue Herausforderungen?

Die gemeinsame Erklärung der DBK und EKD von 1997 beschrieb vorsichtig abwägend „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“ und sah die Gesellschaft quasi noch auf dem Weg dahin. Inzwischen sind wir mit hohem Tempo in der Mediengesellschaft unterwegs und der Pädagogik kommt wiederum die Aufgabe zu, über notwendige Kompetenzen und Inhalte für Bildung und Erziehung in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation zu reflektieren.

Insofern Medien im Zuge der digitalen Revolution eine historisch noch nie da gewesene Bedeutung erlangt haben, ist die Frage berechtigt, ob und inwiefern Medienerziehung im 21. Jahrhundert anders als bisher konzipiert werden muss und welche Antwortansätze auf die aktuellen Herausforderungen bisher im Bildungsbereich gefunden wurden.



Andreas Büsch

Medienerziehung heute

Die Versionierung von Programmen und Dokumenten hat sich aus der Informatik über die PC-Nutzung mittlerweile auch allgemeinsprachlich durchgesetzt: Von „Web 2.0“ (Tim O’Reilly) bis „We 2.0 your business!“ (T-Systems Multimedia Solutions) – stets soll suggeriert werden, dass es etwas Neues, deutlich Besseres als die bisherige Version gebe. Aber gibt es jenseits des sprachlichen Modismus wirklich einen qualitativen Unterschied? Konkret auf unser Thema hin übersetzt: Kann Me-

dienerziehung 1.0, 2.0. oder – noch zu konzipieren – 3.0 dazu beitragen, dass sich die allenthalben diagnostizierte digitale Spaltung verringert, die sich bei näherem Hinsehen als soziale Spaltung entpuppt? Oder ist es letztlich doch egal, inwiefern an digitale Medien gekoppelte Kommunikations-, Bildungs- und Informationsmöglichkeiten individuell genutzt werden können – solange es doch noch analoge Alternativen gibt?

mer auch Medienwelten sind, ist mit bewahrpädagogischen Bemühungen ebenfalls nicht beizukommen.

Auch die ideologiekritische Medienerziehung der 60er/70er Jahre des letzten Jahrhunderts, die den Blick auf die gesellschaftliche Bedingtheit und die Strukturen von Medienproduktion und –rezeption lenkte und zur kritischen Rezeption und Ideologiekritik aufrief, kam letztlich nicht über eine defizitäre Sicht der Medien und ihrer Nutzer hinaus.

Erst in den 1970er Jahren fand ein Paradigmenwechsel statt, der bis heute für medienpädagogische Diskurse bestimmend ist: Die Wende zur Handlungs- und Lebensweltorientierung ist gekennzeichnet durch die Frage, was Menschen mit Medien machen und inwiefern sie sie für die Erfüllung ihrer subjektiven Bedürfnisse nutzen können. Die für diesen selbstbewussten Umgang mit Medien nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse sind gebündelt im Begriff Medienkompetenz, den Baacke (1973) im Anschluss an Chomskys linguistischen Kompetenzbegriff sowie an Habermas’ Begriff der kommunikativen Kompetenz eingeführt hat. Die Bestimmung, was nun Medienkompetenz genau sei und welche Facetten oder Dimensionen sie beinhalte, hat

Von der Bewahrpädagogik zur Medienkompetenz

Medienerziehung gilt neben der Mediendidaktik, die sich traditionell eher funktional mit Medien als Hilfsmitteln in Lehr-Lern-Situationen beschäftigt, als eines der Kernfelder der Medienpädagogik. Dabei war die Bestimmung von Medienerziehung in der Entwicklung dieser Disziplin durchaus Richtungsänderungen unterworfen: Eine ursprünglich bewahrpädagogische Grundposition, die seit dem Aufkommen des Massenmediums Film Kinder und Jugendliche zunächst und vor allem vor dem schädlichen Einfluss von Medien schützen und sie umgekehrt an

als „wertvoll“ erachtete Medien heranzuführen wollte, muss heute als obsolet gelten.

Ohne die Notwendigkeit eines Jugendmedienschutzes schmälern zu wollen, kann diese Position u. a. deshalb auf Dauer nicht überzeugen, weil sie nicht das mündige Subjekt in den Mittelpunkt stellt, sondern im Sinne einer Allmachtsthese der Medienwirkung stets die negativ konnotierte Frage stellt, was die Medien mit den Menschen machen. Der Notwendigkeit einer individuellen Anpassung an sich verändernde Lebenswelten, die im-



bis in dieses Jahrzehnt medienpädagogische Diskurse bestimmt.

Seit der Jahrtausendwende war jedoch e-Learning das bestimmende Thema in der Medienpädagogik, vor allem in der Mediendidaktik. Dies kann als eine unmittelbare Folge der pädagogischen Reflexion der Megatrends Digitalisierung, Vernetzung und Miniaturisierung der Endgeräte angesehen werden (Büsch 2006).

Web 2.0: neue Anforderungen an Mediennutzer

Ungeachtet der Feststellung des „Internet-Erfinders“ Tim Berners-Lee, das Web 2.0 sei das, was Web 1.0 immer schon sein wollte bzw. sollte, lassen sich eine Reihe von neuen Diensten und Formen der Internetnutzung feststellen, die zusammenfassend als „social software“, „Web 2.0“ oder „soziales Web“ bezeichnet werden (vgl. den Beitrag von Schmidt/Lampert in diesem Heft). Die Merkmale, durch die sie sich von anderen Formen digitaler Medien abgrenzen lassen, machen sie zugleich zu einer qualitativ neuen Herausforderung an Mediennutzer als Akteure in Netzwerken:

Das Web 2.0 ist interaktiv, d. h. immer auf eine Beteiligung der Nutzer ausgerichtet und daher dynamischer als von Einzelnen oder Redaktionen erstellte Webangebote. Die zahlreichen Kommentar- oder Bewertungsfunktionen dienen dabei als eine Art Filter: Wer viele Äußerungen erhält, muss etwas Wichtiges angesprochen haben. Aufgrund einfacher Schnittstellen sind alle möglichen Kombinationen von Inhalten verschiedener Quellen ohne Programmierkenntnisse individuell kombinierbar (mashups), womit bisweilen ein echter Mehrwert an Information geschaffen wird.

Damit ist das klassische Nachrichtenmodell der Massenmedien obsolet: Es gibt keine einseitigen Kommunikatoren mehr, denen Zuhörer bzw. Zuschauer gegenüber stehen; die Rezipienten sind heute immer (auch) Prosu-

Aktuell zeichnet sich jedoch eine Renaissance des Begriffs Medienkompetenz ab, die zum einen durch eine Neubestimmung des Kompetenzbegriffs als Schlüsselkategorie in aktuellen Bildungsdebatten bedingt ist, zum anderen aber auch durch die Herausforderungen verursacht wird, die die Entwicklung des Web 2.0 mit sich bringt (vgl. Herzig u. a. 2010).

menten (engl.: prosumer). Das heißt, sie haben in doppelter Hinsicht als Konsumenten (consumer) Anteil an bisher nicht zugänglichen Rollen: Insofern sie potentiell jederzeit ihrerseits Nachrichten generieren können, sind sie immer auch Produzenten (producer). Dabei steht ihnen als Folge der mit der Digitalisierung einhergehenden Demokratisierung der Produktionsmittel Technik zur Verfügung, die auch professionellen Ansprüchen Rechnung trägt. Da sie deshalb mit diesen Medien Rollen ausüben können, die ehemals Journalisten, Reportern, Fotografen usw. vorbehalten waren, fungieren sie teilweise wie Professionelle (professionals).



Die sozialen Netzwerke des neuen Internets verändern den Alltag, sie sind überall und jederzeit nutzbar

Beim zentralen Element des Web 2.0, den sozialen Netzwerken (social communities), geht es nicht mehr primär um die Übermittlung von Informationen, sondern darum, Menschen miteinander in Beziehung zu bringen – aus dem Internet wurde das Social Web (Schmidt 2009, 63). Social Web-Angebote wollen aber nicht nur präsentieren, sondern die Nutzer zur Partizipation auffordern: Es geht weniger um die Technik, als um den damit ausgedrückten Geist, Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen und diese zu nut-

zen – von der Wahlkampagne eines Barack Obamas bis zu kreativen Flashmobs. Damit sind Web 2.0-Angebote im eigentlichen Sinn demokratisch bzw. demokratisierend, weil ihre Nutzung niedrigschwellig möglich ist und sie notwendigerweise hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten transparent sein müssen. Besonders deutlich wird dies an Angeboten, die durch offene Beteiligung Vieler ohne eine professionelle Redaktion oder andere Gatekeeper Wissen bündeln wie Wikis (z. B. Wikipedia) oder Folksonomies (folk-taxonomies; Cluster von durch Nutzer erstellten Verschlagwortungen in social bookmarking-Diensten). Zumindest in der Tendenz wird damit die Idee einer „kollektiven Intelligenz“ praktisch umgesetzt und nutzbar.

Mit diesem veränderten „Rollenmodell“ verschieben sich auch die Wertigkeiten, die Medien im Alltag zukommen: Sie sind formal nichts „Besonderes“ mehr, das nur zu speziellen Zeiten und nur in medienzentrierten Umgebungen eine Rolle spielt, sondern sie sind in einem umfassenden Sinn in den Alltag integriert, jederzeit und überall nutzbar. Mit dem Social Web ist aber auch eine inhaltliche Veränderung gegeben. Es ist nicht mehr „nur“ Quelle von Information, Unterhaltung oder Bildung, sondern auch das Medium, in dem (junge) Menschen ihr Identitäts-, Beziehungs- und Informationsmanagement betreiben (Paus-Hasebrink u. a. 2009, 26 f., vgl. dazu den Beitrag von Schmidt/Lampert in diesem Heft).

Durch diese Beteiligung Vieler an der Erstellung von Inhalten im Web 2.0 können sich immer mehr kleine und kleinste Nischen für die unterschiedlichsten Interessen bilden. Das heißt einerseits, dass das theoretisch weltumfassende und unbegrenzte Publikum je nach Thema in viele kleine Publika zerfällt. Das heißt andererseits aber auch, dass für unbegrenzt viele Themen „Platz“ ist. Das virtuelle Angebot an Waren, Dienstleistungen, Themen, Gesprächsforen etc. erweist sich im Gegensatz zur Realität außerhalb des In-



ternet als grenzenlos. Damit wiederum ist für Jede und Jeden „etwas dabei“.¹

Die genannten Merkmale sprechen für eine sozialgeschichtlich bedeutsame Medienentwicklung, die sich qualitativ von früheren Entwicklungen unterscheidet und aufgrund ihrer bislang noch nicht abschließend zu beurteilenden Reichweite am ehesten mit der „Gutenberg-Revolution“, also der Verbreitung des Drucks mit beweglichen Lettern Mitte des 15. Jahrhunderts. zu vergleichen ist: Damals wie heute setzt sich nicht nur eine neue Technik sehr schnell durch, sondern durch veränderte Nutzungsmöglichkeiten verändert diese „soziale Software“ die Art und Weise, wie wir miteinander unterschiedlichste Prozesse der Kommunikation in allen Bereichen der Gesellschaft gestalten.

Das erfordert zwangsläufig entsprechende Qualifikationen, um die nöti-

gen Mediengeräte adäquat handhaben zu können. Aber auch die Frage nach Orientierung in zunehmend unübersichtlichen Formaten und Formen von Medien stellt sich nochmals neu. Schließlich geht mit den veränderten Partizipationsmöglichkeiten auch eine neue Verantwortung der Nutzer einher: Sie sind nicht mehr nur für ihre Medienrezeption (auch in der negativen Form der Auswahl, des Verzichts), sondern auch für ihre Mediennutzung als Prosumer verantwortlich. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist Medienkompetenz als Ziel einer „Medienerziehung 2.0“ tatsächlich nochmals neu zu beschreiben. Dies kann hier jedoch nicht umfassend erfolgen; vielmehr soll der Fokus auf eine Grundidee der Debatte um Medienkompetenz gelegt werden: die Idee der Partizipation an der Gestaltung von Gesellschaft durch Kommunikation – auch durch und mit Medien.

mag, der Lesen und Schreiben kann, so ist in einer Mediengesellschaft nur derjenige im Stande, selbstbestimmt und verantwortlich zu handeln, der aus dem Angebot von Medien für die eigenen Bedürfnisse kompetent auswählen, die Strukturen des Mediensystems sowie die Wirkungsmechanismen von Medien erkennen und mediale Inszenierungen durchschauen kann.

Die aktuelle Entwicklung digitaler Medien bis hin zum Web 2.0 bedeutet aber für die Idee der Partizipation durch aktive Medienarbeit in doppelter Hinsicht eine neue Herausforderung: Zum einen wird die individuelle Beteiligung immer stärker subjektiv verkürzt und ist nur noch mittelbar Bestandteil eines gesellschaftskritischen Gestaltungsimpetus. Zum anderen entspringt diese Medienentwicklung wesentlich ökonomischen Überlegungen; Partizipation wird aus Sicht von (Bildungs-)Politikern und Arbeitgebern, aber auch aus Sicht von Internet-Providern und -Dienstleistern zu einem Wirtschaftsfaktor.

Damit wäre nochmals zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen einer wirklichen Partizipation aussehen, die nicht nur dem formalen Anspruch nach existiert.

Herausforderung digitale Spaltung

Ein gleicher bzw. gleichberechtigter Zugang aller Menschen zu allen Medien wäre eine naheliegende Forderung – die Realität sieht aber nachweislich anders aus. Exemplarisch wur-

Partizipation durch aktive Medienarbeit

Eine Leitvorstellung der Medienpädagogik war stets – spätestens nach Überwindung bewahrpädagogischer Vorstellungen – der mündige Bürger, der sich mit aktiver Medienarbeit an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligt. Dieser Gedanke ist nicht erst seit Aufkommen der digitalen Medien aktuell; er geht vielmehr zurück u. a. auf Brechts Radiotheorie und damit in die 1930er Jahre. Und auch die kritisch-emanzipatorische Medienpädagogik wollte in den 60er/70er Jahre des letzten Jahrhunderts die Menschen zur aktiven Medienarbeit als Beitrag zu einer Gegenöffentlichkeit anregen – mit den damals üblichen Medien, dem Tonband und der Super-8-Kamera.

Mit dem oben angesprochenen Paradigmenwechsel zur Handlungsorientierung ist diese Aktivierung der Nutzer jedoch nicht mehr reaktiv, sondern fragt aus der Perspektive der Mediennutzer aktiv, was der individuelle wie kollektive Nutzen des Mediengebrauchs sein kann.

Eine erste Konsequenz für die Medienerziehung wäre es daher, Handlungsräume und -möglichkeiten aufzuzeigen, in denen eine individuelle Aneignung von und Auseinandersetzung mit Medien stattfinden kann. Ziel ist dabei eine möglichst breite Partizipation aller Rezipienten, denn der kompetente Umgang mit Medien stellt in einer Mediengesellschaft eine unverzichtbare vierte Schlüsselkompetenz neben Lesen, Schreiben und Rechnen dar: So wie in einer schriftbasierten Kultur nur derjenige seine Rechte und Pflichten umfassend auszuüben ver-

¹ Zeichnet man diese Beziehung zwischen Angeboten bzw. Themen und deren Nutzern als Kurve auf, so gibt es eine klassische (Verkaufs-)Kurve in Form einer Hyperbel, die nach anfangs steilem Abfall nach rechts lang ausläuft, ohne die x-Achse zu berühren. Im Gegensatz zum realen Leben, in dem Regalflächen im Laden ebenso begrenzt sind wie die Interessen-Stammtische in den Wirtschaften, ist aber das Niveau des Verlaufs höher und der Verlauf länger (long tail) – und die Summe aller Nischenprodukte in den einzelnen Märkten übertrifft die wenigen Bestseller (bzw. wichtigsten Themen) am steilen Beginn der Kurve (Anderson 2007, 62). Im Web 2.0 entspricht diese Kurve der Aufmerksamkeitsverteilung: Einige wenige Angebote erreichen eine sehr hohe Aufmerksamkeit; theoretisch unbegrenzt viele Angebote erzielen nur geringe Aufmerksamkeit (Schmidt 2009, 77).

de dies in den letzten Jahren immer wieder am Thema „Internet-Zugang“ diskutiert: Zwar sind mittlerweile insgesamt knapp 70% aller Deutschen ab 14 Jahren „online“ – aber das bedeutet zwangsläufig auch, dass knapp ein Drittel der Bevölkerung zu den sogenannten „Offlinern“ gehört. Und die Entwicklung der letzten Jahre deutet darauf hin, dass diese Situation sich auf hohem Niveau stabilisiert (vgl. van Eimeren/Frees 2010, 334 ff.).

Dies widerspricht natürlich dem bildungs- wie wirtschaftspolitisch motivierten Ideal einer komplett an die „Datenautobahn“ angeschlossenen Gesellschaft und deutet eher auf eine tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft hin, die entsprechend als digitale Spaltung (digital divide) oder auch „digitaler Graben“ (Initiative D21, 2009) seit Jahren die Debatten beherrscht. Dieser Graben trennt diejenigen, die einen (Breitband-)Internetanschluss haben oder dessen Anschaffung in naher Zukunft planen, von denen, die aus unterschiedlichen Gründen „Offline“ sind und auch nicht vorhaben, dies zu ändern.

Insofern ist eine erste Forderung, die Zugangsbarrieren abzubauen und möglichst allen Menschen Zugang zu neuen und neuesten digitalen Medien und deren Verbreitungsformen zu ermöglichen: „Man muss sich jedoch darum bemühen sicherzustellen, dass die digitale Welt, in der diese Netze eingerichtet werden können, eine wirklich für alle zugängliche Welt ist. Es wäre ein schwerer Schaden für die Zukunft der Menschheit, wenn die neuen Instrumente der Kommunikation, die es möglich machen, Wissen und Informationen schneller und wirksamer zu teilen, nicht für jene zugänglich gemacht würden, die schon ökonomisch und sozial am Rande stehen, oder nur dazu beitragen, die Kluft zu vergrößern, die die Armen von den neuen Netzen trennt, die sich im Dienst der Information und der menschlichen Sozialisierung gerade entwickeln.“ (Benedikt XVI. 2009)

... und soziale Spaltung

Dass es eine „digitale Spaltung“ in den modernen Gesellschaften gibt, wird mittlerweile kaum noch ernsthaft bestritten. Allerdings verstellt die praktische, da empirisch leicht handhabbare, im Übrigen aber schlichte Dichotomie „Onliner/Offliner“ (oder „user/loser“) den Blick auf die Ursachen differenzierter gesellschaftlicher Lagen.

Gehrke (2009, 74–80) weist zu Recht darauf hin, dass in den Debatten um die (Nicht-)Nutzung des Internets drei Paradigmen zu unterscheiden sind, deren Gewichtung erheblichen Einfluss auf die möglichen politischen und sozialstrukturellen Folgerungen hat. Die nahe liegende Forderung des Abbaus von Zugangsbarrieren folgt dem Partizipations-Paradigma: Wenn nur erst alle Zugang zum Internet haben, werden sich soziale Ungleichheiten nivellieren. Daher gibt es (bildungs-)politisch wie ökonomisch ein hohes Interesse daran, allen Bürgern eines Landes Zugang zur und damit Partizipation an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen.

Ganz ähnlich argumentieren Vertreter des Innovationsparadigmas: Der fehlende Zugang vieler Bürger zum Internet behindert Innovationen, wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Konsequenterweise müssen dagegen (national-)staatliche Förderprogramme entwickelt werden, um die Akzeptanz zu erhöhen und wirtschaftlich relevante Kompetenzen der Nutzung zu fördern.

Von diesen beiden unterscheidet sich das Evolutionsparadigma insofern deutlich, als dass daraus keine zwingenden Handlungen gefolgert werden. Im Vertrauen auf den Markt wird viel-

mehr das Bestehen von Unterschieden in der Medien- und Techniknutzung als zwangsläufige und nicht notwendigerweise kritische Tatsache hingenommen. Denn wer keinen Internetzugang hat, braucht offensichtlich auch keinen und kann seine Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse mit klassischen Medien stillen (vgl. Gehrards/Mende 2009, 368 f.).²

Allerdings räumt Gehrke auch ein, dass die Idee einer „vierten Kulturtechnik“ beim Evolutionsparadigma keine Rolle spielt (Gehrke 2009, 80) – womit dieses Paradigma eher neoliberal wirkt und keinesfalls der Aufdeckung und Behebung sozialer Exklusion dient.

Offline – mit (guten) Gründen?

Natürlich kann es nicht darum gehen, „Internetverweigerer auszurotten“ – zumal eine gesunde Medienskepsis angesichts der Informationsüberflutung im ständig zunehmenden und zusammenwachsenden Medienangebot durchaus Teil eines verantworteten und autonomen Umgangs mit Medien sein kann. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gründe für die Nicht-Nutzung digitaler Medien mit sozio-demographischen Faktoren korrelieren, die doch eher das Bild einer strukturellen Ausgrenzung ergeben als das eines heroisch-kritischen Medienverzichts. Dies verdeutlicht ein Blick auf die MedienNutzerTypologie 2.0, in der zwei Gruppen zusammen fast die Hälfte der Offliner stellen (Gerhards/Mende 2009, 367): Die „Zurückgezogenen“ (Merkmale: wenig soziale Kontakte, Aktivitäten vor allem im unmittelbaren Umfeld, hohes

²Der von Gehrke (2009, 78) in diesem Zusammenhang zitierte Vergleich mit dem „Mercedes-Problem“ – ich hätte gerne einen, kann mir aber keinen leisten – ist insofern irreführend, als dass es nicht um ein Luxusproblem, sondern um grundlegende Partizipationsmöglichkeiten geht. Um im Bild zu bleiben: sich keinen Mercedes leisten zu können, ist zweifelsfrei kein Grund für entsprechende Förderprogramme. Sich in einer immer stärker auf individuelle Mobilität ausgerichteten Gesellschaft überhaupt kein Auto leisten zu können, ist allerdings u.U. ein soziales Problem, insofern davon neben Freizeitmöglichkeiten auch Zugänge zum Bildungs- und Arbeitsmarkt abhängen können. Gleiches gilt mittlerweile wohl auch für einen hinreichend leistungsfähigen Internetzugang.

Arts & ethics

Gabi Weiss

„Computer“, 2002

51 x 51 cm

Malerei mit Glasschmelzfarben auf Floatglas

Gabi Weiss

geb. 1960 in Wehingen/Baden-Württemberg

Studium an der Staatl. Akademie der Bild. Künste in Stuttgart

Grafik-Design (Diplom) bei Prof. Chr. Brudi

Malerei und Glasgestaltung bei Prof. L. Schaffrath und Prof. J. Hewel

Ausstellungen im In- und Ausland

lebt und arbeitet in Wehingen

www.gabi-weiss.com

Jede Arbeit und jedes erfolgreiche Tun
bedeutet Konkurrenzkampf zwischen den Menschen.

Koh 4,4



Bedürfnis nach Sicherheit und Harmonie; Durchschnittsalter 69,1 Jahre) belegen mit rund 30% den Spitzenplatz unter den Offlinern, gefolgt von den „Häuslichen“ (17,8%; Merkmale: traditionelle Wertvorstellungen; Aktionsradius auf Haus, Garten und enge Freunde beschränkt; Durchschnittsalter 57,5 Jahre).



Die soziale Spaltung geht der digitalen Spaltung voraus

Wenn es aber vor allem ältere Menschen, Frauen, Nicht-Berufstätige und Menschen mit formal geringeren Bildungsabschlüssen sowie Menschen aus bestimmten Regionen sind, die sich nicht am Internet – und damit erst recht nicht am Web 2.0 – beteiligen (Initiative D21 (2009); vgl. Gerhards/Mende 2009, 366), dann handelt es sich offensichtlich um eine entlang der genannten Merkmale beschreibbare soziale Spaltung, die der digitalen Spaltung voraus liegt und von dieser noch verstärkt wird.

Zwar nimmt der Anteil derer, die überhaupt keine Vorstellung vom Internet und keinerlei Erfahrung damit haben, weiter ab. Aber auch bei denjenigen Offlinern, die bereits Erfahrungen mit dem Internet gemacht haben, haben gut zwei Drittel nicht vor, sich einen eigenen Zugang anzuschaffen (ebd. 371).

Die Gründe dafür haben sich in den letzten Jahren kaum geändert: 93% der Angehörigen dieser Gruppierung reichen die „klassischen“ Medienangebote

von Presse und Rundfunk für Information und Unterhaltung aus, 83% benötigen das Internet weder beruflich noch privat und 79% haben schlicht keine Lust, sich damit zu beschäftigen. Neben der Angst, durch Internetnutzung soziale Kontakte zu vernachlässigen (47%), spielen aber auch die Kosten eine erhebliche Rolle: 77% geben ihr Geld lieber für andere Anschaffungen aus; 39% scheuen die Investitionen in einen PC und 37% sind die laufenden Kosten zu hoch.

Neben diesen finanziellen Argumenten spielt aber auch die Befürchtung mangelnder Nutzungskompetenz eine Rolle: Immerhin 48% haben die Erfahrung, dass Internetnutzung auch frustrierend sein kann, 35% trauen sich die Nutzung einfach nicht zu und 22% vermissen jemanden, der ihnen beim Einstieg hilft (ebd. 372).

Zumindest den letzten Argumenten ist eindeutig mit entsprechenden Bildungsanstrengungen zu begegnen. Dies ist aber wiederum keine triviale Aufgabe, da auch der Zugang zu der für eine kompetente Nutzung der Medien erforderliche Information und Bildung wiederum sozial ungleich verteilt ist. Entsprechend konstatieren zahlreiche Untersuchungen eine Ungleichheit der Bildungsbeteiligung, also der Zugänge zum und (erfolgreichen) Beteiligung am Bildungssystem, das – abhängig u. a. von Berufsstand, Einkommen und Bildungsgrad der Eltern, eigenem Geschlecht sowie Migrationshintergrund – bestehende soziale Ungleichheiten verfestigt oder gar verstärkt (vgl. Schäfer/Lohjewski 2007, 30 ff.).

hungen nochmals virtuell „verdoppelt“ werden (strong ties), trägt dies zur Beziehungsqualität der Beteiligten bei. Und vor allem die Aufrechterhaltung lockerer Bindungen wie zu den Mitschülern von vor 20 Jahren (weak ties) erfordert diesseits des Social Web einen ungleich höheren Aufwand.

Wenn aber das soziale Web Menschen in Beziehung bringt und hält, dann haben diejenigen, die nicht daran beteiligt sind, zumindest einen erheblichen Mehraufwand, wenn sie nicht gar auf Dauer abgekoppelt werden.

2. Da der kompetente Umgang mit digitalen Medien über weite Strecken einer Selbstsozialisation in der Peergroup entspringt, ergibt sich zwangsläufig ein Problem für diejenigen, die nicht in der Familie oder im Freundes- oder Kollegenkreis über kompetente Peers verfügen, die ihnen die jeweils neuen Techniken und Kompetenzen zur Nutzung der digitalen Möglichkeiten nahe bringen.

3. Um die unbestreitbaren Bildungschancen des Web 2.0 zu erschließen, ist eine deutliche Medienkompetenz Voraussetzung. Eine nicht abgeschlossene Liste von entsprechenden Kompetenzen umfasst u. a. Fähigkeiten,

- nicht-lineare Hypertexte bzw. Textfragmente zu erschließen,
- in solchen hypertextuellen Umgebungen zielstrebig zu navigieren,
- dabei seriöse von unseriösen Quellen zu unterscheiden und
- die für eine aktive Beteiligung notwendigen Techniken und Codes bzw. Standards korrekt einzusetzen.

Ohne diese und andere Kompetenzen kann es keine gelingende Beschäftigung mit den Angeboten des sozialen Netzes geben. Dann aber kann es wiederum auch keine Lernerfolge über dieses und aus diesem Medium geben.

Web 2.0 als Verschärfung der Exklusion

Die Frage ist nun, ob und inwiefern Web 2.0 einen Schlüssel zur Behebung von Bildungsungleichheiten liefert oder ob es im Gegenteil im Sinne der Wissenskluft-Hypothese zu ihrer Vertiefung beiträgt. Drei Schlaglichter mögen diese Frage etwas erhellen:

1. Niemand braucht zwingend Web 2.0, um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Aber es erleichtert die Beziehungspflege ungemein, wenn viele Freunde und Kollegen an sozialen Plattformen partizipieren und damit schnell und kostengünstig erreichbar sind. Insofern dabei ganz reale Bezie-



Konsequenz: Medienbildung zur Erlangung von Medienkompetenz

Analog zu den oben im Kontext der Internetanschlüsse diskutierten Paradigmen kann es auf die beschriebene Situation (nur) zwei mögliche Reaktionen geben:

Im Sinne des Evolutionsparadigmas bedarf es keiner weiteren Anstrengungen für Medienerziehung oder Medienkompetenzförderung. Vielmehr bliebe es beim Vertrauen darauf, dass jeder und jede sich schon irgendwann die notwendigen Kenntnisse beschaffen wird, die er oder sie für eine angemessene Beteiligung an Beruf und Freizeit, für Engagement und gesellschaftliche Partizipation benötigt.

Dafür spräche zum einen, dass die Wissenskluft-Hypothese in ihrer trivialen Form längst überholt ist: Worin genau bestehen denn die behaupteten Vorsprünge der „kompetenten“ Nutzer? Trifft nicht eher eine Differenztheorie zu, die zwar Unterschiede in der individuellen Medienaneignung feststellt, die sich aber im jeweiligen beruflichen und sozialen Umfeld der Betroffenen nicht zwingend nachteilig auswirken, sondern vielmehr eine jeweils unterschiedliche, im Übrigen aber hinreichende Anpassung an die im jeweiligen Umfeld geltenden Anforderungen darstellen. Denn „erst wenn die Nutzer der Technologie aus dieser Nutzung auch einen sozial relevanten Vorteil ziehen, kann von einer Benachteiligung der Ausgeschlossenen die Rede sein“ (Marr 2003, zit. n. Gehrke 2009, 69, in: Gapski 2009).

Zum anderen ist angesichts einer zunehmenden Medien- und Informationsüberflutung die Frage, ob nicht eine kluge Reduzierung der Medienutzung bis hin zu einer bewussten „Medienaskese“ die klügere Strategie in der Auseinandersetzung mit digitalen Medien wie dem Social Web ist.

Letzteres Argument impliziert aber eine bewusste Entscheidung des Einzelnen gegen bestehende Kommunikations- und Partizipationsmöglich-

keiten, setzt also eine Kenntnis eben dieser Möglichkeiten voraus. Denn ohne eine zumindest basale Kenntnis der Chancen und Grenzen eines (digitalen) Mediums kann ich ja gar nicht abschätzen, welchen Nutzen mir dies für meine Arbeit, meine Sozialkontakte, für Information oder Unterhaltung bringen kann.

Damit ist dann aber doch eine hinreichende Medienkompetenz Voraussetzung für eine adäquate Medienbeurteilung, sodass die zweite Reaktion – im Sinne des Partizipationsparadigmas – eine möglichst breite Förderung von Medienkompetenz sein muss, denn „man sieht nur, was man weiß“ (Goethe, Schriften zur Kunst).

In einem Doppelschritt müssen daher die Voraussetzungen für eine Inklusion möglichst vieler Menschen durch eine umfassende Zugangsgerechtigkeit geschaffen werden: Zunächst ist zu schauen, wie neben kostenpflichtigen Angeboten auch kostenfreie Möglichkeiten des Internetzugangs im Kontext anderer medienzentrierter Räume wie Museen oder öffentlicher Büchereien geschaffen werden können, um auch denjenigen einen Zugang zu ermöglichen, die sich Anschluss und Endgeräte schlicht nicht leisten können.



Medienerziehung und Medienbildung müssen milieu- und altersspezifisch ansetzen

In einem zweiten Schritt müssen die bisherigen Konzepte der Medienerziehung überprüft und erweitert werden mit dem Ziel einer zielgruppengerechten Medienbildung, die milieu- und altersspezifische Medienpraktiken aufgreift. Der Begriff der Me-

dienerziehung legt dabei im Unterschied zur Medienerziehung einen deutlichen Fokus auf die selbstsozialisatorischen und selbstregulativen Prozesse, die in der Auseinandersetzung mit digitalen Medien eine wesentliche Rolle spielen³: Eben weil unter den Bedingungen digitaler Medien die individuelle Aneignung im Vordergrund steht, macht es keinen Sinn mehr, eine Medienerziehung als Umsetzung vorgegebener Lehr-Curricula zu konzipieren. Vielmehr steht der Mensch in seinem Selbst- und Weltverhältnis im Mittelpunkt offener Bildungsprozesse, die ihre Medialität selbst zum Gegenstand haben. Medienbildung ist dann „der Prozess und das Ergebnis der Reflexion der Medialität aller Bildungsinhalte und Bildungsprozesse“ (Spanhel 2010, 40).

Aus mehreren Gründen spielt dabei das Konzept der Medienkompetenz nach wie vor eine große Rolle:

- Dieser Begriff ist über die Binnendebatten der (Medien-)Pädagogik hinaus anschlussfähig für verschiedene Diskurse.
- Es gibt bisher keine begriffliche Alternative zu den damit beschriebenen Inhalten. Dies gilt unabhängig davon, dass verschiedene Autoren die Teilbereiche oder Dimensionen von Medienkompetenz z. T. unterschiedlich und nicht widerspruchsfrei beschreiben.
- Die oben angesprochenen Bildungsdebatten, die sich aktuell mit dem Kompetenzbegriff beschäftigen, lassen das Konzept der Medienkompetenz nochmals in besonderer Weise als anschlussfähig erscheinen.
- Schließlich impliziert der Begriff der Medienkompetenz immer auch eine soziale und politische Perspektive: Seit seiner Grundlegung durch Baacke im Anschluss an Habermas ist Medienkompetenz eine Teilmenge

³Vgl. Spanhel 2010, 40. – Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass die Verhältnisbestimmung von Medienerziehung, Medienbildung und Medienkompetenz von verschiedenen Autoren höchst uneinheitlich und zum Teil widersprüchlich vorgenommen wird; vgl. Tulodziecki 2010, 48 f.



LITERATUR

- Benedikt XVI. (2009): Neue Technologien – neue Verbindungen. Für eine Kultur des Respekts, des Dialogs, der Freundschaft. Botschaft zum 43. Welttag der Sozialen Kommunikationsmittel. URL: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/messages/communications/documents/hf_ben-xvi_mes_20090124_43rd-world-communications-day_ge.html
- Bergold, Ralph (2010): Medientutor/Medientutorin – ein medien- und kommunikationspädagogischer Zertifikatskurs. URL: http://tagen.erzbistum-koeln.de/ksi/programm/products/medientutor_2010?sc.uri=/ksi/programm/index.html&action=overview&page=1&item=0&category=shop/MedienKompetenzZentrum/Ausbildung_zum_Medientutorin/
- Büsch, Andreas (2006): Erwachsenenbildung und neue Medien. Megatrends medialer Wissensvermittlung, in: Heribert Fronhofen/Susanne Schewior-Popp (Hg.): Bildung, St. Ottilien, 111–151.
- Gapski, Harald (Hg.) (2009): Jenseits der digitalen Spaltung. Gründe und Motive zur Nichtnutzung von Computer und Internet, München.
- Gerhards, Maria/Mende, Annette (2009): Offliner: Ab 60-jährige Frauen bilden die Kerngruppe, in: MediaPerspektiven 7/2009, 365–376.
- Gehrke, Gernot (2009): Digitale Teilung – Paradigmen und Herausforderungen, in: Gapski, 67–90.
- Herzig, Bardo u. a. (Hg.) (2010): Medienkompetenz und Web 2.0. Jahrbuch Medienpädagogik 8, Wiesbaden.
- Initiative D21 (2009): (N)Onliner Atlas 2009. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. URL: <http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2009/06/NONLINER2009.pdf>
- Kompetenzentrum Informelle Bildung (Hg.) (2007): Grenzenlose Cyberwelt? Zum Verhältnis von digitaler Ungleichheit und neuen Bildungszugängen für Jugendliche, Wiesbaden.
- Müller-Guggemos, Stefan (2009): Fachstelle Medien – Medienreferenten. URL: <http://www.drs.de/index.php?id=1725>
- Paus-Hasebrink, Ingrid/Schmidt, Jan-Hinrik/Hasebrink, Uwe (2009): Zur Erforschung der Rolle des Social Web im Alltag von Heranwachsenden, in: Schmidt u. a. (Hg.), 13–40.
- Röll, Franz-Josef (2010): Web 2.0 als pädagogische Herausforderung, in: Herzig u. a. (Hg.), 201–220.
- Schäfer, Miriam/Lojewski, Johanna (2007): Internet und Bildungschancen. Die soziale Realität des virtuellen Raumes, München.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2009): Das Social Web als Ensemble von Kommunikationsdiensten, in: Schmidt u. a. (Hg.), 57–82.
- Schmidt, Jan H./Hasebrink, Uwe/Paus-Hasebrink, Ingrid (Hg.) (2009): Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Berlin.
- Spanhel, Dieter (2010): Mediale Bildungsräume. Ihre Erschließung und Gestaltung als Handlungsfeld der Medienpädagogik, in: Bauer u. a. (Hg.): Fokus Medienpädagogik. Aktuelle Forschungs- und Handlungsfelder, München, 29–44.
- Tulodziecki, Gerhard (2010): Medienkompetenz und/oder Medienbildung? Ein Diskussionsbeitrag, in: merz 54 (2010) H. 3, 48–53.
- Van Eimeren, Birgit/Frees, Beate (2010): Fast 50 Millionen Deutsche online – Multimedia für alle? in: MediaPerspektiven 7–8/2010, 334–349.

der kommunikativen Kompetenz, die ihrerseits als Befähigung zur Mitgestaltung von Gesellschaft verstanden wird.

- Nicht zuletzt enthält „der Kompetenz-Begriff unvermeidbar und unverzichtbar normative Bedeutungsteilmengen“ (Groeben 2002, 185), womit die wertbezogene Bestimmung von Partizipationsmöglichkeiten erst in geeigneter Weise erfasst werden kann.

Zur Erlangung dieser Medienkompetenz bedarf es umfassender Anstrengungen aller Bildungsträger und Sozialisationsinstanzen, auch wenn dies angesichts immer komplexerer Anforderungen an die einzelnen Instanzen

auf praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung stößt. Auch kirchliche Bildungseinrichtungen sollten sich stärker als bisher um die Ausbildung vor allem von Multiplikatoren bemühen. Gelingende Beispiele dafür sind u. a. die folgenden Angebote für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen:

- Medientutor/Medientutorin. Ein medien- und kommunikationspädagogischer Zertifikatskurs in Trägerschaft des Katholischen Sozialen Instituts (KSI) in Kooperation mit mehreren Trägern, der sich an alle an der Auseinandersetzung mit Medien Interessierten richtet und auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes ein umfassendes Verständnis von Medien

und Kommunikation erarbeiten will (vgl. Bergold 2010).

- Navigieren in Medienwelten: Unter diesem Titel bietet die Fachstelle Medien der Diözese Rottenburg/Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Medienladen Stuttgart die Vermittlung von Medienreferentinnen und -referenten für Elternabende, Fortbildungen usw. an. Diese Medienreferenten werden in einem modularen Ausbildungsprogramm der Fachstelle Medien und des Evangelischen Medienhauses Stuttgart über knapp zwei Jahre für ihre Tätigkeit qualifiziert (vgl. Müller-Guggemos 2009).

Was zu tun bleibt

Gegen eine naive neo-liberale Denkweise, derzufolge der Einzelne schon irgendwie kompetent genug sein oder werden wird, mit allen Herausforderungen und medialen „Kommunikationszumutungen“ (Moser) umzugehen, kann der Stellenwert von Medienerziehung zur Erlangung von Medienkompetenz nicht hoch genug veranschlagt werden. Gerade unter den Herausforderungen der digitalen Medien und insbesondere des sozialen Netzes braucht es darüber hinaus eine umfassende Medienbildung, denn Fragen wie das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, von Daten- und Verbraucherschutz usw., die mit der Nutzung sozialer Netzwerke zwangsläufig verknüpft sind, weisen weit über den Bin-

nenbereich der Medienerziehung hinaus auf das Selbstverständnis sowie das Welt- und Menschenbild derer, die diese Medien nutzen.

Dazu bedarf es sicherlich einer weiteren Operationalisierung der Schlüsselkompetenzen, die im Begriff Medienkompetenz gebündelt sind, gerade über den bisherigen starken Fokus auf Kinder und Jugendliche hinaus. Und es bedarf einer stärkeren Vernetzung von Trägern und Einrichtungen, quer durch alle Altersstufen und Lebenswelten, insofern alle Menschen von diesen zentralen, gesellschaftlich relevanten Veränderungen betroffen sind.

Ob dies dann als Medienerziehung „2.0“ oder gar „3.0“ firmieren soll ist eher eine Frage des Marketings als der Inhalte. Denn das Neue ist letztlich das Alte, weil die Herausforderung die glei-

KURZBIOGRAPHIE

Andreas Büsch (*1963), Dipl. Theol., Dipl. Päd., seit 2000 Professor für Medienpädagogik und Kommunikationswissenschaft an der Katholischen Fachhochschule Mainz; seit 2006 Berater der Publizistischen Kommission der DBK; aktuelle Veröffentlichungen u. a.: Pfarrbriefe als zentrales Medium kirchlicher Basiskommunikation, in: *Communicatio Socialis* 41 (2008), H. 4; *Web 2.0 – eine jugendpastorale und religionspädagogische Herausforderung*, in: *KatBl* 4/2010.

che ist: Menschen dabei zu helfen, ihr Leben als verantwortlich handelnde, mündige Subjekte in den für sie relevanten sozialen Bezügen zu gestalten.

60 Jahre Sozialinstitut Kommende Dortmund

Ob globale Wirtschaftskrise, drohende Klimakatastrophe, sich verschärfende Entwicklungsproblematik ... – die Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Zugleich wird der Ruf nach einer regulativen Idee immer lauter, nach einer moralischen Autorität, die der Menschheit überzeugende Perspektiven für das Überleben aufzeigt und zu entschiedenem Eintreten für Gerechtigkeit und Frieden herausfordert.

In der Krise muss sich zeigen, was trägt und was die Welt zusammenhält. Mit seiner Sozialenzyklika *Caritas in veritate* hat Papst Benedikt XVI. eindringlich die unbedingte Parteinahme für den Menschen angemahnt und zu einer Kultur der Verantwortung aufgerufen, damit unsere Erde menschlich bleibt.

Aus Anlass seines 60-jährigen Bestehens hat das Sozialinstitut Kommende Dortmund Wissenschaftler und Verantwortungsträger in Kirche, Politik und Gesellschaft dazu eingeladen, nach der Weltverantwortung der Christen zu fragen und unsere Antworten im Horizont der Globalisierung zu formulieren. Daraus ist ein höchst spannendes und inspirierendes Buch entstanden, das nicht für alle Probleme eine Lösung hat, aber die richtigen Fragen stellt und zum engagierten Handeln herausfordert.

Peter Klasvagt/Andreas Fisch (Hg.): Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät. Christliche Weltverantwortung im Horizont der Globalisierung, Paderborn: Bonifatius 2010, ca. 200 Seiten, gebunden, ca. € 36,90 (D) / € 38,00 (A) / CHF 59,90, ISBN 978-3-89710-466-2





„Autoritären Systemen die Maske herunterziehen“

Gespräch mit Christoph Schuck
über Nutzen und Missbrauch des Web 2.0

Was hat es auf sich mit dem „digitalen Graben“ zwischen junger und älterer Generation? Macht das Web 2.0 das Internet endgültig zu einem „demokratischen Medium“, das die Partizipation aller am politischen Meinungsbildungsprozess begünstigt? Oder wachsen vor allem die Gefahren des Missbrauchs, durch den internationalen Terrorismus, durch zweifelhafte kommerzielle Interessen oder durch Pädophilenzirkel? Was macht einerseits die Freiheit des Netzzugangs so wertvoll, vor allem in internationaler Perspektive? Wie viel Regulierung ist andererseits notwendig? Christoph Schuck, Politikwissenschaftler der jungen Generation, reflektiert anhand dieser und weiterer Fragen beide Seiten, die Chancen und Gefahren dieses relativ jungen global verfügbaren Mediums.

Amosinternational Herr Professor Schuck, worin liegt aus Ihrer Sicht der Qualitätssprung des Web 2.0 gegenüber den früheren Möglichkeiten des Internets, der es rechtfertigt, von einer neuen Ebene bzw. der zweiten Version des World Wide Web zu sprechen?

Christoph Schuck: Es ist nicht ganz unproblematisch, neue Entwicklungen so pointiert zu benennen, vor allem dann, wenn man den Zeitpunkt der Erneuerung nicht genau festlegen kann. Die Bezeichnung 2.0 legt eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Web-Versionen nahe, die es in dieser Klarheit nicht gibt. Andererseits ist der Hinweis auf Neuerung insofern gerechtfertigt, als neue Formen der Internetnutzung darauf ausgelegt sind, viel stärker den individuell-partizipativen Gedanken in den Mittelpunkt zu rücken. Die sozialen Kommunikations-

plattformen wie Facebook, die Blogs, die Wikis bieten jedem Individuum mit freiem Internetzugang aus den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und den unterschiedlichsten Weltregionen die Möglichkeit, sich selbst in die im Netz kommunizierten Informations- und Interaktionsprozesse einzubringen. Das ist der zentrale Unterschied zu den Anfängen des Internets.

Amosinternational Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit. Wie nutzen Sie persönlich denn das neue Internet?

Schuck: Primär nutze ich es eher im klassischen Sinn zur Emailkorrespondenz und als eine allgemeine Informationsquelle – etwa in Form des Lesens von Onlineausgaben internationaler Tageszeitungen. Dabei ist jedoch, wie bei der Informationsgewinnung generell, eine gewisse Vorsicht geboten,

denn das Internet bietet keine Gewähr für Qualität – vieles ist zumindest wissenschaftlich nicht verwertbar. An sozialen Plattformen wie Facebook oder StudiVZ beteilige ich mich nicht, lasse mich aber von meinen Mitarbeitenden, die diese intensiv nutzen, gerne einmal über die Möglichkeiten informieren. Ich selbst unterhalte eine eigene Homepage, die vor allem für meine Studierenden sowie für Kolleginnen und Kollegen gedacht ist; sie bietet Informationen und verschiedene Möglichkeiten, meine Lehrveranstaltungen interaktiv zu verwalten. Meine Forschungsgruppe EA-IRU unterhält ebenfalls eine eigene Website.

Amosinternational Wie beurteilen Sie denn die gerade von jungen Menschen, sicher auch von Ihren Studierenden, so stark genutzten Kommunikationsplattformen wie Facebook? Kritiker merken ja



gelegentlich an, da ginge es vor allem um Klatsch und Tratsch. Befürworter sprechen dagegen von neuen Möglichkeiten der Selbstfindung und Beziehungspflege für junge Menschen. Wäre für all diese Zwecke nicht doch die direkte Kommunikation vorzuziehen?

Schuck: Das mag schon sein. Andererseits ist zu bedenken, dass es für manche Menschen, die miteinander kommunizieren möchten oder müssen, die aber zum Beispiel aus verschiedenen Teilen der Welt kommen, oft schwierig oder logistisch unmöglich ist, das direkte Gespräch miteinander zu führen. Ich sehe das bei meinen Mitarbeitenden und zum Teil auch bei den internationalen Gastwissenschaftlern an meinem Institut. Auch wenn ich mich selbst nicht beteilige, erkenne ich doch, welche Vorteile sich hier durch die Nutzung von Plattformen wie etwa Facebook ergeben: Das fängt bei den kurzfristigen Terminabsprachen innerhalb einer Gruppe an und setzt sich über das Konservieren von ansonsten eher flüchtigen Kontakten durch kurze Nachrichten und Tätigkeitsberichte fort. Dazu kommt der internationale Kontext, der keine zusätzliche Hürde mehr bedeutet. Ländergrenzen kennt diese Form der Kommunikation nicht, kulturelle Grenzen werden zwar nicht aufgehoben, aber doch minimiert. Das führt Menschen zusammen, das erleichtert den intellektuellen und auch den sozialen Austausch.

Amosinternational Das ist die eine Seite. Eine andere ist die begrenzte Zeit. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie viel Zeit Ihre Studierenden im Web verbringen und welcher Anteil davon einer im weitesten Verständnis sinnvollen Kommunikation oder Informationsbeschaffung dient?

Schuck: Da habe ich keinen detaillierten Einblick, es kann aber davon ausgegangen werden, dass zahlreiche Studierende das Internet auch zeitlich intensiv nutzen. Die Sinnhaftigkeit einer ausgedehnten Internetnutzung zu

bewerten, ist generell schwierig und sollte nicht verallgemeinert werden. Zentrales Kriterium scheint mir zu sein, ob neben der Internetnutzung noch ein „reales“ Leben stattfindet oder ob das Internet als eine abgekoppelte Plattform im Sinne des Aufbaus einer alternativen Individualidentität fungiert. Davon abgesehen, erkenne ich den positiven Nutzen des Internets durchaus: Wir haben an der Universität flächendeckend Zugriff auf das sogenannte W-Lan. Dadurch kann man z.B. bei einer Besprechung in jedem beliebigen Seminarraum schnell auf das Internet zugreifen. Andererseits beschäftigen sich manche Studenten, die mit ihrem Laptop in einer Veranstaltung sitzen, mit Dingen jenseits des Seminarthemas. Ob jemand mitprotokolliert oder sich etwa über Facebook mit anderen austauscht, ist für den jeweiligen Dozenten oft nicht einsehbar. Ich bewerte aber vor allem noch einen anderen Aspekt kritisch: die Verführung zu einer permanenten Erreichbarkeit. Bei einigen Mitmenschen sieht man, dass sie mit ihrem Blackberry selbst beim Mittagessen oder bei wichtigen Sitzungen auf eingehende Nachrichten reagieren und diese beantworten, zum Teil verstohlen unter dem Tisch agieren, während sie nur mit halber Aufmerksamkeit dem Gespräch folgen. Nach meiner Einschätzung dient es dagegen durchaus dem inneren Seelenfrieden, für kurze Zeit auch einmal nicht erreichbar zu sein. Denn hinzu kommt, dass durch die einfache Nutzbarkeit der Technik auch die Hemmschwelle für alle möglichen Anfragen sehr stark herabgesetzt ist. Das reicht in meinem Fall von offensichtlich wenig durchdachten Promotionsanfragen von mir unbekanntem Graduierten aus allen möglichen Ländern der Welt bis zu Emails von Studierenden, die dadurch das persönliche Gespräch in der Sprechstunde zu umgehen versuchen. Absprachen zu einer Hausarbeit oder einer Prüfung sind per Email generell nicht sinnvoll – dafür soll-

te stattdessen das direkte Gespräch innerhalb der Sprechstunde genutzt werden.

Amosinternational Ein Problem scheint mir doch die zunehmende Menge an elektronisch vermittelten „Kontakten“ zu sein. Muss da nicht unweigerlich die Qualität der direkten Nahbeziehungen leiden?

Schuck: Diese Gefahr ist gegeben, doch das eine kann und sollte das andere nicht ersetzen, beides muss sich ergänzen. Ich möchte das an Beispielen festmachen: Wir hatten vor einiger Zeit an meinem Institut Gastwissenschaftler aus Indonesien, die zwischenzeitlich in ihr Land zurückgekehrt sind. Aufgrund der erheblichen räumlichen Distanz lassen sich keine regelmäßigen Treffen mehr initiieren, allenfalls ein-

 Direkte Kommunikation und Netz-Kontakte können sich ergänzen, nicht gegenseitig ersetzen

mal im Jahr im Rahmen eines Projektes. In der Zwischenzeit aber wird von meinen Mitarbeitenden und den Gastwissenschaftlern gleichwohl ein reger Austausch aufrecht erhalten. Man stellt Bilder ins Netz und berichtet von den entsprechenden Erlebnissen, man erzählt sich gegenseitig von dieser und jener Konferenz, man tauscht sich über Wissenschaftliches und auch über persönliche Dinge aus. Dadurch schläft der Kontakt nicht so schnell ein, wie das sonst häufig der Fall sein würde. Das ersetzt nicht die direkte Kommunikation, fungiert aber als eine sinnvolle Ergänzung.

Amosinternational Spielt das Web 2.0 über den wissenschaftlichen und den persönlichen Austausch hinaus auch eine Rolle für die politische Bewusstseins- und Meinungsbildung? Welche Bedeutung haben überhaupt politische Inhalte in der Netz-Kommunikation?



Schuck: Das ist sehr unterschiedlich, so dass sich kaum allgemein gültige Aussagen veranschlagen lassen. Wer das Netz ausschließlich für interaktive Computerspiele nutzt, wird in der Regel nur einen geringen oder überhaupt keinen politikorientierten Informationsgewinn haben. Auch bei den Nutzern sozialer Plattformen scheint Politik im engeren Sinn nur eine eher geringe Rolle zu spielen. Im weiteren Sinn werden allerdings durchaus auch politikrelevante Dinge thematisiert: Kritik und Befürwortung politischer Entscheidungen, Solidarisierung, Umweltaspekte, Gerechtigkeitsfragen – um nur einige Aspekte zu nennen. Es gibt aber auch eine wachsende Zahl von Menschen, die sich via Internet zu Fragen der Tagespolitik informieren, u. a. über die Homepages der Tageszeitungen und Wochenmagazine, die fast alle eine Internetpräsenz unterhalten. Man muss Ihre Frage daher für jede Benutzergruppe gesondert beantworten.

Amosinternational Wie sieht das aus einer parteipolitischen Perspektive aus? Ist das Internet bereits das entscheidende Medium für die Parteien? Oder bleibt das Web weiterhin die Domäne der freien Initiativen und Bewegungen?

Schuck: Da muss man zwischen verschiedenen Ländern und Kulturen unterscheiden. Wir haben bei den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA zum Beispiel erlebt, welche große Rolle die Internetwahlkampfkampagne des späteren Siegers gespielt hat. Das ist in Europa und gerade in Deutschland noch nicht in dieser Form ausgeprägt. Trotzdem lässt sich auch bei uns eine Entwicklung in die gleiche Richtung beobachten. Ich erinnere zum Beispiel an den letzten Wahlkampf in Hessen. Der Spitzenkandidat der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, hat seine Strategie, ganz in Anlehnung an Barak Obama, sehr stark mit den Möglichkeiten des Internet verknüpft. Er äußerte sich in dazu eingerichteten Blogs zum tagespolitischen Geschehen. Bei den



Einen besonders hohen Wert hat das Web 2.0 für die Nicht-Regierungs-Organisationen

Parteien gibt es insgesamt eine Tendenz, das Internet stärker zu nutzen; den Informations- und Gestaltungsprozess dominiert es zumindest zurzeit jedoch noch nicht.

Eine weit größere Bedeutung hat das Internet gegenwärtig für NGOs, die Nicht-Regierungs-Organisationen. Sie sind jenseits der parteipolitischen Bindung meist explizit politisch, und sie gewinnen vielfach ihre Stärke gerade aus der Vernetzung. Da bietet das Web 2.0 wichtige neue Möglichkeiten der Kommunikation und Artikulation von Interessen. Ob es um kommunalpolitische Themen wie den Erhalt eines Schwimmbads oder um umweltpolitische Themen mit überregionaler Bedeutung geht, z. B. um die Zukunft der Kernkraftwerke – eine vernetzte Kommunikation einer Interessensartikulation kann entsprechend eingesetzt werden und wird es auch in vielen Fällen. Der Zugang zu den Blogs und Plattformen ist dabei keineswegs auf die Sphäre des so genannten Westens begrenzt. Menschen mit freiem Internetzugang aus allen Teilen der Welt können sich einbringen, mitmachen, kommentieren usw. Die dezentrale Steuerung von Aktionen und Kampagnen kann sehr schnell auf veränderte Bedingungen oder neue Entwicklungen reagieren. In diesem Bereich politischer Aktivitäten jenseits der Parteipolitik, da spielt das Internet eine sehr große Rolle.

Amosinternational Schaut man sich politische Kampagnen und Abstimmungen im Internet an, hat man häufig den Eindruck einer unangemessenen Simplifizierung politischer Meinungsbildung. Oder täuscht dieser Eindruck?

Schuck: Ich würde das nicht so pauschal sagen. Das Phänomen bedenklicher Simplifizierung ist längst auch mit Blick auf die traditionellen Medien bekannt. Das scheint mir kein spezifisches Problem des Internets zu sein. Gravierender ist die mangelnde Transparenz all dessen, was unter der Ausnutzung der vergleichsweise hohen Anonymität des Internets ins Netz gestellt werden kann. Vielfach ist nicht nachzuvollziehen, wer dahinter steckt und wie belastbar die Informationen sind. Das haben wir zwar auch zu einem gewissen Grad in den traditionellen Medien, wohl aber in einem schwächeren Maß. Der Urheber einer Meldung ist gerade bei periodisch publizierten Printmedien meist einfacher zu benennen. Die Identifikation eines anonymen Internetautors über die IP-Adresse ist dagegen eine langwierige Angelegenheit und oft nur mit erheblichem juristischen Aufwand möglich. Auch das Wikipedia-Konzept, bei dem jeder Konsumierende gleichzeitig Verfasser sein kann, ist nicht unproblematisch, denn es bietet viele Möglichkeiten der Manipulation: Biographien werden geschönt, Artikel in schnellen Abfolgen immer wieder geändert und an eigenen Interessen ausgerichtet – da gibt es dann manchmal einen regelrechten Wettbewerb um die Meinungshoheit mit der Folge, dass das, was man gestern gelesen hat, an der selben Stelle heute anders dargestellt ist.

Amosinternational Bei Lehrenden, so scheint es, ist Wikipedia nicht sonderlich beliebt, bei Schülern und Studierenden aber sehr wohl.

Schuck: Meine Studierenden erinnere ich regelmäßig daran, dass Wikipedia als wissenschaftliche Quelle nicht verwendbar ist. Die Unzuordbarkeit der Autorenschaften der Wikipedia-Beiträge ist dabei ebenso problematisch wie die Unmöglichkeit des klaren Zitierens. Was der Studierende aus Wikipedia verwertet, kann sich kurze Zeit später unter dem selben Quellenverweis

schon völlig anders darstellen. Die Korrektheit des Zitates ist dann nicht mehr belegbar. Ich bestreite dabei nicht, dass Wikipedia hervorragend als eine erste allgemeine Informationsquelle dienen kann – als ein zitierfähiges Medium für die wissenschaftliche Arbeit eignet es sich dagegen nicht.

Amosinternational Das ist eine Regel für eine relativ kleine gesellschaftliche Gruppe. Bei anderen, etwa der älteren Generation, stellt sich die Frage, ob sie überhaupt noch einen Zugang zum Web 2.0 finden. Zeichnet sich da womöglich ein „digitaler Graben“ innerhalb der Gesellschaft ab zwischen alter und junger Generation, auch zwischen verschiedenen Bildungsschichten?

Schuck: Die Fähigkeit zum Umgang mit dem Internet, mit der Computertechnologie insgesamt, wird bekanntermaßen nicht mit der Muttermilch aufgesogen, sie muss vielmehr erlernt werden. Vielleicht fällt das den Menschen mit zunehmendem Alter schwerer, als denjenigen, die damit aufgewachsen sind. Die generationsspezifische unterschiedliche Nutzung ist meines Erachtens unproblematisch, wenn das Internet als ein Ergänzungsmedium zur Informationsgewinnung oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen fungiert. Zu einer Aufspaltung und damit zu bedenklichen Exklusionsphänomenen kommt es erst dann, wenn diese Elemente *ausschließlich* über das Web zugänglich sind. Folgerichtig stießen z. B. Überlegungen der Deutschen Bahn, einige Dienstleistungen in Zukunft nur noch über das Internet anzubieten, auf verständlichen Widerstand. Es kann nicht sein, dass Menschen, die mit dem Internet nicht umgehen können oder die sich, aus welchen Gründen auch immer, bewusst gegen die Nutzung entscheiden, gravierende Nachteile hinnehmen müssen oder von Informationen und Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sein sollten, ausgeschlossen werden.

Amosinternational Da liegt vermutlich auch eine Grenze für Überlegungen, Abstimmungen und Wahlen zukünftig via Internet durchzuführen?

Schuck: Genau. Die Hoffnung, mittels Internetabstimmungen zu mehr direkter Demokratie zu kommen, teile ich nicht. Schon die technische Durchführbarkeit ist bis heute höchst problematisch. Alle demokratischen Grundsätze müssten zudem auch bei einer Internetwahl gelten: Es müsste der Zugang zum Internet für jeden Wahlberechtigten gewährleistet sein, die Frage der sicheren Personenidentifikation und der Vermeidung mehrfacher Stimmabgaben müsste geklärt sein. Schaut man dabei noch auf Länder, die technisch weniger entwickelt und weithin nicht mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet sind, ist das noch weniger praktikabel. Ich würde davon abraten, in diese Richtung irgendwelche Erwartungen zu schüren.

Amosinternational Eines ihrer Forschungsgebiete ist die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Bringt das moderne Internet tatsächlich mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Gerechtigkeit in die Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit?



Der ungehinderte Zugang zu Informationen aus dem Web ist heute elementar für Entwicklung

Schuck: Entwicklungszusammenarbeit ist ein kompliziertes Feld. Es ist bis heute nicht gelungen, das Problem der Armut zu beseitigen, nicht einmal ansatzweise. Auch das groß angelegte Ziel des UN-Millennium-Gipfels aus dem Jahr 2000, die Armut bis 2015 zu halbieren, hat bei weitem nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es gibt kein Patentrezept, die weltweite Armut und Ungleichheit zu beseitigen. Auch das Internet verschafft uns nicht dieses Patentrezept bei Anstrengungen gegen Armut oder

ungleiche Chancen. Gleichwohl kann das Internet aber einen Beitrag leisten, dass sich Menschen informieren und ggf. auch besser artikulieren können. Beides halte ich für eine Grundvoraussetzung für Entwicklung und sollte trotz der genannten Qualitätsvorbehalte gegenüber Informationen aus dem Web gefördert werden.

Amosinternational Müssen denn nicht viele „Informationen“, die im globalen Netz kursieren, von Menschen, die mit Wasserknappheit und Stromausfällen, mit Analphabetismus und Naturkatastrophen zu kämpfen haben, als völlig irrelevant oder gar als zynisch erlebt werden? Vielleicht sollte man eher über Schutzräume vor einer entsprechenden Überflutung nachdenken?

Schuck: Ich fände es eher zynisch zu sagen, wir klammern bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder gar sämtliche Entwicklungsländer von den Möglichkeiten des Internetzugangs aus, um sie vor vermeintlich überflüssigen Informationen zu schützen. Die Industriestaaten sollten es sich nicht anmaßen, darüber entscheiden zu können, welche Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für diese oder jene Gruppe, für dieses oder jenes Land hilfreich und sinnvoll sind. Grundsätzlich sollte gelten: Insbesondere bei akuten Katastrophen sind Sofortmaßnahmen zur physischen Überlebungsicherung der Menschen notwendig – dazu gehört der Internetzugang sicher nicht. Besteht das Ziel darüber hinaus jedoch darin, Menschen zu helfen, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, hat es sich auch in der Vergangenheit nicht als zielführend erwiesen, über einen längeren Zeitraum Produkte zur Grundbedürfnisbefriedigung in die Länder zu exportieren, wurden doch damit – neben anderen negativen Aspekten – lokale Marktstrukturen eliminiert. Stattdessen muss es darum gehen, einen Beitrag zu leisten, dass sich eine Infrastruktur zum Aufbau von Wissen und Bildung, Grundelemente einer nachhaltigen Interessensartikula-

tion, etablieren kann – hier vermögen Internetzugänge gemeinsam mit anderen Komponenten einen Beitrag zu leisten. Es ist in diesem Kontext wichtig, noch auf einen weiteren positiven Aspekt des Internets zu verweisen: Ein Internetzugang reduziert die Kontrollmöglichkeiten autokratischer Systeme, durch die zahlreiche Entwicklungsländer ja gekennzeichnet sind. Wenn in Anlehnung an die Good-Governance-Debatten davon ausgegangen werden kann, dass systematische Menschenrechtsverletzungen, staatliche Willkür, Korruption und Intransparenz in der Regierungsführung nachhaltige Entwicklungsprozesse behindern, so kann ein Internetzugang den Menschen zumindest helfen, zu den Staatsmedien alternative Informationsquellen zu erschließen und auch Interessenplattformen zu nutzen, die staatliches Handeln hinterfragen. Sollten diese dann vom autokratischen System unterdrückt werden, erhöhen sich zumindest die Repressionskosten des Regimes, was sich vielfach für die langfristige Aufrechterhaltung autokratischer Strukturen als problematisch erweist.

Amosinternational Ist es da nicht doch wichtiger, die politischen Institutionen zu stärken? Steht die freie, aber unverbindliche Web-Kommunikation nicht geradezu in Konkurrenz zu den Mühen, verlässliche demokratische Strukturen zu entwickeln und zu praktizieren?

Schuck: Ich sehe da keine Konkurrenz. Wenn wir über politische Transformationsprozesse sprechen, also den Wandel von einem autoritären zu einem konsolidierten demokratischen System, so ist mir kein Fall bekannt, der monokausal erklärbar wäre. Wir haben in der Transformationsforschung nachweisen können, dass z.B. transnational vernetzte Interessensgruppen nicht zuletzt über das Internet starken Druck auf autoritäre Regime ausgeübt haben. Gruppen wie Amnesty International oder auch länderübergreifende Gewerkschaften tragen auch

auf transnationaler Ebene zu einer Bewusstseinsbildung bei. Neben direkten Veränderungen auf der institutionellen Ebene des autokratischen Regimes, die natürlich eine Voraussetzung für einen Systemwandel sind und keinesfalls ausschließlich über das Internet herbeigeführt werden, kann Letzteres jedoch zu einer funktionellen pro-demokratischen Dynamik innerhalb einer Gesellschaft beitragen, die dann wiederum auf Institutionen einwirkt. So kann sich der demokratische Gedanke wie in einem Schneeballsystem immer stärker innerhalb einer Gesellschaft ausbreiten. Gleiches gilt übrigens auch jenseits der innenpolitischen Sphäre: Diktaturen, die von demokratischen Gesellschaftssystemen umgeben sind, haben größere Schwierigkeiten, ihr Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten als solche, die von Autokratien umgeben sind – es gibt also tatsächlich so etwas wie eine „demokratische Ansteckung“. Die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten der Jahre 1989/90 ist dafür ein schönes Beispiel – auch wenn in diesem Fall das Internet freilich noch keine Rolle gespielt hat.

Amosinternational Wie weit ist denn in Entwicklungsländern, etwa in Indonesien, wo Sie ja beruflich häufig tätig sind, überhaupt ein Internetzugang gegeben? Gehört die Entwicklung und Verbreitung einer möglichst engmaschigen Netzverfügbarkeit, entsprechend der beschriebenen Bedeutung für die Demokratisierungsprozesse, zu den geförderten Entwicklungsprojekten? Oder überlässt man diesen Sektor ganz internationalen Telekommunikationskonzernen?

Schuck: Mittlerweile ist der Internetzugang in Indonesien, wie in sehr vielen anderen Teilen Südasiens, zumindest in den größeren Städten unproblematisch. Vor zehn Jahren war das noch ganz anders und in den ländlichen Regionen tendiert die Netzverfügbarkeit oft auch heute noch gegen Null. Der weitere Auf- und Ausbau dieser Infrastruktur wird vor allen Dingen

von den lokalen und zum Teil auch von internationalen Telekommunikationsunternehmen übernommen. Das halte ich aber nicht grundsätzlich für problematisch. Das Gewinninteresse der Unternehmen kann in diesem Beispiel durchaus mit positiven gesellschaftlichen Entwicklungen einher gehen. Zumindest mit Blick auf den Aufbau von Netzinfrastrukturen gehe ich von der Möglichkeit von Win-Win-Situationen aus, etwa im Sinne des bekannten Diktums von Adam Smith, dass der Bäcker das Brot nicht aufgrund seiner Menschenfreundlichkeit backt, sondern, um seinen eigenen Lebensunterhalt zu sichern – aber den Menschen damit eben dann doch gleichzeitig etwas Gutes tut.

Amosinternational Mit den hier anklingenden Stichworten Privatunternehmen und Marktwirtschaft ist auch das strittige Thema Netzneutralität angesprochen. Was halten Sie angesichts der schnell wachsenden Datenvolumina von Überlegungen der Netzbetreibergesellschaften, zukünftig mit zwei Geschwindigkeiten zu arbeiten und die extra eingerichteten Expresslinien an entsprechend zahlungskräftige Nachfrager, Konzerne etwa, zu vermieten? Besteht Netzneutralität im gleichermaßen freien und kostenneutralen Zugang für alle oder doch eher auch in der marktkonformen Freiheit für Geschäftsmodelle, die die unterschiedliche Kaufkraft der Nachfrager nutzen und entsprechend unterschiedliche Geschwindigkeiten verkaufen?

Schuck: In diesem Punkt plädiere ich für eine staatliche oder nach Möglichkeit überstaatliche Regulation mit dem Ziel, die Netzneutralität auch zukünftig zu sichern. Problematisch ist allerdings die Frage, wie sich das in der Praxis umsetzen lässt. Nationalstaatliche Alleingänge sind auf Dauer in diesen Bereichen wenig tragfähig – das müsste dann schon auf einer internationalen Ebene verankert werden. Die dabei zu erwartenden Schwierigkeiten kennen wir von anderen Themengebieten, etwa der Klimadebatte, bei denen unterschiedliche nationale Interessen



und ein mächtiger Lobbyismus internationaler Konzerne beobachtet werden kann. Grundsätzlich halte ich es aber für ein hohes Gut, das Prinzip der Netzneutralität zu verteidigen.

Amosinternational Auf Ihrer Forschungsagenda stehen auch der transnationale Terrorismus und die Internetkommunikation terroristischer Organisationen. Was hat sich da während der vergangenen zehn Jahre, in denen sich die Möglichkeiten des Web 2.0 entwickelt haben, verändert?

Schuck: In diesem Bereich hat sich sehr viel verändert – und zwar sowohl in der Planung terroristischer Aktivitäten als auch in deren medialer Darstellung. Auch wenn Terrorismus kein Phänomen des Internetzeitalters ist, sind die Möglichkeiten von Terroristen durch das Internet deutlich gestiegen. Dies beginnt damit, dass in speziellen Online-Diskussionsforen Anschlagspläne länderübergreifend besprochen und koordiniert werden können oder dass detaillierte Anleitungen für den Bau von Sprengsätzen wesentlich einfacher verfügbar geworden sind. Darüber hinaus stellt das Internet in vielen Fällen die zentrale Plattform für die mediale Darstellung von durchgeführten Anschlägen. Osama Bin-Laden und Ayman Al-Zawahiri etwa, zwei zurzeit sehr prominente Akteure des islamistischen Terrorismus, melden sich regelmäßig in Botschaften zu Wort, die besonders auch von Internetnutzenden wahrgenommen werden. Dabei geht es darum, Kontakt zu einer unterstützenden oder zumindest sympathisierenden Klientel aufrecht zu erhalten, denen die Anschlaggründe zu erläutern und die Handlung zu rechtfertigen. Gleichzeitig richten sich diese Nachrichten aber auch an die Gegner, denen in Form von Bildern – etwa der zusammenbrechenden Türmen im Kontext der Anschläge des 9/11 – in Verbindung mit Drohungen usw. vermittelt werden soll, dass sie zu keinem Zeitpunkt und an keinem Ort der Welt mehr in Sicherheit leben können.

Amosinternational Was ist dabei anders als bei jeder traditionellen politischen oder kriegsbezogenen Propaganda?

Schuck: In der Tat konnte bereits im Krimkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts der systematische Einsatz von Propaganda beobachtet werden. Neu ist vor allem der Verbreitungsgrad und das Verbreitungstempo. Über das Internet sind all diese Bilder und Worte unmittelbar weltweit zugänglich, und sie können nicht nur konsumiert, sondern auf jede erdenkliche Weise ergänzt, diskutiert und kommuniziert werden. Erst durch die Bilder in Internet und Fernsehen konnte zum Beispiel Al-Qaida mit den Anschlägen des 9/11 die Wirkung erzielen, die bis heute beobachtet werden kann. Die Bilder und die damit verbundene Kommunikation symbolisieren die Botschaft der Terroristen an die Welt: Schaut her, trotz unserer technologischen Unterlegenheit ist es uns gelungen, die einzige verbliebene Supermacht auf ihrem eigenen Territorium anzugreifen! Das hat Unsicherheit und Panik, aber in einigen Teilen auch Euphorie ausgelöst. Beides ist für Terroristen von elementarer Bedeutung.

Amosinternational Gibt es neben diesen beiden Punkten noch weitere Aspekte, wie zum Beispiel Al-Qaida das Internet für Propagandazwecke nutzt?

Schuck: Ja. Es kann beobachtet werden, dass insbesondere Bin-Laden in seinen Botschaften versucht hat, horizontale und vertikale Spaltungen westlicher Gesellschaften zu erzeugen. Einerseits geht es darum, einen Keil zwischen die USA und Europa zu treiben. Er hat sich in Botschaften, die über das Internet stark verbreitet wurden, an die Menschen in Europa gewendet und ihnen Frieden und Sicherheit in Aussicht gestellt, wenn diese sich von den USA abwendeten. Parallel hat er versucht, der amerikanischen Bevölkerung vor Augen zu führen, dass ihre eigene Regierung undemokratisch sei, da sie Meinungsumfragen ignoriere, nach

denen die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung gegen den Irak- und Afghanistaneseinsatz seien. Von der Absurdität einmal abgesehen, dass ein Einzelner sich anmaßt, Staaten Friedensangebote zu unterbreiten, erweisen sich beide Argumente Bin-Ladens freilich auch inhaltlich als wenig substantiell: Islamistische Terroristen verurteilen grundsätzlich alle sog. Ungläubigen. Auch bewerten sie sämtliche demokratischen Mechanismen, das hat Bin-Laden in anderen Ausarbeitungen selbst ausführlich dargelegt, aufgrund ihres so genannten gottlosen Charakters als prinzipiell nicht aussagekräftig und damit nicht verbindlich. Aber diese Widersprüche spielen in der Propaganda keine Rolle: Tatsächlich zu beobachtende Sachverhalte wie z. B. die zunehmende Entfremdung von Teilen Europas mit den USA aufgrund des Irakkrieges von 2003 werden von den Propagandisten gezielt aufgegriffen und nicht zuletzt über das Internet sehr geschickt kommuniziert.

Amosinternational Diese Analyse ist insofern brisant, als Sie tatsächlich vorhandene und im demokratischen Diskurs der westlichen Gesellschaften ausführlich begründete Absetzbewegungen Europas von den USA, der Wähler von ihren Regierungen als eine genaue Parallele dessen darstellen, worum es auch der Propaganda Al-Qaidas geht. Sie wollen doch sicher nicht darauf hinaus, dass die Amerika-Skeptiker und die Regierungsverächter dem Terrorismus in die Hände arbeiten?

Schuck: Zumindest nicht mit diesem Ziel. Aber um die Erzeugung genau dieses Dilemmas geht es den Propagandastrategen Al-Qaidas. Stimmungslagen in den westlichen Gesellschaften werden sehr genau verfolgt und für eigene Ziele instrumentalisiert. Daraus ergeben sich skurrile Szenarien: Wie sollen sich die amerikakritischen Teile der italienischen Bevölkerung verhalten, wenn ihnen, wie im Kontext des Irakkrieges zu beobachten, von Seiten des islamistischen Terrorismus Sicher-



Über ihre Web-Kommunikation versuchen Terroristen, die Ziele basisdemokratischer Bewegungen für eigene Pläne zu missbrauchen

heit zugesagt wird, wenn sie auch in Zukunft öffentlich gegen die USA demonstrierten? Wie soll sich die deutsche Bevölkerung verhalten, wenn ihr, wie vor den letzten Bundestagswahlen, per Video- und Internetbotschaft nahe gelegt wird, keine Partei zu wählen, die das deutsche Engagement in Afghanistan unterstütze, da sie ansonsten mit Anschlägen auch in Deutschland zu rechnen habe? Hieße das, dass die trotzdem weiter gegen die amerikanische Außenpolitik demonstrierenden Italiener oder die Deutschen, die eine Partei wählen, die den deutschen Afghanistaneseinsatz beenden möchte, zum Komplizen Al-Qaidas werden? Wohl kaum. Wichtig ist, dass sich ein gesellschaftliches Bewusstsein entwickelt, wie und aus welchem Grund Kommunikation von Terroristen eingesetzt wird – und auch, wie damit umzugehen ist. Ich halte die Schlussfolgerung für eindeutig: Selbst wenn eigene Überzeugungen von Terrororganisationen wie oben beschrieben instrumentalisiert werden, verliert dadurch das demokratische Grundrecht auf freie Meinungsbildung und -äußerung nicht an Legitimität.

Amosinternational Wenn die netzbasierten Kommunikations- und Manipulationsmöglichkeiten dem internationalen Terrorismus ein Maß an Aufmerksamkeit und Macht verleihen, die er ohne das moderne Internet bei weitem nicht erreichen könnte, stellt sich doch die Frage, wie dem Einhalt zu gebieten ist. Gibt es tatsächlich nur die Möglichkeit, sich mit Hilfe des gleichen Mediums in einen permanenten Kommunikationswettbewerb zu begeben?

Schuck: Selbst das erweist sich als schwierig. Dramatische, spektakuläre

und provokante Informationen und Bilder, etwa die mediale Darstellung eines vernichtenden Terroranschlages, weckt gemeinhin mehr Aufmerksamkeit und eine größere geographische Verbreitung als eine sachlich und inhaltlich reflektierte Aufklärungssendung. Dazu kommt die Macht der Bilder, die weder Fremdsprachenkenntnisse noch die Alphabetisierung der Konsumierenden zur Voraussetzung haben. Dieses Missverhältnis kann man mit Sorge sehen – auch, weil es keine naheliegende Möglichkeit gibt, es zu korrigieren. Radikalforderungen nach konsequenter Einstellung der medialen Berichterstattung über Terroranschläge oder gar eine systematische Zensur von Informationen lehne ich als überzeugter Demokrat entschieden ab. Man kann gegen den Terrorismus nicht nachhaltig erfolgreich sein, indem man eigene gesellschaftliche Grundprinzipien aufgibt und denen der Terrorgruppen angleicht. Die Pressefreiheit und die mediale Vielfalt gehören essentiell zur Demokratie.

Amosinternational Die staatlichen Regulierungsbemühungen des Internets, von der Zugangerschwerung bis zum Blockieren bestimmter Seiten, halten Sie demnach grundsätzlich für aussichtslos oder für eine bedenkliche Freiheitseinschränkung?

Schuck: Richtig. Es ist unbestritten, dass das Missbrauchspotenzial auch beim Internet gegeben ist, man denke nur an die organisierte Kriminalität oder an Pädophilennetzwerke, die das Internet für ihre Zwecke nutzen. Die Frage, wie wir damit umgehen, muss aber aus einer demokratischen, freiheitlichen Perspektive beantwortet werden. Kriminelle Machenschaften im Internet müssen demnach selbstverständlich unmittelbar und mit allem Nachdruck strafrechtlich verfolgt werden. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Entsprechende Internetseiten müssen gelöscht, ihre Betreiber zur Rechenschaft gezogen werden – auch wenn sich das mitunter als

KURZBIOGRAPHIE

Prof. Dr. Christoph Schuck (*1976) lehrt Politikwissenschaft am Institut für Philosophie und Politikwissenschaft der Universität Dortmund. Zurzeit ist er stellvertretender Institutsdirektor und IT-Beauftragter seiner Fakultät. Seine Forschungsinteressen bewegen sich an der Schnittstelle von Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen/Außenpolitik und umfassen Themengebiete wie internationale Sicherheitspolitik, transnationaler Terrorismus, Theorien des Islamismus sowie theoretische Aspekte politischer Herrschaft. In mehreren von ihm geleiteten Drittmittelprojekten wurden in den letzten Jahren der Transformationsprozess in Indonesien sowie regionale Kooperationsstrukturen in Zentralasien erforscht. Jüngere Veröffentlichungen umfassen zum Beispiel das Buch „Die Entgrenzung des Islamismus. Indonesische Erfahrungen im globalen Kontext“ (Nomos-Verlag, 2008), eine Studie unter dem Titel „Die Feder mit dem Degen tauschen – oder umgekehrt? Zur Dialektik der neueren transnationalen Kommunikation al-Qaidas“ (Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 4 (2009) 455–474) sowie das in Kürze erscheinende Buch „Security in a Changing Global Environment: Challenging the Human Security Approach“ (Nomos-Verlag, 2011). Für weitere Informationen siehe: <http://www.christophschuck.de> und <http://www.ea-iru.org>.

kompliziertes Unterfangen erweist, etwa, wenn der diese Seiten betreibende Server in wenig kooperationsbereiten Staaten angesiedelt ist. Eine nach meiner Einschätzung wenig wünschenswerte Alternative bestünde darin, dass staatliche Institutionen den Internetnutzenden den Zugang zu Seiten, die – aus welchen Gründen auch immer – als problematisch eingestuft werden, gewissermaßen präventiv blockieren. Es sollte in einem freiheitlichen System dem Staat nicht zugestanden werden,

zu entscheiden, was der Allgemeinheit an inhaltlicher Freiheit im Internet zugestanden oder auch zugemutet werden darf.

Amosinternational Im Zweifel also unbedingt für die Freiheit und gegen ethisch oder pädagogisch begründete Einschränkungen?

Schuck: Unbedingt – allerdings, wie gesagt, stets unter der Prämisse, dass sich die Aktivität im Rahmen gelten der Gesetze bewegt. Dazu kommt, dass die Bewertung, welche Form der Internetauftritt pädagogisch sinnvoll ist, schwer pauschal festzulegen ist. Staatliche Vorgaben in diese Richtung halte ich für problematisch. Ein Beispiel: Ist ein pointierter Internetauftritt des Satiremagazins Titanic pädagogisch sinnvoll? Wo liegen die Grenzen zwischen notwendiger – auch überspitzt dargestellter – Opposition und der Verletzung von Persönlichkeitsrechten? Würde hier eine vorschnelle staatliche Regulierung einsetzen, entsteht das Problem der Grenzfestlegung. Auch wenn die Problematik in Deutschland sicher nicht akut ist, können wir bei vergleichenden Studien

feststellen, dass solche Formen der zunächst noch relativ begrenzten Regulierung schnell ein Ausmaß annehmen können, in dem allgemeine Oppositionskritik von den jeweils Herrschenden als diffamierend bezeichnet und politische Gegner mundtot gemacht werden. Dann geht es de facto nicht mehr um den Schutz von Persönlichkeitsrechten, sondern um eine autoritäre Herrschaftssicherung.

Amosinternational Das Web 2.0 also als Garant für mehr Freiheit der politischen Kommunikation?

Schuck: Wie bereits beim Thema Terrorismus angesprochen, gibt es auch hier die oft bemühten zwei Seiten der Medaille. Dazu noch ein aktuelles Beispiel: Vor kurzem ging ein Bild durch die Medien, auf dem der ägyptische Präsident Mubarak, gemeinhin nicht gerade als der größte Demokrat bekannt, bei seinem Besuch in den USA mit Präsident Obama und weiteren Staatschefs zu sehen war. Auf dem Originalbild geht Mubarak hinter den übrigen Staatsmännern. Kurze Zeit später ist das gleiche Bild so manipuliert worden, dass Mubarak vorneweg geht, noch vor Ob-

ama. Seine PR-Leute hatten offenbar sehr schnell reagiert und das Bild ihren Vorstellungen angepasst, handwerklich übrigens perfekt. Im Internet war Mubarak damit weltweit an dem Platz zu sehen, den seine Gefolgsleute für den einzig angemessenen hielten. Hätte nicht ein Blogger das Originalbild ausfindig gemacht, wäre die Art der Manipulation wohl sehr erfolgreich gewesen. Mit dem Internet – und insbesondere mit den Neuerungen des Web 2.0 – kann also eine große Bandbreite von Möglichkeiten in Verbindung gebracht werden: Es hat die Kommunikation zwischen Menschen erleichtert, kann dazu beitragen, Menschen zur politischen Mitarbeit zu animieren und sogar autoritären Systemen die Maske herunter ziehen. Es kann aber auch als ein Schlüsselmedium des transnational operierenden Terrorismus klassifiziert werden oder als eine Plattform, die die organisierte Kriminalität begünstigt. Und schließlich kann es dazu dienen, Menschen aufzuklären und ihren Wissensdurst zu stillen, aber eben auch diese – wie das Mubarak-Beispiel veranschaulicht – auf eine relativ einfache Art und Weise zu manipulieren.





Markt, Mensch und Freiheit

Markus Breuer/Philippe Mastronardi/Bernhard Waxenberger (Hrsg.), *Markt, Mensch und Freiheit. Wirtschaftsethik in der Auseinandersetzung. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, Bern – Stuttgart – Wien: Haupt Verlag 2009, ISBN 978-3-258-07509-9*

Mitte der 1980er Jahre ist das wissenschaftliche Interesse an der Wirtschaftsethik – für viele deutlich wahrnehmbar – (wieder)erwacht. Ein klares Zeichen war die Errichtung des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen im Herbst 1987, zumal dieser der erste an einer deutschsprachigen Wirtschaftsfakultät war. Bereits im Jahr 1989 wurde dort das Institut für Wirtschaftsethik gegründet. Es feierte damit 2009 sein 20jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurde die vorliegende Publikation präsentiert.

Das Institut für Wirtschaftsethik ist engstens mit dem Namen Prof. Dr. Peter Ulrich verbunden, der sowohl den Lehrstuhl für Wirtschaftsethik als auch die Institutsleitung seit der Gründung innehatte und mit Ende Juli 2009 emeritiert wurde. Sein Ansatz der „Integrativen Wirtschaftsethik“ ist einer der bedeutendsten in der wirtschaftsethischen Debatte. Hier werden drei Orte der Moral unterschieden: die politische Ordnung der Marktwirtschaft, die Unternehmen und die WirtschaftsbürgerInnen. Der Sammelband ist nach diesen Orten strukturiert und handelt an diesen die theoretisch zentrale wie aktuelle Frage nach der legitimen und verantworteten Freiheit im Hinblick auf die Marktordnung, die Unternehmen und die BürgerInnen-gesellschaft ab.



Der erste Teil „Freiheit im Markt“ versammelt Beiträge zum sogenannten freien Markt und zur zunächst nicht nahe liegenden Implikation, den Freiheitsbegriff einem System (nämlich dem Markt) zuzuschreiben. Der Begriff des freien Marktes unterstellt im Grunde, dass die Freiheit des Marktes der Freiheit des Menschen (im Markt) dienlich ist. Die Frage ist aber, inwieweit „der ‚freie Markt‘ tatsächlich ein hinreichendes Koordinationsprinzip einer freiheitlichen Bürgergesellschaft ist.“ (10) Der Rahmenordnung kommt nicht zuletzt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil das Gemeinwohl gegenüber mächtigen Partikularinteressen und deren argumentativen Verpackung in Sachzwangargumenten zu schützen ist. Eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftsethik ist daher die Klärung des Verhältnisses von Marktfreiheit (im Sinne der Systemrationalität der Wirtschaft) und der Freiheit der BürgerInnen (im Sinne der lebenspraktischen Vernunft).

Die Leipziger Wirtschaftsethiker *Andreas Suchanek* und *Nick Lin-Hi* verfolgen in ihrem Beitrag das Anliegen, „einen Beitrag für die Bewahrung des gesellschaftlichen Vermögenswerts Marktwirtschaft zu leisten.“ (23) Sie betrachten die Marktwirtschaft als das beste System, um in der modernen Gesellschaft individuelle Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu realisieren. In der „Ermöglichung von individueller und gesellschaftlicher Freiheit“ (31) liege die moralische Qualität der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs überhaupt. Das Marktprinzip erscheint damit als das ethische Prinzip schlechthin.

Der emeritierte Münchner Wirtschaftsethiker *Karl Homann* stellt die Frage nach der Alternative „Moral oder ökonomisches Gesetz?“ Er greift auf Überlegungen des Ökonomen Eugen von Böhm-Bawerk in dessen ähnlich betitelten Aufsatz aus dem Jahr 1914 „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ zurück. Homann bringt in seinem Beitrag seinen bekannten Ansatz zum Ausdruck. Er kritisiert den Dualismus von Ethik und Ökonomie und betont, dass Moral in und durch ökonomische Gesetze (und nicht gegen sie) wirksam werden müsse.

Der Wirtschaftsethiker *Olaf J. Schumann* und der Wirtschaftswissenschaftler *Hans G. Nutzinger* beschäftigen sich unter dem Titel „Ordoliberalismus und Gerechtigkeit“ mit den Bezügen von Walter Eucken, einem bedeutenden Ökonomen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zu Immanuel Kant. Dem Ordoliberalismus Euckens gehe es „um die Freiheit des einzelnen Menschen, und zwar nicht nur um die Handlungsfreiheit, sondern auch um die moralische Freiheit“ (76). Eucken stelle fest, dass viele ArbeiterInnen nur formell frei, aufgrund der sozio-



ökonomischen Situation und deren wirtschaftlichen Machtverhältnissen faktisch aber unfrei seien. Für die Verwirklichung der realen Freiheit komme der Wettbewerbsordnung eine besondere Bedeutung zu.

Der zweite Teil „Verantwortungsvolle Unternehmensfreiheit“ nimmt die Unternehmen als entscheidende Orte von Freiheit und Verantwortung in den Blick. Eine Unternehmensethik kann sich nicht nur einer Ethik der Führung widmen; sie hat auch eine Institutionenethik von wirtschaftlichen Organisationen zu leisten.

Guido Palazzo, Unternehmensethiker in Lausanne, und *Andreas G. Scherer*, Betriebswirtschaftsprofessor in Zürich, diskutieren die „Konsequenzen einer global entfesselten ökonomischen Vernunft für die soziale Verantwortung der Unternehmen“. Die beiden Autoren stellen eine Entfesselung der Wirtschaft von den Bindungen nationalstaatlicher Regulierung und eine Entgrenzung der Unternehmen mit der damit einhergehenden Erweiterung der Verantwortung fest. Es sei dringlich geboten, dass die Unternehmensethik das Unternehmen als einen politischen Akteur analysiert, um „die Reichweite und die Grenzen der sozialen Verantwortung der Unternehmung weiter zu erforschen.“ (92)

Der Soziologe und Ökonom *Klaus M. Leisinger* beschreibt die Bedingungen und Möglichkeiten des unternehmensethischen Stakeholderdialogs. Der Beitrag ist entlang von Konklusionssätzen, die der Autor aus seiner praktischen Erfahrung gewinnt, strukturiert. Leisinger veranschaulicht seine positive Einschätzung der Stakeholdergespräche als unverzichtbares Instrument sowie seinen kritischen Blick auf die Diskrepanz von theoretischem Anspruch und faktischer Realität dieser Dialoge.

Florian Wettstein und *Kenneth E. Goodpaster*, zwei US-amerikanische Unternehmensethiker, hinterfragen in ihrem Beitrag „Freedom and Autonomy in the 21st Century: What role for Corporations?“ die häufig angenommene Dichotomie „Freiheit vs. Verantwortung“

und plädieren für die Neuinterpretation dieser Begriffe in der Ökonomie: „Free enterprise in the 21st century must be systematically interpreted as *responsible enterprise*.“ (131) Freiheit sei als Verantwortung zu verstehen – im Hinblick sowohl auf Individuen als auch auf Unternehmen.

Der dritte Teil „Reale Bürgerfreiheit“ fokussiert das individuelle Handeln der Menschen. Grundlegend dafür ist die Positionierung der Integrativen Wirtschaftsethik, die die Relevanz der politischen Ethik für die Wirtschaftsethik erkennt.

Der Philosoph *Otfried Höffe* leistet in seinem Beitrag zur „Bürgerverantwortung in Zeiten der Globalisierung“ eine Begriffsklärung. Die Menschen haben heute drei Rollen inne: die des Bourgeois (des Wirtschaftsbürgers), die des Citoyen (des Staatsbürgers) und die des Cosmopolite (des Weltbürgers). (138) Der Autor unterstreicht das Humanitätspotenzial der Arbeit im Bereich des Bourgeois. Die Dimension der WirtschaftsbürgerInnen werde durch jene der StaatsbürgerInnen ergänzt, wobei die bürgerlichen Tugenden der Rechtstreue, des Gerechtigkeitssinns und des Gemeinsinns betont werden. Hinzu komme in unserer Welt die Rolle als WeltbürgerInnen; der Cosmopolite setze sich aufgrund seines Weltbürgersinns für globale Gerechtigkeit ein.

Der Soziologe *Sascha Liebermann* stellt „Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Staats- und Wirtschaftsbürger“ an. Er legt dar, dass „Staats- und Wirtschaftsbürgerposition in Konflikt geraten und nicht ohne Weiteres integrierbar sind, wenn wie seit Jahren die ökonomischen Möglichkeiten zur Stärkung des Bürgerstatus bestehen (Automatisierung, Wertschöpfungserfolge, Wohlstandssteigerung, Rückgewinnung von Lebenszeit), sie aber wegen ihrer Nichtübereinstimmung mit dem politischen Konsens (Erwerbsethik, Vollbeschäftigungspostulat) als Gefährdung gedeutet werden.“ (152) Wirtschaftliche Gemeinschaft setze politische Vergemeinschaftung voraus. In der Vergemeinschaftung der BürgerInnen liege eine Bindungskraft für den de-

mokratischen Staat. Liebermann schließt aus seinen Ausführungen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern sei und begründet werden könne.

Auch der Wirtschafts- und Sozialethiker *Philippe Van Parijs* gelangt in seinem Beitrag zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Der Autor unterzieht unter dem Titel „Egalitarian Justice, Left Libertarianism And The Market“ drei Strategien der Rechtfertigung des Marktprinzips in den Gerechtigkeitskonzepten von John Rawls, Ronald Dworkin und Hillel Steiner. Der Autor versteht sich selbst als liberalen Vertreter, er modifiziert seine Position aber gegenüber den anderen Ansätzen: Auch in einem perfekten Markt hängen unser Erfolg und unser Misserfolg maßgeblich von äußeren Umständen ab. Ungleiche Chancen gehören zur Realität. Seine Gerechtigkeitsüberlegungen kommen zu dem Schluss, dass es ein Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen geben müsste.

Auch die beiden Mitarbeiter am Interfakultativen Institut für Entrepreneurship in Karlsruhe *Götz W. Werner* und *André Presse* widmen sich diesem Thema. Sie plädieren für das allgemeine bedingungslose Grundeinkommen als WirtschaftsbürgerInnen-Recht, gehen aber auch auf verschiedene Einwände gegen dessen Einführung ein – freilich um nachzuweisen, dass die Gegenargumente nicht haltbar sind.

Der vierte Teil „Integration“ verleiht dem Buch eine besondere Qualität. Dieser Abschnitt besteht aus einem einzigen Artikel, der von *Peter Ulrich* verfasst wurde. Ulrich nimmt auf die Beiträge des Sammelbandes Bezug und analysiert sie in der Perspektive der Integrativen Wirtschaftsethik. Er arbeitet Gemeinsamkeiten mit seinem Ansatz heraus, verdeutlicht aber auch im Bemühen um einen kritischen Diskurs Spannungen und Unterschiede. Dieser Beitrag bildet eine überaus gelungene Zusammenschau und Fokussierung, die den interessierten LeserInnen grundlegende Angelpunkte der wirtschaftsethischen Debatte verdeutlichen und durch den perspektivischen Vergleich



mit der Homann-Schule zur eigenen Auseinandersetzung einladen.

Herausgegeben wurde das Buch von zwei früheren wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaftsethik in St. Gallen (Markus Breuer und Bernhard Waxenberger) und einem Mitglied des Geschäftsleitenden Ausschusses des Instituts (Philippe Mastronardi). Als Autoren treten Wirtschafts- und Unternehmensethiker, Philosophen, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler auf. Allerdings fällt ins Auge und gibt Anlass zur Verwunderung, dass der Sammelband, zumindest was die Autorenschaft anbelangt, ein männliches Projekt ist.

Eine Stärke des Buches ist es jedenfalls, dass etwa mit Homann und Suchanek Autoren gewonnen wurden, die sich von der Integrativen Wirtschaftsethik mit eigenen Ansätzen bzw. Modellen abheben. Dadurch zeigt sich die Dialogfähigkeit der unterschiedlichen Positionen und Vertreter, welche ansatzweise auch demonstriert wird. Das inhaltlich anregende Buch kann WirtschaftsethikerInnen sowie sozioethisch interessierten LeserInnen uneingeschränkt empfohlen werden.

Edeltraud Koller, Linz/Österreich

Pointiert informativ und gut aus der interdisziplinär weit verzweigten Literatur herausgearbeitet ist die sich anschließende Verlaufsskizze der politischen Debatte um die EU als „Wertegemeinschaft“ vom EU-Verfassungskonvent bis zum Vertrag von Lissabon (Teil 3). Hier sortiert und – wenn möglich – integriert Mandry europapolitische Fakten und Interpretationen vorsichtig, selten grob zu Argumenten für das Ernstnehmen der systematisch-ethischen Herausforderung, die Eignung des Konzepts „Europäische Wertegemeinschaft“ als Antwort auf die politisch-ethische Identitätsfrage der EU überzeugend zu testen und – günstigenfalls – zu erhärten.

Systematisch noch ergiebiger, zugleich origineller ist der folgende Abschnitt (Teil 3), der einen nüchternen Blick auf die Spannung zwischen kultureller und politischer Identität wirft. Interdisziplinär kundig und mit vorbildlich scharfer Arbeit an den Begriffen rekonstruiert der Autor, wie in multikulturellen postnationalen Konstellationen wie der des EU-Mehrebenensystems „gemeinsame“ politische Identität zum Problem, zur Aufgabe und zur asymptotisch erreichbaren Größe werden kann. Einerseits wird erläutert, wie faktisch gemeinsame Wertüberzeugungen und ein entsprechend interkulturell tragfähiges Zusammengehörigkeitsbewusstsein ein supranationales europäisches „Kollektiv“ fundieren können. Andererseits wird gezeigt, wie unter Beachtung dieser gemeinsamen Wertüberzeugungen die politisch-ethische Qualität der politischen Organisation, also der Institutionen und Einstellungen der Europäischen Union, steigerbar ist. Dabei nimmt Mandry ernst, dass die Verständigung über heterodoxe Ursprünge und den dazu passenden Kanon „europäischer Werte“ keineswegs abgeschlossen ist, sondern nach wie vor im Gang. Mandry gibt eine „entwicklungsoffene“ Analyse des Zusammenhangs zwischen kultureller und politischer Identität in Europa.

Eine Zwischenreflexion (Teil 5) vergewissert sich des genauen systematischen Ortes des Wert- und Wertgemeinschafts-

Europa als Wertegemeinschaft

Christoph Mandry, Europa als Wertegemeinschaft. Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union (Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur; 9), Nomos-Verlag Baden-Baden 2009, 269 S., ISBN 978-3-8329-4615-9

Geteilte Werte verbinden – oder erleichtern doch die Kooperation. Auch bei Staaten und Völkern! Indes, inwiefern? Das fragt sich pointiert im Blick auf die EU, seit der (gescheiterte) EU-Verfassungsvertrag und der (ratifizierte) Vertrag von Lissabon bei der Definition und Zielbestimmung der EU die „Werte der Union“ betonen.

Mandrys Erfurter Habilitationsschrift fragt nach systematischen Auslegungs- und praktischen Umsetzungsbedingungen einer EU als „Wertegemeinschaft“. Sie rekonstruiert wertethoretische Grundlinien, die den präzisen Sinn einer Rede von „Europa als Wertegemeinschaft“ einkreisbar machen. Der Blickwinkel ist dabei der einer interdisziplinär problembewussten Theologischen Ethik, appliziert auf Europapolitik. So konturiert der Autor sein Sujet einleitend als dreistufiges Projekt: „Europäische Wertegemeinschaft“ soll erörtert werden (a) als Problem, (b) als Mit-



telpunkt eines Selbstverständigungsprozesses und (c) als Gegenstand ethischer Analyse und Bewertung (Teil 1).

Klug und redlich zugleich ist der Einstieg in die Sachanalyse mit einem Überblick über Schwächen und Stärken sowohl der christlich-sozioethischen als auch der profan-philosophischen Theorettraditionen (Gerechtigkeits-, Güter- und Gemeinwohlethik) im Blick auf die systematische Erschließung wertethischer Fragestellungen und The- sen (Teil 2).

begriffs im Spannungsfeld von europäischer Rechtstheorie und Theorie kollektiver Identität. Sind Werte Konkurrenten bzw. Alternativen zu sozial orientierenden Rechtsprinzipien? Der Autor unterscheidet klar zwischen europäischer Rechtsgemeinschaft und europäischer Wertegemeinschaft, und zwar so, dass plausibel wird, wie solche Wertegemeinschaft als konsequente Ergänzung und Konkretisierungsebene einer europäischen Rechtsgemeinschaft verstehbar wird.

Die sich anschließende, systematisch scharf und glänzend gelungene sozialphilosophische „Kritik der Werte“ (Teil 7) leitet über zu einem ambitionierten eigenständigen Aufriss einer „Ethik der Wertegemeinschaft“ (Teil 8). Mandry leistet eine dichte, doch unverkürz-

te Synthese der Kernaktoren einer vom demokratisch offenen Diskurs getragenen, religiöse Sinnressourcen durchaus einschließende europäischen Wertegemeinschaft als supranationaler politischer Lebensform. Eine Schlussreflexion auf die erweisbare Erschließungskraft Theologischer Ethik im Blick auf die Auslegung und Entfaltung der EU als Wertegemeinschaft bildet den pointierten Abschluss einer imposanten eigenständigen Denkarbeit.

Mandry hat eine eindrücklich gelungene kompakte Enzyklopädie ethisch-politischen Wert- und Prinzipien Denkens in die Reihe der Referenzwerke deutschsprachiger „European Studies“ eingestellt.

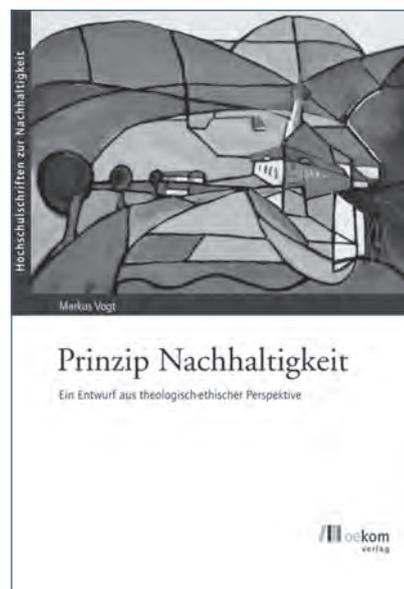
Wolfgang M. Schröder, Tübingen

Prinzip Nachhaltigkeit

Markus Vogt: *Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive*, München: oekom verlag 2010 (2. Auflage), 555 S., ISBN 9783865810915

Markus Vogt widmet sich in seiner umfassenden Schrift der Nachhaltigkeit als Sozialprinzip und zwar aus theologisch-ethischer Perspektive. Die 2. Auflage nach nur einem Jahr spricht davon, dass das Buch seine Leser finden konnte; geändert wurde nur das Titelbild. Angesichts des voluminösen Umfangs von 555 Seiten sind die beigefügten Personen- und Sachregister ein „Muss“. Hilfreich wären darüber hinaus zudem kapitelbezogene systematische Zusammenfassungen gewesen, die ein Leser weitgehend vermisst.

Das klar theologisch-ethisch angelegte Werk zielt vor allem auf den innertheologischen Diskurs und die kirchliche Praxis. Trotz dieser Zielgruppen ist die Arbeit interdisziplinär, diskursiv und auf die politische Praxis hin angelegt und bezieht Erkenntnisse von der Quantenphysik bis zu Analysen umweltpolitischer Akteure ein, schweift manchmal aber auch in Steckenpferde ab, die eher zum weiterhin konnotierten Themenfeld ‚Nachhal-



tigkeit' gehören: Schöpfungsspiritualität, Bioethik, pädagogische Aspekte der Vermittlung u. a. m.

Der theologische Charakter scheint seine Motivation aus mindestens zwei Quellen zu beziehen: erstens aus den klar benannten Defiziten in der kirchlichen Praxis (z. B. 180–215) und zweitens aus der systematischen Lücke (einer an den drei Prinzipien Personalität, Solida-

rität und Subsidiarität orientierten) Sozialethik, die unfähig bleibt, Umweltprobleme als Beziehung des Menschen zur Natur und in der Zeit zu erfassen, da die Prinzipien ganz auf soziale Beziehungen fixiert bleiben. In seinem Fazit (456–496) plädiert Vogt darum als Resümee für ein viertes Sozialprinzip Nachhaltigkeit, wie schon Helge Wulsdorf 2005 resümierte, dass Nachhaltigkeit als 4. Sozialprinzip anerkannt sei. Vogt will darüber hinaus Anschlussfähigkeit, Stellenwert und Verbindlichkeit im christlichen Kontext klären und fest verankern. Dabei sollen die verschiedenen „Zentrik-Ansätze“ einen Paradigmenwechsel hin zur Retinität einleiten; „Vernetzung“ lehnt Vogt als Begriff ab, obwohl er ihn durchaus verwendet.

Um zu diesem Fazit zu kommen, beginnt Vogt explizit theologisch bei den Zeichen der Zeit, die eine nachhaltige Entwicklung zum Schlüssel für die Lösung von Herausforderungen wie gegenwärtiger Armut und Generationengerechtigkeit, Gefährdungen des Friedens und Ressourcenkonflikte usw. machen (40–76). Später wird er diese Themen in der unumgänglichen Kompression im Blick auf das Prinzip Nachhaltigkeit ausführen (4. Kapitel: Maßstäbe intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit).

Selbstredend klärt er Begriff und Innovationen des neuen Leitbilds der Nachhaltigkeit (Kapitel 2). Zentrales Herzstück, gerade im Hinblick auf die kirchliche Zielgruppe, ist Kapitel 3, das Nachhaltigkeit schöpfungstheologisch verankert und dabei Quantenphysik, Chaostheorie mit Prozesstheologie und Schöpfungslehre in ein sich wechselseitig auslegendes Gespräch bringt, so dass die säkularen Theorien in der Theologie einen Ansatz finden, der materialistische und mechanistische Ansätze hilfreich ergänzt.

Ein gelungen integriertes Querschnittsthema, das sich wie eine feine Goldader durch die verschiedenen Stationen der Argumentation zieht, ist stets präsent Reflexion zu den Handlungsbedingungen der Kirche in einer modernen (Welt-)Gesellschaft. Sie beginnt mit der politisch relevanten Be-

stimmung der ethischen Kompetenz der Kirche (77–109), setzt sich mit ihrer vorhandenen Praxis auseinander (180–215) und benennt ihre Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme als ihren Auftrag im Fazit, nicht um eine Einheitlichkeit politischer Meinungen zu fördern, sondern um politische Handlungsfähigkeit in komplexen Systemen risikomündig zu erreichen.

Hilfreich sind insgesamt mehr Klärungen, Abgrenzungen und Einsichten durch die vielfältigen Bezüge als hier aufzuzählen Sinn machen würde. Vogts Konzept der Nachhaltigkeit deckt systematisch Gerechtigkeitslücken und blinde Flecken im Ansatz der Sozialprinzipien auf. Die zukünftige Diskussion wird zeigen, ob und wie die eher abstrakten nunmehr

vier Sozialprinzipien zur von Vogt postulierten Konkretion etwa von Gemeinwohl und Gerechtigkeit in spezifischer Weise beitragen, wo sie doch als grundlegende Prinzipien selber der Konkretion bedürfen, um in gesellschaftlichen Kontexten mehr als allgemeine Orientierungen zu sein. Klimakonferenzen, die den politischen Willen zur Nachhaltigkeit demonstrieren, scheitern ja oft an unterschiedlichen Vorstellungen, welche Verteilung der Lasten fair und akzeptabel wäre. Es ist dem umweltpolitischen Anliegen des Verfassers zu wünschen, dass seine Überlegungen genauso zu einem komplexeren Problembewusstsein beitragen wie zu politischer und praktischer Umsetzung im Handeln der Kirche.

Andreas Fisch, Dortmund

wenige thetische Aussagen reduziert, und am Ende jedes Kapitels steht ein kleiner Literaturvorschlag.

In den ersten beiden Kapiteln werden zentrale Begriffe (z. B. „Moral“, „Ethik“, „Person“) und wichtige Unterscheidungen (etwa zwischen Individual- und Sozialethik) eingeführt. Zugleich nennt der Vf. den für ihn zentralen Bezugspunkt der Sozialethik: die „Pathologien der Moderne“ (9), die er insbesondere in der „liberalen Marktwirtschaft“ (ebd.) ausmacht. Auf dieses Thema kommt er im Verlauf seiner Ausführungen immer wieder zurück, so dass die Wirtschaftskritik einen thematischen roten Faden darstellt. Zugleich verdeutlicht der Vf. auf diese Weise seine Auffassung von christlicher Sozialethik: sie sei primär Gesellschaftskritik. Denn die gegenwärtige Gestalt der Gesellschaft erschwere es dem Einzelnen, sich als sittliches Subjekt und als Verantwortungsträger zu erfahren. Insofern die Ursache dieses Missstands in der gesellschaftlichen Struktur und nicht in den argen Absichten Einzelner gesucht wird, wird dem Leser schnell verständlich, was das Spezifikum von Sozialethik ist. „Gegenstand der Sozialethik ist [...] die soziale Realität, deren Beschaffenheit gerade nicht im Bereich der individuell verfügbaren Handlungsalternativen liegt. Sie beschäftigt sich – wie der Vf. in Kapitel 7.3 am Themenfeld Familie veranschaulicht – mit den kulturellen Leitbildern von Familie, mit den der Familie zugewiesenen Aufgaben und den damit verbundenen Erwartungen, den sozialen Normen in Form von Verhaltensmustern und Rollenzuweisungen zwischen Mann und Frau [...], die sich den Familienmitgliedern gegenüber mit dem Gewicht der Tradition oder mit moralischem und rechtlichem Anspruch geltend machen.“ (150 f.)

Im dritten Kapitel geht der Vf. der Frage nach dem spezifisch Christlichen der christlichen Sozialethik nach. In den vielstimmigen gesellschaftlichen Diskurs über Ziele und Wege der Entwicklung gerechter gesellschaftlicher Strukturen bringe sie eine Perspektive ein, die in aller Bescheidenheit nicht fertige Lösungen



Christliche Sozialethik

Wilhelms, Günter: *Christliche Sozialethik*, Paderborn: Schöningh 2010 (UTB 3337), 203 Seiten, 14,90 €, ISBN 978-3-8252-3337-2

Der Paderborner Professor für Christliche Gesellschaftslehre, Günter Wilhelms, hat in der Reihe *Grundwissen Theologie* eine Einführung in die *Christliche Sozialethik* vorgelegt, die ihre Aufgabe nicht primär darin sieht, einen allgemeinen Überblick über Ansätze in dem Fach Sozialethik zu geben, sondern die Stellung beziehen will. Die eigene Position benennt der Vf. klar und prägnant: Worum es in der christlichen Sozialethik gehe, sei die Rettung der menschlichen Person. Daraus gewinnt er mit Bezug auf die Enzyklika *Mater et magistra* (Nr. 219) folgende gesellschaftsethische Zielsetzung: Der Mensch als Person sei Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen. Dazu aber müsse das Individuum immer wieder neu befähigt werden. Zentrales Thema der Sozialethik sei daher das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Mensch und Institution.



Das vorliegende Buch „vor allem für Studierende in den Anfangssemestern“ (7) gliedert sich in sieben Kapitel, denen Anmerkungen, Literaturverzeichnis sowie Personen- und Sachregister folgen. Wie es gegenwärtig bei Einführungswerken allgemein üblich ist, werden die Ausführungen am Ende eines jeden Unterkapitels im Sinne einer Elementarisierung auf



präsentiere, sondern Orientierungshilfen anbiete, die von der Zuversicht des Glaubens getragen seien, dass es „mit den Dingen dieser Welt [...] grundsätzlich nicht abgetan“ (40) sei. Diese Distanz von den Geschäftigkeiten des Alltags ermögliche und verlange in der Nachfolge Jesu und nach dem Vorbild der Propheten eine hörbare Kritik an den Problemlagen und Ungerechtigkeiten der Gesellschaft. Diese Motivation konkretisiert der Autor dann, indem er zentrale „biblische und theologische Motive“ expliziert.

Das folgende vierte Kapitel verortet die „Sozialethik in der Geschichte des Christentums“. Nach einem Überblick über die „Vorgeschichte“ „von der Bibel bis zur revolutionären Gesellschaft“ wird in die zentralen Entstehungskontexte der Sozialethik eingeführt: die „Wende zum Subjekt“ in der Aufklärungsphilosophie sowie die „soziale Frage“ im 19. Jahrhundert. Daran anschließend wird die „kirchliche Sozialverkündigung“ als „eine wichtige Quelle christlicher Sozialethik“ (73) vorgestellt. Ihr Anspruch, an der Behebung gesellschaftlicher Missstände mitzuwirken, sei unbedingt verbindlich, der jeweils vorgeschlagene Weg hingegen stets diskutabel. Auf diese Methodenreflexion folgt ein knapper, erhellender Überblick über die wichtigsten lehramtlichen Dokumente, der deren Entwicklungsbogen prägnant herausarbeitet.

Im fünften Kapitel greift der Vf. ein zentrales systematisches Thema auf, nämlich „sozialethische Begründungsversuche“. Die Frage ist, wie die christliche Sozialethik ihre Wertungen und Forderungen begründen kann. Drei Ansätze werden idealtypisch unterschieden und vorgestellt: ein naturrechtlicher, ein diskursethischer und ein strukturenethischer. Ihr gemeinsames Interesse sei „die Humanisierung der Gesellschaft, die sich [...] als Rettung des individuellen moralischen Subjekts bestimmen lässt.“ (82)

Das folgende sechste Kapitel widmet sich ebenfalls in systematischer Absicht „zentralen Begriffen und Prinzipien“ als „normativen Maßstäben für die Gestaltung der Gesellschaft“ (103). Personalität sei der zentrale Maßstab schlecht-

hin; von ihr her seien neben Solidarität und Subsidiarität auch Verantwortung und Gerechtigkeit sowie Nachhaltigkeit auszudeuten. Damit relativiert der Vf. die Bedeutung der klassischen Trias der Sozialprinzipien. Denn ihre Auswahl sei „etwas willkürlich“ (103), lasse sich primär historisch erklären. Auch bei den Ausführungen zur Gerechtigkeit löst sich der Autor von der Tradition, geht weder auf die aristotelisch-thomatische noch beispielsweise auf die Rawlssche Gerechtigkeitstheorie ein, sondern fokussiert in einer Gleichsetzung von Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit auf das noch junge Konzept der Beteiligungsgerechtigkeit und schlägt damit eine Brücke zum Begriff der Anerkennung.

Im siebten Kapitel präsentiert der Vf. vier kleine Einzelfallstudien, um anhand der Handlungsfelder Politik, Wirtschaft, Familie und Bildung exemplarisch zu verdeutlichen, wie aus Sicht einer christlichen Sozialethik die Gesellschaft zu gestalten sei. In seinen Analysen und Wertungen verbindet er Sachkenntnis, Detailwissen und anschauliche aktuelle Bezugnahmen mit den zuvor grundgelegten normativen Voraussetzungen, um so von der Kritik zu Lösungsvorschlägen überzugehen.

Im abschließenden „Ausblick“ fasst der Vf. seinen Ansatz nochmals schlagwortartig zusammen. Die gesellschaftliche Entwicklung steuere in die falsche Richtung, wenn sie auf mehr Markt, mehr Staat, größere Spielräume für gesellschaftliche Funktionssysteme setze. Stattdessen müssten Strukturen gefördert werden, die mehr Vertrauen, Verantwortung und Respekt, mehr Moral wachsen ließen. Denn die menschliche Person dürfe nie aus dem Blick geraten.

Der Vf. legt einen lesenswerten und die Diskussion anregenden Ansatz einer christlichen Sozialethik vor, der gleichsam nebenbei, in praxi, eine Einführung ins Fach bietet. Die Ausführungen sind, wie er auch zu Beginn bemerkt, von einem gesellschaftskritischen Ton getragen. Insbesondere der liberalen Marktwirtschaft begegnet der Autor sehr skeptisch.

Das Buch ist anschaulich durch die eigene Positionierung und klar profiliert. Dabei wäre es für ein Einführungswerk wünschenswert, wenn die unvermeidbare Auswahl der Grundlagen und Bezugstheorien eigens begründet wäre. Insbesondere bei der Einführung in die soziologisch-gesellschaftstheoretischen Grundlagen in Kap. 2 werden gleich mehrere, z.T. sehr unterschiedliche Ansätze miteinander ins Gespräch gebracht, ohne immer deutliche Differenzierungen vorzunehmen. So wird beispielsweise weder darauf hingewiesen, dass der für den Vf. zentrale Institutionsbegriff in den verschiedenen soziologischen Theorien alles andere als einheitlich gebraucht wird und dass das Hauptthema der „Vermittlung“ zwischen Mensch und Gesellschaft, so wie der Vf. es angeht, sich einer bestimmten Auffassung von Gesellschaft verdankt, noch wird geklärt, dass die Systembegriffe und damit die Gesellschaftskonzepte bei Luhmann, Habermas oder Beck nicht dieselben sind. So tritt die methodologische Einsicht in den Hintergrund, dass die Auswahl der Bezugstheorien beträchtliche Auswirkungen auf das Sehen, das Urteilen und das Handeln der Sozialethik hat (wie überhaupt dieser in der gegenwärtigen Sozialethik nicht unbedeutende methodische Dreischritt keine Erwähnung findet). Auch die vernunfttheoretische Reflexion zur Aufgabe von Theologie bzw. Religion in abgrenzender Erweiterung der Diskursethik (Kap. 5.2) lässt Fragen offen.

Die Sprache ist an einigen Stellen metaphorisch. Die Zielsetzung der christlichen Sozialethik wird beispielsweise „als Rettung des individuellen moralischen Subjekts“ (82) bestimmt; oder es heißt mit einem Zitat Nell-Breunings: der Mensch solle „wieder weniger Objekt und mehr Subjekt“ (41) werden. Solche Formulierungen mögen zwar für den Leser sehr eingängig sein, doch kann dadurch die begriffliche und argumentative Klarheit, die ja auch in einer Einführung vermittelt werden soll, etwas überdeckt werden.

Die Literaturhinweise sind sehr wertvoll. Leider sind sie, wie generell in dieser

Reihe, als Anmerkungen im hinteren Teil des Buches und nicht als Fußnoten platziert, so dass zu befürchten steht, dass sie überblättert werden.

Diese Hinweise sollen aber nicht schmälern, dass der Autor sein Ziel erreicht hat, „eine Gesamtschau zu entwickeln und sie mit eigenen Akzenten zu

versehen“ und auf diese Weise ein „Interesse am Fach [zu] wecken und die Relevanz der Disziplin für die Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen unserer Gesellschaft deutlich [zu] machen“ (7).

Jochen Ostheimer

terfrage des 19. und frühen 20. Jh. auseinandergesetzt und diese in Forschung und Lehre aufgegriffen. Nach dem Platzen der ersten Berufungsliste mit Johannes Messner und Joseph Höffner an der Spitze wurde 1955 im zweiten Anlauf der bisherige Bonner Fachvertreter Nikolaus Monzel (1855–1960) erster Lehrstuhlinhaber. Nach seinem frühen Tod folgten Joachim Giers (1963–1976), dann Wilhelm Korff (1979–1993) und Alois Baumgartner (1994–2006). Hilpert behandelt das Selbstverständnis des Faches in der Abgrenzung zur Moraltheologie und im Verhältnis zur kirchenamtlichen Lehrverkündigung. Darüber hinaus wird die Interdisziplinarität des Faches, vor allem in Bezug zu den Wirtschaftswissenschaften, aber auch zu anderen Wissenschaften aufgegriffen. Ebenso werden Schwerpunkte in der Forschung aufgezeigt, wobei am Münchner Lehrstuhl historische sowie systematische Fragestellungen ein größeres Gewicht hatten als anwendungsbezogene und tagesaktuelle Fragestellungen. Die mehrfach wechselnden Lehrstuhlbezeichnungen von „Christliche Gesellschaftslehre und allgemeine Religionssoziologie“ über „Christliche Soziallehre und allgemeine Religionssoziologie“ zu „Christliche Sozialethik“ zeugen auch vom Ringen um das angemessene Selbstverständnis des Faches im zeitlichen Wandel. Der Band leistet einen Beitrag zur Geschichte der innerhalb der Theologie noch jungen Disziplin.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Sozialethik an der LMU München

Konrad Hilpert: Christliche Sozialethik an der LMU München. Die Herausbildung als eigenständige theologische Disziplin, München 2007, 58 S., ISBN 978-3-926163-50-9

Erst Ende des 19. Jahrhunderts begann nach Erscheinen der ersten Sozialzyklika „Rerum novarum“ von 1891 die Etablierung der Christlichen Sozialethik als eigene theologische Disziplin. 1893 wurde der erste Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre in Münster errichtet und mit Franz Hitze besetzt. An vielen anderen Fakultäten in Deutschland dauerte es noch Jahrzehnte bis das Fach im Fächerkanon der Theologie fest eingebunden war. In manchen kleineren Fakultäten ist es bis heute nicht durch eine eigene Professur vertreten. In vorliegenden Bändchen wird zunächst für die zweitgrößte deutsche Kath.-Theol. Fakultät die Vorgeschichte des Faches bis zur Errichtung des ersten Lehrstuhls im



Jahr 1955 skizziert. Einige Professoren der Moraltheologie, so Karl Wilhelm Reichl (1868–1873) und Franz Xaver Walter (1904–1935), hatten sich bereits mit sozialetischen Fragen, vor allem der Arbei-





Wider den dunklen Durst der Rache

Zur Todesstrafe als Instrument
staatlichen Gewalthandelns

Johannes J. Frühbauer

Zum zivilisatorischen *common sense* gehört seit Jahrzehnten weithin die Ächtung der Todesstrafe. Dieser *common sense* wird bis in unsere Gegenwart hinein leidlich eingetrübt durch das Faktum von – weltweit betrachtet – jährlich mehreren Tausend vollstreckter Hinrichtungen, die teilweise öffentlich, teilweise aber auch im Verborgenen stattfinden. Mit der Problematik der Todesstrafe ist man als Mitteleuropäer auch heute noch konfrontiert, wenn auch meist mit einer beträchtlichen räumlichen Distanz: entweder durch aufklärende Menschenrechtsberichte, medienpräzente Verfahren in den USA, Solidaritätskampagnen gegen Steinigungen in islamischen Gesellschaften oder auch immer wieder durch cineastische Impulse mit ihrer sozialkritischen Reflexion auf gesellschaftliche Missstände, insbesondere in den Vereinigten Staaten oder in asiatischen Gesellschaften (exemplarisch: *Dead Man Walking*, USA 1995; *Return to Paradise* [Für das Leben eines Freundes], USA 1998).

Anlass der erneuten Debatte

Im Rahmen der Zivilisierung der europäischen Staatenwelt wurde die Abschaffung und Ächtung einer jahrtausendelang, aus unterschiedlichen Motiven sowie für diverse Delikte in allerlei Varianten praktizierten Strafmaßnahme schließlich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sprich: vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht. Da muss es zunächst irritieren, dass die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe aufgrund einer (inzwischen zurückgezogenen) Initiative in der Schweiz wieder auf der Tagesordnung des gesellschaftlichen Diskurses stand. Erneut debattiert wurde insbesondere über die politischen, juristischen und ethischen Facetten.

Historische Fakten

Zur Vergegenwärtigung der Entwicklung dieser Frage im europäischen Kontext seien kurz einige Fakten notiert: In der Schweiz wurde die letzte, auf kantonales Strafrecht gestützte Hinrichtung am 18. Oktober 1940 in Sarnen vollzogen. Kurz darauf, 1942, wurde die Todesstrafe aus dem Strafgesetzbuch entfernt. Das Militärstrafgesetz sah die Todesstrafe nur noch in Kriegszeiten vor – eine Regelung, die bis 1992 Bestand hatte und sich zuletzt 1944 in einer durch ein Militärgericht angeordneten Hinrichtung auswirkte. Seit Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung der Schweiz im Jahre 2000 ist die Todesstrafe verfassungsrechtlich vollständig verboten. Im westlichen Deutschland wurde 1949 mit

der Verabschiedung des Grundgesetzes in dessen Artikel 102 die Todesstrafe abgeschafft; mithin ein verfassungsrechtlich konsequentes Denken, da ein Staat, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde proklamiert und ihr einen fundamentalen rechtlichen Schutz einräumt, kaum glaubwürdig wäre, wenn er an einer solchen Liquidationspraxis festhalten würde. In der DDR hingegen wurde die Todesstrafe erst 1987 außer Kraft gesetzt. In Österreich schließlich wurde die Todesstrafe 1968 mit Artikel 85 im Bundesverfassungsgesetz abgeschafft. Die letzten beiden Hinrichtungen fanden durch Erhängen statt: nach österreichischem Recht am 24. März 1950 im Straflandesgericht Wien, nach alliierterem Recht in der US-amerikanischen Besatzungszone im Februar 1955.



Ethische Überlegungen

Die wiederkehrende Anfrage an die ethischen Aspekte und Argumentationen in Sachen Todesstrafe kann nicht ausbleiben: Sie ergibt sich stets aus konkreten Anlässen und damit verbundenen gesellschaftlichen Diskussionen. Einige theologisch-ethische und sozialetische Überlegungen sollen dazu beitragen, nicht nur den Status quo der kirchlichen Position in dieser Frage kurz zu vergegenwärtigen, sondern vor allem auch die Gründe der Ablehnung der Todesstrafe zu benennen.

Aus christlicher Perspektive ist man hinsichtlich einer der ältesten Straffarten, die mit einer Varianz in der Ausführung (Enthaupten, Rädern, Pfählen, Ertränken, Verbrennen, Erdrosseln) sowohl dem römischen als auch dem germanischen Recht bekannt war, zunächst mit zwei Aspekten konfrontiert:

Erstens war, kultur- und religionsgeschichtlich gesehen, die Todesstrafe zu alttestamentlicher Zeit in gewissen Grenzen nichts Ungewöhnliches.

Zweitens wird beim Blick auf die Geschichte des Christentums deutlich, dass es ganz unterschiedliche, und dies bedeutet letztlich extrem gegensätzliche Positionen zur Rechtfertigung einerseits, zur Kritik und Delegitimierung der Todesstrafe andererseits gab. Einige historische Notizen sollen diese beiden Aspekte kurz erhellen:

Altes Testament

Die Praxis der Todesstrafe hat im Kontext des Alten Testaments eine Wurzel im Familien- und Kultrecht. Vergehen gegen die Autorität der Eltern, Mischdiesbstahl und jede Art von Tötung wurden mit der Todesstrafe belegt. Eine die Familiengrenze überschreitende Bluttat wurde durch die Blutrache sanktioniert. Durch die Verfahrens rationalität der Gerichte wurde eine Differenzierung in den Delikten ermöglicht (so etwa zwischen Mord und Körperverletzung mit Todesfolge). Die Gene-

ralprävention der Todesstrafe wirkte sich protektiv auf das Lebensrecht von Kindern, Frauen und Sklaven aus. Die gerade im Zusammenhang mit der Todesstrafe ostentativ ins Spiel gebrachte Talionsformel (Ius talionis: Ex 21,23ff) diente in erster Linie dem präventivem Lebensschutz: Bei nicht vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge wurde die Möglichkeit der Ersatzzahlung in Gestalt einer materiellen Entschädigung zunehmend eingeschränkt und schließlich (nachexilisch) untersagt – somit drohte unausweichlich die Todesstrafe „Leben um Leben“. Im Kultrecht zogen Vergehen gegen die Sakralgebote wie etwa Apostasie, Zauberei, Sabbatschändung oder Nichtbeschneidung die Todesstrafe nach sich. Insofern der Delinquent durch seine Tötung von der Gemeinschaft Israels abgetrennt wurde, wollte sich das heilige Volk vor dem Zorn Gottes bewahren.

Theologiegeschichte

Theologiegeschichtlich wurde zunächst durch die Kirchenväter ein klares „Nein“ zur Todesstrafe markiert: sowohl für die Individuen als auch für die staatliche Gewalt gilt das Tötungsverbot. Im Mittelalter machte sich in der gesellschaftlichen Praxis zunächst eine

Arbeitsteilung bemerkbar: Da sich die Kirche grundsätzlich am Prinzip *Ecclesia non sinit sanguinem* orientierte, blieb es der weltlichen Gewalt überlassen, die Todesstrafe zu vollstrecken. Obgleich die moralische Legitimität der Todesstrafe grundsätzlich angezweifelt und insbesondere von den Katharern und Waldensern gänzlich in Frage gestellt wurde, systematisierte die universitäre Theologie in der Person des Thomas v. Aquin – unter Hervorhebung des Vorranges des Gemeinwohls gegenüber dem Wohl des Einzelnen – die Argumente für die Todesstrafe. In der Reformationsphase schieden sich die Geister in der Frage, ob die Todesstrafe gegenüber Häretikern zu praktizieren sei oder nicht. Während Friedrich D.E. Schleiermacher eine theologisch motivierte Kritik des Vergeltungsdenkens einbrachte, waren es in der Neuzeit – obgleich ausgerechnet Immanuel Kant noch als Befürworter der Todesstrafe auftrat – vor allem Impulse aus der Philosophie, die sich zunächst einschränkend auf das Deliktspektrum und humanisierend auf die Exekutionsformen auswirkten und dann schließlich den Weg für eine immer stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung hinsichtlich der moralischen Fragwürdigkeit der Todesstrafe bahnten.

Zu den Versuchen, die Todesstrafe zu begründen

Bevor der Blick sich auf Argumente richtet, die erkennbar und nachvollziehbar gegen Praxis und Legitimität sprechen, soll kurz benannt werden, welchen zentralen Punkten seitens der Befürworter versucht wird, argumentatives Gewicht zu verleihen. Im Vordergrund stehen für die Befürworter der Todesstrafe die Unterstellung der Abschreckungswirkung einerseits und die Rechtfertigung aus Gründen der Gerechtigkeit andererseits. Mit der drohenden Todesstrafe soll eine Generalprävention, das heißt eine abschreckende Wirkung gegenüber schweren

Verbrechen erzielt werden. Im Sinne der vergeltenden Gerechtigkeit soll ein gleichwertiger Tausch – Leben für Leben – realisiert werden. Eine solche Sichtweise steht zwar in einem Spannungsverhältnis zum sittlichen Grundempfinden, das davor zurückschreckt, Leben zu nehmen. Sie scheint ihre Wurzeln aber doch in einem „natürlichen“ Rechtsempfinden der Bevölkerung zu haben. Das vermag es zu erklären, warum gerade in den USA die Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl als Befürworter der Todesstrafe auftreten, und warum es immer wieder diesen kei-

neswegs einsamen Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe gerade in westlichen Gesellschaften gibt.

Zu den Einwänden gegen diese beiden Argumentationspunkte:

Erstens ist die tatsächliche Wirkung der Abschreckung durch die drohende Todesstrafe sowie ihr vermeintliches Abschreckungsplus gegenüber einer „bloßen“ Freiheitsstrafe empirisch nicht belegbar. In der unmittelbaren Tatsituation wirkt sich selbst eine drohende Todesstrafe offensichtlich nicht abschreckend auf Affekt-, Trieb- oder Überzeugungstäter aus. Zudem wäre die Ableitung einer moralischen Rechtfertigung aus empirischen Tatsachen ohnehin problematisch.

Zweitens kann zwar einer vergeltenden Gerechtigkeit als *prima facie*-Argument mit geschichtlichem

Rückenwind (Talionsprinzip) nicht gänzlich die Plausibilität abgesprochen werden. Dennoch ist zu fragen, ob der Gerechtigkeit nicht mit anderen Mitteln Genüge getan werden kann und ob sich anderweitig und zumindest annäherungsweise Äquivalente generieren lassen, wenn an diesem Tauschgedanken überhaupt festgehalten werden soll. Zudem ist klarzustellen, dass im Sinne einer höheren bzw. fundamentalen Gerechtigkeit – nämlich der gleiche moralische Anspruch eines jeden Menschen auf Grundrechte und Grundfreiheiten – der vergeltenden Gerechtigkeit Grenzen gesetzt werden (müssen). Und schließlich rückt gerade das Prinzip der vergeltenden Gerechtigkeit die Praxis der Todesstrafe allzu nah an das Verständnis der Strafe als Racheakt.

gesellschaftliche Präventivmaßnahme verheerende Folgen.

- Fünftens sind dem Gewaltmonopol des Staates in der Frage des Vollzugs der Todesstrafe – und nicht zuletzt aufgrund des geschichtlich belegten exzessiven Missbrauchs durch Unrechtsregime – Grenzen zu setzen. Insofern ein Staat an der Praxis der Todesstrafe festhält, relativiert er damit nicht nur den Wert des menschlichen Lebens, sondern beantwortet letztlich Gewalt mit Gegengewalt. Die Todesstrafe kann jedoch keine angemessene Form des Strafhandelns im modernen und demokratischen Rechtsstaat sein. Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung sowie Schutz und Sicherheit für die Bevölkerung lassen sich in einem modernen Rechtsstaat auch bei Verzicht auf die Todesstrafe gewährleisten – selbst wenn die Sicherheitswirkung der Todesstrafe in ihrer Absolutheit nicht in Abrede zu stellen ist. Staaten, die im Zuge von Zivilisierungs- und Demokratisierungsprozessen die Todesstrafe abgeschafft haben, setzen damit in bewusster Weise der eigenen Rechtskompetenz und Macht (Leben zu nehmen) strikte Grenzen.
- Sechstens ist aus theologischer Sicht zumindest an die Dimension von Vergebung und Versöhnung zu erinnern – und dies umso mehr, wenn ein Täter oder eine Täterin aufrichtig und glaubhaft Reue bekundet. Zum Menschsein gehört die Möglichkeit des Fehlgehens, des Scheiterns, des Versagens und des Schuldigwerdens. Schuld ist jedoch nie zu verabsolutieren: Der Mensch darf niemals in seinem Menschsein auf die Dimension des Schuldigseins reduziert werden. Insofern legt sich auch der Appell an Milde in Urteil und Vollzug nahe. Inwiefern sich Richter und Henker sowie Geschworene, die an Todesurteil und Hinrichtung mitwirken, moralisch schuldig machen, wäre noch eigens zu thematisieren.

Sieben Argumente gegen die Todesstrafe

Welche grundsätzlichen Gegenargumente sind nun aufzulisten?

- An erster Stelle ist der menschenrechtliche Anspruch auf Unversehrtheit von Leib und Leben zu nennen. Korrespondierend damit ist das Tötungsverbot in Verbindung mit der (oftmals religiös sakralisierten) Unverfügbarkeit des Lebens anzuführen. Diese Grundüberzeugungen gehören zu den festen moralischen Kernnormen unterschiedlichster religiöser und kultureller Traditionen. Deutlich dokumentiert wird das zum Beispiel durch die „Erklärung zum Weltethos“.
- Zweitens ist der Aspekt der Irreversibilität zentral: Ein einmal durch eine Hinrichtung vollzogenes Todesurteil kann nicht mehr rückgängig gemacht werden – selbst wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt eindeutig die Unschuld des Täters oder der Täterin herausstellen sollte. Die postulierende Vermeidung von Fehlurteilen und Justizirrtümern führt unweigerlich zur Abschaffung dieser irreversiblen Strafpraxis.
- Drittens wird die resozialisierende Aufgabe der Strafe mit der „definitiven Desozialisierung des Delinquenten“ (A. Bondolfi) durch seine Hinrichtung unterlaufen. Eine Chance auf Besserung gibt es in der logischen Konsequenz der Todesstrafe nicht.
- Insofern mutet viertens die Realisierung einer Spezialprävention durch die physische Vernichtung eines Täters oder einer Täterin geradezu zynisch an: Soll eine Besserung des bzw. der Straffälligen wirklich intendiert sein (ebenso wie die Möglichkeit, die Schuld gegenüber der Gesellschaft zu sühnen), so setzt dies nun einmal das Weiterleben und die Anerkennung als eines zur Besserung befähigten moralischen Wesens notwendigerweise voraus. Grundsätzlich einem möglichen weiteren Verbrechen durch den Lebensentzug vorbeugen zu wollen, erweist sich als rein spekulatives Unterfangen und hätte in der konsequenten Ausweitung als

- Siebtens wird immer wieder der Kostenfaktor ins Spiel gebracht: Eine Exekution des Delinquenten verursache weniger Kosten als eine lebenslängliche Haftunterbringung. Die zum Teil enorm hohen Kosten, die im Rahmen der Vorbereitungen und Durchführung einer Hinrichtung entstehen, scheinen dieses Argument zu entkräften. Das heißt konkret: Es ist davon auszugehen, dass eine lebenslange Haft – trotz des zum Teil großen Zeitfensters – weniger Kosten verursacht, als das aufwendige Procedere einer Exekution.

Aktuelle kirchliche Dokumente

Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung sowie mit Blick auf die triftigen Gründe gegen die Todesstrafe, ist bestens nachvollziehbar, dass auch die Katholische Kirche in ihren offiziellen Dokumenten die Todesstrafe weitgehend ablehnt und insbesondere die US-amerikanischen Bischöfe bereits seit geraumer Zeit ihren Widerspruch gegen die Todesstrafe unmissverständlich formuliert haben (Verlautbarung zur Todesstrafe, 1980). Bemerkenswerterweise gab es noch bis 1969 im Vatikan selbst die Todesstrafe, die allerdings 1870 im Kirchenstaat letztmals vollstreckt wurde. Per Gesetz 1969 abgeschafft, veranlasste Johannes Paul II. im Jahr 2001 ihre Streichung aus der Verfassung des Kirchenstaates.

Im Rekurs auf Nr. 2267 des Katechismus der Katholischen Kirche, wird in den einschlägigen Passagen des Kompendiums der Soziallehre der Kirche (Kap. 8, 405) in der zunehmenden Abneigung der öffentlichen Meinung

gegen die Todesstrafe und der damit einhergehenden moralischen Sensibilität ein Zeichen der Hoffnung gesehen. Die moderne Gesellschaft verfüge über andere Möglichkeiten, um einerseits Verbrechen wirksam zu unterdrücken, andererseits Täter unschädlich zu machen, ohne ihnen die Möglichkeit zur Besserung zu nehmen. Ein Wermutstropfen in der offiziellen Position der Kirche ist jedoch der Umstand, dass mit Blick auf die traditionelle Lehre die Todesstrafe (noch) nicht kategorisch ausgeschlossen und verneint wird, sofern Identität und Verantwortung eines Täters zweifelsfrei feststehen. Zwar heißt es mit dem Hinweis auf Menschenwürde und Gemeinwohl, „unblutige Mittel der Abschreckung und der Bestrafung“ seien zu bevorzugen, aber dennoch bleibt ein eindeutiges Nein, ohne jegliches Wenn und aber, zum jetzigen Zeitpunkt ein unerfülltes Desiderat.

Bleibendes Unbehagen

Gerade in der theoretischen und daher zu konkreten Ereignissen distanzierter Reflexion bleibt ein zweifaches Unbehagen: Einerseits wird man mit Überlegungen und Argumenten niemals dem Schmerz und dem Leiden der Hinterbliebenen von Opfern gerecht werden können. Andererseits stimmt es mehr als betrüblich, am Schreibtisch sitzend Gedanken zu formulieren, während in den Vereinigten Staaten ein Todesurteil durch Verabreichung einer Giftspritze vollstreckt wird (23.9.2010, Teresa Lewis im Bundesstaat Virginia) und im Iran Sakineh Mohammadi e Ashtiani unter massiven internationalen Protesten die Steinigung droht – ganz zu schweigen von den im Durchschnitt

KURZBIOGRAPHIE

Johannes J. Frühbauer (*1967), Dr. theol., vertritt seit Februar 2010 die Professur für Theologische Ethik/Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Luzern. Von 1996 bis 2001 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Weltethos, seit 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Christliche Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg. Einer seiner wissenschaftlichen Schwerpunkte liegt im Bereich der Politischen Ethik.

täglich mindestens weiteren zehn Todesopfern von Hinrichtungen. Und doch braucht es gerade in dieser existenziellen Frage der Todesstrafe mit dem Ziel der weiteren Ächtung und Abschaffung den kalten Blick auf die Argumente, um zu einer ethisch gut begründeten und verallgemeinerbaren Position zu gelangen und nicht Affekten des Augenblicks und dem Wüten der Gefühle zu erliegen. Denn wie skizzenhaft dargelegt, muss es in modernen und zivilisierten Gesellschaften, um von (rechts)staatlicher Seite moralisch angemessen auf extreme Gewaltverbrechen zu reagieren, andere Möglichkeiten geben als mit der Hinrichtung des Delinquenten den dunklen Durst der Rache zu stillen.

LITERATURHINWEIS

Zur Vertiefung sowie bezüglich weiterführender Literatur siehe die Einträge zum Stichwort ‚Todesstrafe‘ in: *Lexikon für Theologie und Kirche X* (2001); *Religion in Geschichte und Gegenwart VIII* (2005) sowie in: *Theologische Realenzyklopädie XXXIII* (2002).





Ethik der Entwicklung

Forum Sozialethik 2010

Das Forum Sozialethik feierte sein Jubiläum: Zum zwanzigsten Mal trafen sich auf Einladung der *Kommende Dortmund* und der Initiative *Forum Sozialethik* junge SozialethikerInnen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, um ihre Gedanken und Ansätze zu einem sozialetisch zentralen Thema auszutauschen. Die Tagung fand in diesem Jahr vom 13. bis zum 15. September in den Räumen der Katholischen Akademie in Schwerte statt. Herausgefordert von der eindringlichen Botschaft des aktuellen Berichts zum Stand der Millenniumsentwicklungsziele wurde das Thema *Ethik der Entwicklung* von den verschiedensten Perspektiven her beleuchtet und umfassend diskutiert.

In seinem Einführungsvortrag referierte *Johannes Frühbauer* über entwicklungstheoretische Perspektiven im Anschluss an Thomas Pogge und betonte damit vor allem die systemische Dimension von absoluter Armut. Sein Vortrag lieferte einen umfassenden sozialetischen Einblick in die Probleme und Vorschläge der Armuts- und Entwicklungsdebatte und setzte mit dem systemischen Ansatz Pogges einen Impuls, der in etlichen weiteren Referaten aufgegriffen wurde. In den drei anschließenden Foren wurden parallel

(a) der interkulturelle Beitrag andinischer Ethik zur Entwicklungsdiskussion (*Michelle Becka* und *Irene Tokarski*),

(b) die Bedeutung von Kinderrechten in der EU-Entwicklungszusammenarbeit zwischen Fürsorge und Kindesautonomie (*Anna Maria Riedl*), sowie

(c) die Art und Weise, wie Entwicklung den sozialen Raum bearbeitet und Sozialkapital beeinflusst (*Thomas Wienhardt*), diskutiert.

Ein klarer inhaltlicher Schwerpunkt lag im weiteren Verlauf der Tagung auf der Darstellung und der differenzierten ethischen Bewertung von weltwirtschaftlichen Strukturen, die die Entwicklung maßgeblich beeinflussen: Während *Christoph Krauß* sich in seinem Vortrag damit beschäftigte, wie ein ethisch angemessenes Raster für die Bewertung unterschiedlicher Konditionalitäten und Bedingungen in der Entwicklungszusammenarbeit aussehen könnte, gab *Brigitta Hermann* einen Überblick über die Welthandelsregeln der WTO in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte auf Ernährung und Gesundheit: Sie kam dabei u. a. zu dem Schluss, dass das TRIPS-Abkommen in seiner jetzigen Form eine deutliche Einschränkung dieser Menschenrechte zur Folge hat. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch *Andreas Fisch* in seiner Darstellung und Diskussion von Thomas Pogges Ansatz. Durch eine fundierte Zurückweisung der häufigsten Kritikpunkte an Pogges Thesen machte er deutlich, dass die Verantwortung für die Beseitigung armutspersistierender Strukturen auch und im Wesentlichen bei den Industrienationen liegt. *Stefanie Wahls* Vortrag über die ‚Decent Work Agenda‘ der Internationalen Arbeitsorganisation beschäftigte sich mit dem aus dem Strukturwandel von Arbeit folgenden Ende der Vollbeschäftigung in vielen Gesellschaften der Welt und bot eine differenzierte Kritik und Würdigung des sog. ‚Decent Work Deficit‘-Konzeptes.

Einem aufschlussreichen Beitrag zur Methode interkultureller ethischer Verständigung lieferte *Henrik Hartmann* mit seinem Vortrag über Demokratieförderung im Spannungsfeld von westlichem und afrikanischem Demo-

kratieverständnis. Hartmann verband zentrale Elemente der Kommunikationstheorie mit dem Ansatz einer kommunikativen Rationalität und erweiterte so die Ansätze einer kosmopolitischen Diskursethik in hilfreicher Weise.

Maria Brinkschmidts Vorstellung ihres Dissertationsprojektes ‚Weltkirchliche Inlandsarbeit für die Armen‘ beschäftigte sich sodann mit der Rolle der Kirche als Entwicklungsakteur. Sie betonte in Anlehnung an Jean-Marc Elas Thesen zur unpolitischen Praxis der Kirche in Afrika, dass der Paradigmenwechsel von ‚charity zu justice‘ gerade im advokatorischen Auftrag der Kirche und ihrer Hilfswerke in Deutschland stärker vollzogen werden müsse.

Abschließend beleuchteten drei umweltethische Reflexionen unterschiedliche ethische Aspekte von Entwicklung: In seinem Vortrag über nachhaltige Entwicklung thematisierte *Jochen Ostheimer* die gerechte Nutzung natürlicher Gemeinschaftsgüter anhand des Beispiels der Hochseefischerei. Ostheimer entwickelte dabei verschiedene gerechtigkeitsethische Dimensionen des Nachhaltigkeitsprinzips und sprach sich für die Etablierung einer eigentumsrechtlichen Regelung für die Nutzung globaler Naturgüter als eine Forderung der Gerechtigkeit aus. In einem Co-Referat zu diesem Vortrag akzentuierte *Julia Blanc* vor allem den ethischen Eigenwert von tierischem Leben und verwies darauf, dass die Existenzberechtigung von Tieren niemals primär in ihrer Ernährungsfunktion für den Menschen gesehen werden dürfe. In dem abschließenden Referat der Tagung setzte sich *Christian Berkenkopf* mit Gentechnik in der Pflanzenzüchtung als möglicher Antwort auf die Welternährungsproblematik aus-

einander, indem er den empirischen Befund der Risiken und Perspektiven grüner Gentechnik auf seine Verträglichkeit mit fünf zentralen umweltethischen Prinzipien überprüfte und dabei zu äußerst differenzierten Ergebnissen kam.

Insgesamt zeichnete sich das diesjährige Forum Sozialethik, das von *Markus Demele*, *Michael Hartlieb* und *Anna Noweck* in sehr engagierter und professioneller Form vorbereitet wurde, durch eine bemerkenswerte Kombination aus interessanten Vorträgen, fundierten und offenen Diskussionen sowie dem nötigen Raum für persön-

liche Begegnung und Austausch aus, wie sie für das Forum Sozialethik typisch ist.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Forums beinhaltete die Tagung eine Jubiläumsfeier, zu welcher die Gründer des Forums *Marianne Heimbach-Steins* und *Hans-Joachim Höhn*, sowie *Detlef Herbers* und *Judith Wolf* eingeladen waren. Die moderierte Podiumsdiskussion der Gäste zeichnete noch einmal die Gründe für die Entstehung des Forums Sozialethik nach und gab Einblicke in seine bisherige Geschichte. Mit dem Ziel, einen informellen Austauschrahmen zu

zentralen Themen christlicher Sozialethik für angehende Nachwuchsethiker anzubieten, entwickelte sich eine mittlerweile hoch geschätzte Initiative, die gerne und nachhaltig genutzt wird.

Das nächste Forum Sozialethik im September 2011 wird sich passend zu den Jubiläen der Sozialenzykliken *Reverum Novarum* und *Laborem Exercens* mit dem Thema ‚Arbeit in sozialethischer Perspektive‘ (Untertitel ‚Solidarität zwischen Bedingungslosem Grundeinkommen und Hartz IV‘) beschäftigen.

Andreas Rauhut, Erfurt

Anthropologie und christliche Sozialethik

Die grundlegende anthropologische Frage, was wir als Menschen sind bzw. wie wir uns als Menschen verstehen wollen, ist Forschungsgegenstand aller handlungsleitenden Disziplinen. Sie ist damit eine Leitfrage, der sich auch christliche Sozialethik wie politische Ethik gleichermaßen widmen und widmen müssen. Schließlich sind grundsätzliche Annahmen über das Wesen des Menschen die Basis weitergehender ethischer Überlegungen – und zwar sowohl für individuelles Handeln als auch für die Gestaltung sozialer Strukturen.

Mit Bezug auf sehr unterschiedliche anthropologische Ansätze veranschaulichen die Beiträge dieses Bandes, dass kein vorherrschendes oder gar einheitliches Bild vom Menschen existiert. Gerade dies macht jedoch die Erörterung der anthropologischen Grundlagen von Ethik ebenso notwendig wie interessant: Welche Perspektiven aus Theologie, Soziologie, Philosophie und Naturwissenschaft können das Verhältnis von Anthropologie und Ethik klären, wo liegen Herausforderungen, die es interdisziplinär zu untersuchen gilt, welche Menschenbilder liegen etwa in Wirtschaft oder Pädagogik vor? – Die vielfältigen Antworten auf diese Fragestellungen verstehen sich als Beiträge zur Diskussion um eine modernitätsgerechte anthropologische Fundierung christlicher Sozialethik.



*Forum Sozialethik 8, Münster 2010,
224 Seiten, kartoniert, 32 Euro,
ISBN 978-3-402-10634-1*



Claudia Lampert, Jan-Hinrik Schmidt: Jugendliche im Social Web. Empirische Befunde zu Nutzungspraktiken

The Social Web provides various possibilities for online-based communication and collaboration. Especially for adolescents, platforms such as YouTube, Wikipedia or Facebook provide spaces for identity management, relationship management, and information management. Findings from a representative survey of German 12- to 24-year-olds show that these tools are an important part of everyday life, with some gender- and education-specific differences in the popularity of certain applications or practices. Adolescents can use online tools to work on age-specific developmental tasks, but also have to face the changing boundaries between public and private spheres.

Petra Grimm: Violence on the Internet A Media-Ethical Challenge

Today, for children and youths the internet serves as an integral part of their everyday environment. Involuntarily or intentionally they get access to videos depicting violence or become victims of Cyber-Mobbing. On the basis of empirical studies on internet violence the responsibility of the players involved (e.g. the internet industry, users and parents) as well as their options can be assessed. Apart from the development of effective technical protective measures the self-monitoring of the users should be strengthened. In this context, the media-ethical judgement and value-competence of youths is to be improved and the benefit of ethical rules for communication and conduct on the net, in short an „et(h)icette“, is to be demonstrated.

Alexander Filipovic': Netpolitics. State of Development and Social-Ethical Perspectives

Netpolitics is a crucial area of politics in the future. Important social sectors such as the economy, the media and culture happen on the Net. The new internet with its high-speed conductors, the powerful applications, the mobile services and the unlimited wealth of information becomes an ambitious and important field of societal formation. This awareness has by now established itself in German politics, and serious political efforts, such as the Enquete-commission „Internet and the Digital Society“ supersede the hapless attempts of recent years. The subject of netpolitics here emerges as broad and comprehensive and touches, next to economical and security-political issues, also on educational and socio-political areas. After a survey on these netpolitical efforts the issues of liberty and fair participation as a social-ethical perspective of netpolitics are being presented and explained.

Andreas Büsch: Media Education 2.0. New Replies to new Challenges?

In 1997, the joint statement of the Conference of German Catholic Bishops (DBK) and Protestant Church of Germany (EKD) described deliberately „Chances and risks of (the) media society“ while seeing the society on a way towards media society. Meanwhile, we're moving at fast pace through such a media society while educational science has to reflect on necessary competences and contents of education and formation in the societies' respective situations.

While media have reached a yet unknown impact during the digital revolution, question is whether and to what extent media education in the 21st century has to be conceived in a different way

and which rudiments for answers have been found in the educational area so far.

Unmasking Authoritarian Systems. Interview with Christoph Schuck about the Uses and Misuses of Web 2.0

What is it all about with the „digital gap“ between the younger and the older generations? Does Web 2.0 make the internet at last a truly „democratic medium“, that favours the participation of everybody involved in the process of political opinion making? Or do rather all the dangers of misuse grow, by international terrorism, by dubious commercial interests or by paedophilic networks? What makes the free access to the net on the one hand so valuable, particularly in the international context? How much regulation is, on the other hand, necessary? Christoph Schuck, political scientist and communications researcher of the young generation, reflects, on these and further questions, on both sides, the opportunities as well as the dangers of the relatively new globally available medium.





Jan-Hinrik Schmidt, Claudia Lampert:
Les jeunes et le Web social – résultats empiriques relatifs aux pratiques d'utilisation

De nombreuses offres et plate-formes du Web ouvrent des possibilités de communication et de coopération. Le Web social est en particulier intéressant pour les adolescents car il peut être utilisé pour la quête d'identité, l'entretien de relations et les recherches d'informations. Une étude représentative sur l'usage du Web par les jeunes de 12 à 14 ans révèle la place importante des offres du Web social dans l'usage quotidien des médias – avec, pour certains modes d'utilisation, des différences spécifiques selon le sexe et d'autres, moins nettes, par rapport au niveau d'éducation. Le Web aide les jeunes à maîtriser certaines tâches spécifiques de leur développement; mais, en même temps, il change l'environnement dans lequel des informations personnelles sont échangées et diffusées.

Petra Grimm: La violence sur le Web – un défi pour l'éthique des médias

L'évolution de l'Internet au Web 2.0 offre aux utilisateurs de nouvelles chances, mais comporte aussi des risques. Notamment des enfants et des jeunes pour qui le Web fait partie intégrale de leur environnement quotidien, se retrouvent, délibérément ou non, devant des vidéos de violence ou deviennent victimes du « cybermobbing ». Des études empiriques sur la violence sur Web permettent de discuter les responsabilités et les choix d'action des acteurs concernés (p. e. industrie de l'Internet, utilisateurs, parents). L'élaboration et l'application, par les exploitants du Web, de technologies protectrices efficaces n'est qu'une des mesures susceptibles de réduire les dangers. Il est tout aussi important, du côté des utilisateurs, de renforcer le contrôle de soi. Il s'agit de promouvoir la capacité

de jugement des jeunes ainsi que leur compétence de faire des choix éthiques dans l'usage des médias tout en démontrant l'intérêt qu'il y a de respecter des règles éthiques pour la communication et le comportement au niveau du Web, bref: de respecter une « ét(h)iquette ».

Alexander Filipović: La politique de l'Internet et les perspectives éthico-sociales

La politique de l'Internet est l'une des politiques qui décideront de l'avenir. C'est au niveau de l'Internet que se déroulent des activités importantes dans les domaines de l'économie, des médias et de la culture. Profitant de ses lignes rapides, ses applications puissantes, ses services mobiles et offrant une masse d'informations illimitée, le nouvel Internet sera donc un domaine exigeant et important de l'action socio-politique. Entre-temps, la politique allemande en a pris conscience. Des efforts politiques sérieux tels que l'institution de la Commission d'enquête sur « l'Internet et la Société digitale » ont remplacé les tentatives malheureuses des années passées. La politique de l'Internet y apparaît comme une thématique étendue, comportant beaucoup de facettes, qui touche non seulement à des questions de politique économique et de sécurité mais aussi aux domaines de la politique sociale et de l'éducation. Après avoir donné un bref aperçu des efforts au niveau de la politique de l'Internet, l'auteur présente et explique en tant que perspectives éthico-sociales les principes de la liberté et d'une participation équitable.

Andreas Büsch: L'éducation médiatique 2.0: nouveaux défis – nouvelles réponses?

En 1997, la déclaration commune de la Conférence épiscopale allemande et de l'Eglise protestante allemande a décrit avec beaucoup de soin « les chances

et les risques de la société médiatique », estimant que la société de l'époque était encore en route vers une société médiatique. Entre-temps, nous circulons à grande vitesse dans la société médiatique, et à la pédagogie revient à nouveau la tâche de réfléchir sur les compétences nécessaires et les contenus d'une formation et d'une éducation adaptées aux situations sociales respectives.

Pour autant qu'au cours de la révolution digitale, les médias ont pris d'ampleur, et ceci de façon inédite dans l'histoire, il est justifié de se demander si et dans quel sens l'éducation médiatique doit être conçue différemment par rapport aux années passées et, quant à l'éducation, quelles pistes de réponse ont été trouvées jusqu'ici pour faire face aux défis actuels.

„Démâser les systèmes autoritaires“.
Entretien avec Christoph Schuck sur l'avantage et l'abus du Web 2.0

Qu'en est-il du „fossé digital“ entre les générations jeune et ancienne? Le Web 2.0 fait-il définitivement de l'internet un „moyen démocratique“ susceptible de favoriser la participation de tous au débat politique? Ou va-t-il accroître le risque d'être utilisé également par le terrorisme international, des intérêts commerciaux douteux et des cercles de pédophilie?

Que rend, d'une part, la liberté d'accès à l'Internet si précieuse, en particulier dans une perspective internationale? D'autre part, combien de régulation est nécessaire? A partir de telles questions, Christoph Schuck, politologue et chercheur en communication, qui appartient à la jeune génération, étudie les deux aspects: les chances et les risques liés à ce moyen de communication relativement nouveau et globalement disponible.

SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

4/2006	Markt für Werte	1/2009	Wie sozial ist Europa?
1/2007	Lohnt die Arbeit?	2/2009	Hauptsache gesund?
2/2007	Familie – Wachstumsmitte der Gesellschaft?	3/2009	Caritas in veritate
3/2007	Zuwanderung und Integration	4/2009	Wende ohne Ende?
4/2007	Internationale Finanzmärkte (vergriffen)	1/2010	Gerechte Energiepolitik
1/2008	Klima im Wandel	2/2010	Steuern erklären
2/2008	Armut/Prekariat	3/2010	Neue Generation Internet – grenzenlos frei?
3/2008	Gerüstet für den Frieden?		
4/2008	Unternehmensethik		

VORSCHAU

Heft 4/2010
Schwerpunktthema: Agrarpolitik

Heft 1/2011
Schwerpunktthema: Zivilgesellschaft

Heft 2/2011
Schwerpunktthema: Unsichere Arbeit

Heft 3/2011
Schwerpunktthema: Wohlstand ohne
Wachstum – Wachstum ohne Wohlstand?